

„Marktsozialismus“ in Osteuropa

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 9381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Für proletarische politische Revolution in der UdSSR!

SEITE 2

Der Bankrott des jugoslawischen Modells 13

Ungarn: „Gulasch-Kommunismus“ geht pleite 20

Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie 27

Sowjetische Wahlen: Eine Stimme für was? 35

Boris Jelzin: Populistischer Demagoge 37

Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft

SEITE 40

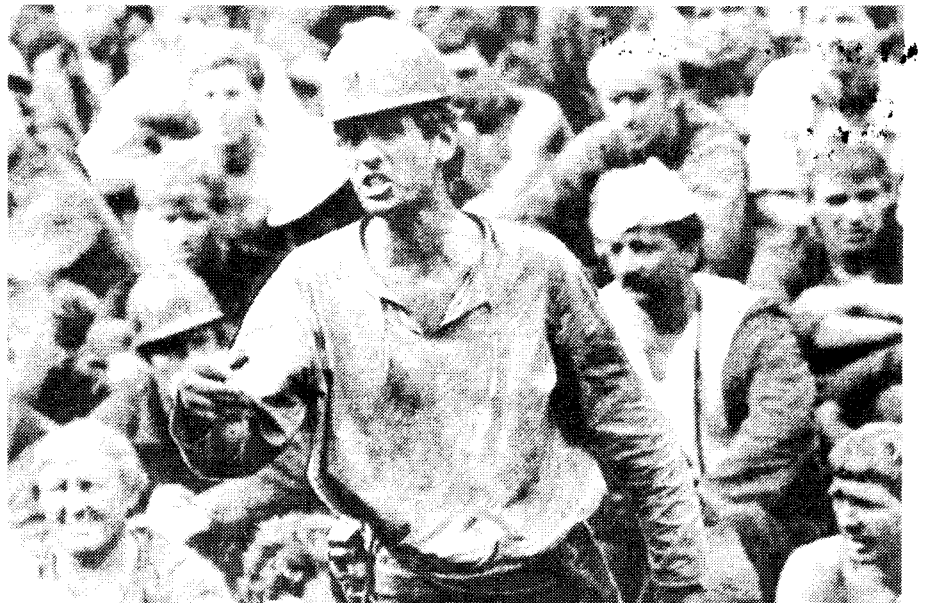
„Marktsozialismus“ bringt mehr Elend

Für proletarische politische Revolution in der UdSSR!

Seit dem Sieg der Oktoberrevolution von 1917 richten die verschiedenen imperialistischen Mächte ihren unversöhnlichen Haß gegen die Sowjetunion. Sogar heute noch, 65 Jahre nachdem die antirevolutionäre bürokratische Kaste von Josef Stalin über die von Leo Trotzki geführte Linke Opposition triumphierte, hat der Weltimperialismus die UdSSR im Visier. Die erbitterte Feindseligkeit der Kapitalisten zeigt deutlich, daß der Stalinsche Apparat, auch wenn er die sowjetische Arbeiterklasse politisch enteignen konnte, gezwungen war, sich auf die sozialistischen Eigentumsformen zu stützen, die aus der Revolution hervorgingen. Es ist und bleibt die Pflicht von Arbeitern in der ganzen Welt, die Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen den Imperialismus zu verteidigen. Aber es ist die Hinterlassenschaft von Stalin und seinen Nachfolgern, daß das Proletariat der Sowjetunion heute von Jalalabad bis Riga einen Bürgerkrieg führen muß, um die Oktobererrungenschaften zu verteidigen und auszuweiten.

Es waren die Verbrechen von Stalin und dem von ihm geführten und personifizierten Apparat, die den Boden bereiten haben für die festgefahrene Situation, in der sich die UdSSR befindet. Und diese Verbrechen beschränken sich keineswegs auf die Sowjetunion. Aus der falschen Perspektive des „Sozialismus in einem Land“ folgte: die Kommunistische Internationale wurde zertrümmert; der proletarische revolutionäre Kampf, der den Aufstieg des Faschismus in Deutschland hätte stoppen können, wurde im Keim erstickt; damit einhergehend wurde dem Proletariat die antirevolutionäre klassenkollaborationistische Volksfrontpolitik aufgehalst; dies bedeutete ungeheure Verantwortung für den weiteren Verlauf der Geschichte.

Wegen des Verrats des Stalinismus führte der Zweite Weltkrieg nicht zu revolutionären Siegen, für die es ein vielver-



Reuters über TASS

Ein Bergarbeiter spricht auf Streikversammlung in Prokopjewsk, Sibirien, Juli 1989. Bergarbeiterstreiks ließen UdSSR erbeben; aufgeschreckt beeilte sich die Bürokratie, Konzessionen zu machen

sprechendes Potential gab. Am Ende des Krieges waren die alten europäischen Imperien militärisch am Boden und politisch mit Faschismus befleckt, die Verbindungen zu ihren Kolonialreichen waren entweder unterbrochen oder zerstört. Man hätte sie nur noch stürzen müssen, das Proletariat hatte die Mittel dazu in der Hand. Statt dessen stützte Stalin seine „demokratischen“ westlichen Verbündeten und gab ihnen neuen Aufschwung, die Möglichkeit, sich aufgrund der Niederschlagung der Arbeiter und der Neuaufteilung des Weltmarkts wieder zu stabilisieren. Das ist das Erbe des „Sozialismus in einem Land“, und Gorbatschows Bürokratie setzt dieses Erbe fort.

Perestroika und Glasnost

Gorbatschow und seine Anhänger versuchen verzweifelt, das bürokratische

Parasitentum, die Korruption und die damit einhergehende Entfremdung der Intellektuellen und Arbeiter zu überwinden, die im sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zu wirtschaftlicher Stagnation geführt haben. Der von ihnen gewählte Weg der „Umgestaltung“, Perestroika getauft, heißt Marktsozialismus und wirtschaftliche Dezentralisierung. Doch wie die Erfahrung des jugoslawischen und des chinesischen deformierten Arbeiterstaats zeigt, verstärkt diese Politik nur alle die Widersprüche, die einem Regime bürokratischer Usurpation eigen sind, und erzeugt gleichzeitig mächtige Tendenzen in Richtung kapitalistischer Konterrevolution.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß sich Stalins Erben heute, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, gezwungen sehen, eine echte, wenn auch begrenzte politische Liberalisierung (Glasnost) zu-

zulassen. Das politische und intellektuelle Leben in der UdSSR heute ist gekennzeichnet durch Ströme von Kritik und Dissens, in der Bürokratie wie in der Intelligenz. Bei diesem Schwall von Kritik ist es auffallend, daß eine bedeutende marxistische Strömung völlig fehlt. Dies ist ein Maßstab für die Grenzen von Glasnost, die klassenfremden Appetite großer Teile der sowjetischen Intelligenz (diese und die Bürokratie überschneiden und durchdringen sich heute gegenseitig in bedeutendem Maße) und die Effektivität, mit der die jahrzehntelange bürokratische Usurpation die Ideale des Sozialismus korrumpiert und diskreditiert hat.

Die gegenwärtige „Offenheit“ der UdSSR bietet eine Gelegenheit, die man unbedingt wahrnehmen muß, um eine authentisch kommunistische Partei aufzubauen, die den ersten Arbeiterstaat der Welt auf den revolutionären Weg Lenins und Trotzki zurückbringt. Gleichzeitig bringt diese Offenheit verstärkt die zentrifugalen Kräfte zum Vorschein, die von der Bürokratie erzeugt werden und die an ihr zerren. In erster Linie sind die Ausbrüche von nationalen Konflikten zu nennen, die die UdSSR überrollen.

Nationale Konflikte kochen über

In Kasachstan, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan war das Regime gezwungen, auf bewaffnete Gewalt zurückzugreifen, um nationalistische Demonstrationen, Streiks, Krawalle und Pogrome zu unterdrücken. In den baltischen Republiken verkünden Nationalisten, auch führende Elemente der Bürokratie, ihre Unabhängigkeit von Moskau: dabei knüpfen sie offen an die Tradition der Regime des weißen Terrors zwischen den zwei Weltkriegen an und streben offen nach der Wiedereinführung des Kapitalismus. Nationalistische Töne hört man aus Belorußland und der Ukraine. Die potentiell gefährlichsten Nationalisten überhaupt sind die großrussischen Faschisten, die sich in Pamjat organisiert haben. Die nationalen Spannungen haben sich so zugespitzt, daß Gorbatschow sich gezwungen sah, in einer Sondersendung im sowjetischen Fernsehen eine Rede zu halten, in der er dazu aufrief, nationale Leidenschaften zu zügeln, und in der er warnte, die Bürokratie werde keine Versuche der nationalen Abtrennung dulden.

Unmittelbar ausgelöst wurden diese Ausbrüche durch unterschiedliche Faktoren. Vor einigen Jahren kam es in Kasachstan zu heftigen Krawallen, als Gorbatschow einen kasachischen Kumpel von Breschnjew aus der Führung der Republik hinaussäuberte und ihn durch einen ethnischen Russen ersetzte. Der Aufruhr in Kasachstan in letzter Zeit resultiert aus Erbitterung über den Mangel an Arbeitsplätzen, besonders für kasa-

chische Jugendliche. In Usbekistan bildeten unzufriedene Jugendliche, die infolge der Mechanisierung der Baumwollwirtschaft arbeitslos geworden sind, den Kern von Menschenmobs, die ein Pogrom veranstalteten gegen die Meschketen, ein turksprachiges Volk, das gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von Stalin nach Usbekistan verbannt worden war. Zu der Verbitterung der Usbeken trug die starke Senkung der Preise bei, die der Staat für Baumwolle zu zahlen bereit war. Über 12 000 Soldaten waren nötig, um die Randalierer zu unterdrücken, die bewaffnete Angriffe auf Polizei- und Milizgebäude starteten. Nach dem Aufruhr wurden Zehntausende von Meschketen nach Rußland evakuiert.

In Armenien haben Massendemonstrationen und Streiks, die praktisch die gesamte Bevölkerung erfaßten, gefordert, das zu 85 Prozent armenische Autonome Gebiet Nagorny-Karabach sofort von der aserbaidischen Republik abzutrennen und der armenischen anzugliedern. Entgegen der Forderung der Armenier beschloß der Oberste Sowjet, den Status quo beizubehalten. Seitdem gab es in der Region Kriegerrecht und wiederholte grauenhafte Gewalttätigkeit zwischen den Bevölkerungsgruppen. Zehntausende von Armeniern, die schon lange in Aserbaidschan wohnten, sind nach Armenien geflohen. Genauso wurden Tausende von Aseris gezwungen, ihre Wohnorte in Armenien zu verlassen.

Hinter dem Protest in Armenien steht der Wunsch, Armeniens kulturelle und wirtschaftliche Vorteile im Vergleich zu den anderen Nationalitäten der UdSSR zu vergrößern. Die Proteste unterstreichen das Potential für Risse in der Bürokratie, die explosive soziale Kämpfe hervorbringen können. Aber Stalinismus

und kleinbürgerlicher Nationalismus bieten kein Programm, das die gerechten Bestrebungen der arbeitenden Massen verwirklichen könnte. Folglich werden diese Bestrebungen leicht abgelenkt in die Sackgasse von mörderischen und selbstmörderischen ethnischen Konflikten.

Selbstbestimmung und Sozialismus

Trotzkisten unterstützen das Recht der verschiedenen Nationen der UdSSR auf Selbstbestimmung – d. h. ihr Recht, sich abzutrennen und einen separaten Staat zu bilden –, es sei denn, es dient als Deckmantel für Konterrevolution. Wir halten die gegenwärtigen Grenzen der diversen Verwaltungseinheiten in der UdSSR nicht für heilig. Die Stalinisten sind unfähig, eine demokratische Lösung dieser Frage zu finden. Eine solche Lösung ist notwendigerweise mit einem Wirtschaftsprogramm verbunden, das den Bedürfnissen der Völker aller Regionen des Landes gerecht wird. Die gescheiterte Politik der Bürokratie erzeugt mächtige Tendenzen zur kapitalistischen Konterrevolution, die sich dürftig als nationale Selbstbestimmung verkleidet. Solche Tendenzen müssen bekämpft und entlarvt werden im Kampf dafür, eine authentisch kommunistische Arbeiterpartei in der UdSSR wiederzuschmieden.

Pseudotrotzkisten, wie die im Vereinigten Sekretariat (VS) von Ernest Mandel und im Umfeld des VS, schaden der Sache aller arbeitenden Menschen in der Sowjetunion dadurch, daß sie jedem Ausdruck von Nationalismus hinterherlaufen, der in der Sowjetunion auftaucht. Zum Beispiel schreibt Marilyn Vogt-Downey von der amerikanischen Fourth Internationalist Tendency im *Bulletin in*



Cambio 16

Turksprachige Meschketen fliehen vor Pogromen in Usbekistan, Juni 1989. „Marktsozialismus“ schürt ethnische Auseinandersetzungen, droht die UdSSR zu zerstückeln. Kehrt zurück zum internationalistischen Weg Lenins und Trotzki!

Sozialismus durch Weltrevolution

Im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ weisen die stalinistischen Bürokratien von Castros Kuba bis zu Gorbatschows Rußland die internationale proletarische Revolution zurück. Das ist der klarste Beweis dafür, daß sie das leninistische Programm der Oktoberrevolution von 1917 ablehnen. Diese Revolution proklamierte sich vor den Arbeitern und Unterdrückten der ganzen Welt als der erste, aber auch nur der erste, Schritt auf dem Weg zum Sturz des Kapitalismus international. In seiner „Kritik der grundlegenden Thesen des Programmentwurfs der Komintern“ von 1928 erklärte Trotzki, wie die nationalistische Perspektive der Stalinisten nicht nur das internationale Proletariat gefährdet, sondern auch den Sowjetstaat.

„Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt. Daraus kann und muß trotz aller feierlichen Versicherungen in dem Programm unbedingt eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention, denn dadurch wird ja der Aufbau des Sozialismus gesichert, d. h. also eine historische Grundfrage gelöst. Die Aufgaben der Parteien der Kommintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die USSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa

für die Eroberung der Macht kämpfen...“

Gewiß hat der Hebel des wirtschaftlichen Aufbaus eine ungeheure Bedeutung. Bei einer falschen Leitung desselben würde die Diktatur des Proletariats geschwächt werden. Der Fall der Diktatur würde aber für die internationale Revolution einen solchen Schlag bedeuten, von dem sie sich im Laufe einer langen Reihe von Jahren nicht erholen würde. Allein die Entscheidung des grundsätzlichen historischen Streites zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt hängt von dem zweiten Hebel ab, d. h. also von der internationalen proletarischen Revolution. Die kolossale Bedeutung der Sowjetunion liegt darin, daß sie den Stützpunkt der Weltrevolution bildet, ganz unabhängig davon, ob sie imstande sein wird, den Sozialismus aufzubauen oder nicht.“

Leo Trotzki, Die III. Internationale nach Lenin, 1928

Defense of Marxism (Juni 1989):

„Während bisher anscheinend keine dieser Bewegungen die grundlegenden Voraussetzungen in Frage gestellt hat, auf denen die wirtschaftliche Umgestaltung beruht, die die Grundlagen des Arbeiterstaats schwächt – einige haben sogar für drastischere Maßnahmen plädiert, um diese Grundlagen zu demontieren –, bleiben die Bewegungen widersprüchlich. Da sie eine Massenbasis haben, werden sie *unweigerlich* die wirklichen Bedürfnisse der Massen widerspiegeln, so wie die Ergebnisse der Perestroika-Reformen offensichtlich werden und der Kampf zunimmt.“ (unsere Hervorhebung)

Gerade eine solche Methodik brachte das VS dazu, sich den kroatischen faschistischen Ustaschi in Australien in die Arme zu werfen! Die Politik der Bürokratie legt *unweigerlich* die Basis für eine soziale Explosion, aber das *Ergebnis* dieser Explosion – *wer geht siegreich daraus hervor* – wird erst noch entschieden. Jede Erfahrung der Arbeiterbewegung lehrt, daß das Ergebnis nicht im Interesse des sowjetischen Proletariats sein wird, wenn nicht eine neue kommunistische Partei auf der programmatischen Grundlage von Trotzki's Vierter Internationale geschmiedet wird.

Nationalismus und Konterrevolution

Man muß unterscheiden zwischen den verschiedenen nationalen Konflikten, die ausgebrochen sind. Im Süden und in Zentralasien sehen sie bisher ähnlich aus wie die, die in Jugoslawien wüten – d. h. die verschiedenen Nationalitäten kämpfen darum, sich einen „gerechten Anteil“ zu sichern in einer „marktsozialistischen“ UdSSR. Aber die nationalen Bewegungen in den baltischen Republiken sind offen auf dem Weg zur kapitalistischen Konterrevolution.

Diese Republiken sind zwar strategisch gelegen, aber Winzlinge. Die große nationale Frage für die UdSSR bleibt die Ukraine, die enorme militärische, industrielle und landwirtschaftliche Bedeutung hat. Die westliche Ukraine ist historisch das Zentrum der reaktionärsten Strömungen des ukrainischen Nationalismus. Sie war zwischen den Weltkriegen

von Pilsudski-Polen besetzt und war die Operationsbasis für den bürgerlichen Nationalisten Petljura. Am Ende des Bürgerkriegs ließ Petljura zynischerweise den Anspruch auf die besetzten Gebiete fallen, als Gegenleistung für die polnische Schirmherrschaft und für die Chance, als Marionette Polens in der Ukraine zu herrschen.

Solche Nationalisten vor Augen, erhob Trotzki 1939 die Forderung nach einer unabhängigen *Sowjet* Ukraine. Denn nationale Konflikte in der UdSSR folgen nicht der Logik stalinistischer Autarkie. Der Weltimperialismus interessiert sich brennend für diese Konflikte und ist sich sehr bewußt darüber, daß Nationalismus eine bürgerliche Ideologie ist, dem Sozialismus völlig entgegengesetzt. Seine hauptsächlichsten Träger in der Sowjetunion sind die kleinbürgerlichen Schichten – Spekulanten, Parasiten, Teile der Intelligenz und der Bürokratie, alle empfänglich für imperialistische Bestechung.

Der US-Imperialismus spielt das Lied von „Demokratie“ und „Selbstbestimmung“ für UdSSR, Osteuropa und China. Das ist ein sehr altes Lied. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 intervenierten 14 kapitalistische Armeen auf der Seite der Weißen und versuchten, die junge Sowjetrepublik zu erdrosseln. In der Ukraine, in Georgien und im Baltikum wurden die Imperialisten zu den heuchlerischen Advokaten von „Selbstbestimmung“.

So war der deutsche Imperialismus Schutzherr bei der Geburt einer „unabhängigen“ Ukraine und „selbstbestimmte“ gemeinsam mit dem britischen Impe-

WORKERS VANGUARD 25c

Oust the Bureaucrats – For Lenin's Communism!
Workers and Soldiers Soviets Must Rule!



Upheaval in China

Abonniert!

24 Ausgaben, einschließlich **Spartacist** (englische Ausgabe)
Luftpost **DM 50,-**/Seepost **DM 15,-**

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

rialismus die baltischen Republiken und Georgien. Die bürgerlichen Nationalisten dieser Mächtegegn-Republiken wollten sich natürlich erst nach Oktober 1917 „selbstbestimmen“. Davor waren sie unter den eifrigsten Verfechtern eines einheitlichen russischen *bürgerlichen* Staates.

Bürokratische Appetite und die sowjetische Wirtschaft

Seit der Einführung des ersten Fünfjahresplans ist die wirtschaftliche und militärische Macht der Sowjetunion enorm gewachsen. Dieses Wachstum wurde von den sowjetischen arbeitenden Massen erreicht, unter schrecklichen Kosten und Opfern. Heute hat die UdSSR in etwa militärische Parität mit der wichtigsten imperialistischen Macht, den USA. Dies allein hat die Zerstückelung der UdSSR durch den Weltimperialismus verhindert.

Aber trotz der ungeheuren Fortschritte der UdSSR liegt ihre Wirtschaft in bezug auf Arbeitsproduktivität immer noch deutlich hinter den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern zurück. Außerdem sind die alten bürokratischen Methoden, extensive Investitionen in neue Anlagen zu stecken und Technik nachzuahmen – die in der Vergangenheit große Resultate erzielten, allerdings mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Unkosten –, an ihre Grenzen gestoßen. In der UdSSR herrscht eine relative wirtschaftliche Stagnation. Wie Trotzki in der *Verratenen Revolution* so weitsichtig bemerkte: „In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativefreiheit, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der

Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität*.“

Gorbatschow sucht mit seinen „Reformen“ einen Weg, der in Einklang steht mit „Sozialismus in einem Land“, d. h. dem Hirngespinnst eines entwaffneten Friedens mit dem Imperialismus nachzujagen und gleichzeitig einen „Marktsozialismus“ voranzutreiben. Diese Reformen entlarven auf dramatische Weise die Appetite eines Flügels der Bürokratie, seine unsicheren wirtschaftlichen Privilegien dadurch zu sichern, daß er den Arbeiterstaat Stück für Stück auffrißt.

Trotzki wies schon früh auf die magnetische Anziehungskraft hin, die die Sitten und Gebräuche der geschliffensten bürgerlichen Snobs auf die privilegierten sowjetischen Schichten ausüben. Die Meute wird natürlich geführt von den oberen sowjetischen Staatsfunktionären, Diplomaten, Wirtschaftsfachleuten, Trust-Direktoren usw., deren Aufgaben sie täglich in Kontakt mit diesen bürgerlichen Eliten bringen.

Die UdSSR erzeugt heute ein viel größeres gesellschaftliches Mehrprodukt als zu Stalins Zeiten. Seit es keine blutigen Säuberungen mehr gibt, wie sie Stalin benutzte, um die Bürokratie zu sieben, sind die Appetite und die Möglichkeiten bedeutender Teile der oberen Schichten in der sowjetischen Gesellschaft, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen, entsprechend gewachsen. Keine Überraschung dann, daß diese Wirklichkeit ihren Ausdruck findet in den Theorien mancher Pro-Perestroika-Ökonomen, deren Begeisterung für die Mechanismen des Marktes Adam Smith vor Scham erröten ließe!

Aber „Marktsozialismus“ zu etablieren heißt nur, die ganzen Verzerrungen zu reproduzieren, die sich bereits in Jugosla-

wien und China zeigen. Betrieb wird gegen Betrieb gestellt, Industrie gegen Industrie, neuere Fabriken gegen ältere Fabriken, Industrie gegen den Verbraucher und gegen die Landwirtschaft – und Regionen und Nationalitäten gegeneinander. Unter solchen Umständen wird die Bürokratie ihre Rolle als Schiedsrichter nur dann weiterspielen können, wenn sie sich enorm ausweitet, wie sie es tatsächlich in Jugoslawien getan hat. Marktsozialismus wird unweigerlich die Abschaffung des Außenhandelsmonopols mit sich bringen; das wiederum führt unausweichlich zur unkontrollierten Durchdringung der Wirtschaft durch den kapitalistischen Weltmarkt und bereitet damit den Boden für kapitalistische Restauration.

Neo-Bucharinismus

Die im wesentlichen ideologische (d. h. basierend auf falschem Bewußtsein) Einstellung der Perestroika-Intelligenz zeigt sich in ihrem völligen Unverständnis gegenüber der Wende, die die Stalin-Fraktion von der Neuen Ökonomischen Politik hin zur Kollektivierung der Landwirtschaft vollzogen hat. Für sie geht's nur darum, daß die Guten (Bucharin, Rykow und Tomski) gegen den Bösen (Stalin) verloren haben. Die Lösung ist entsprechend einfach – d. h. Rückkehr zum Weg der NEP. Aber in der Politik geht es vor allem darum, wer gewinnt, und die verschiedenen Kontrahenten widerspiegeln letzten Endes verschiedene Klasseninteressen. Die NEP hatte Konsequenzen, und die sind nicht einfach stalinistische Schimpfwörter. Das Erstarken des Kulaken, der Aufstieg des Zwischenhändlers, die zunehmende Klassenpolarisierung in Stadt und Land – all das trug



Rechts oben: Eine Fahne der lettischen Schützen, Hochburg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917. Links: Lettisches Smolny-Batallion trifft in Petrograd ein, 26. November 1917

Foto: Boni and Liveright; Fahne: Museum der Oktoberrevolution, Moskau



Turnley/Newsweek



YIVO Institute

Litauische und deutsche Faschisten schlagen Juden zu Tode, auf einer Straße in Kaunas 1941 (oben). Im heutigen Kaunas marschieren Nationalisten unter der Fahne des reaktionären bürgerlichen Zwischenkriegsstaates (links)

in Wirklichkeit zur Macht und zum Selbstbewußtsein der wuchernden Stalin-Bürokratie bei und zur völligen Unterdrückung von Partei- und Sowjetdemokratie. Die NEP wurde von Lenin eingeleitet als eine Notmaßnahme nach dem Durcheinander des Bürgerkriegs. Doch für seine Epigonen, hauptsächlich Stalin und Bucharin, war sie die *Conditio sine qua non* ihrer Innenpolitik – die Umsetzung der Algebra vom „Sozialismus in einem Land“.

Schon 1923 wies Trotzki auf die sich auseinanderentwickelnden Industrie- und Agrarpreise hin, die berühmte „Schere“, die zu einem scharfen Bruch zwischen Stadt und Land zu führen drohte und damit die proletarische Diktatur in Gefahr brachte. Bereits 1926 waren nahezu 60 Prozent des zum Verkauf bestimmten Getreides in der Hand von nur 6 Prozent der Bauern. Die Unfähigkeit des Regimes, die Bauern mit Industriegütern zu versorgen, führte zu einem Getreidestreik, der die Städte mit Hungersnot bedrohte. Diese Krise führte letzten Endes zum Bruch zwischen Stalin und Bucharin.

Soweit sich die Gorbatschowschen Philister mit der Frage befassen, beschwören sie an dieser Stelle den Stalin von 1923–27, um den Stalin von 1928/29 zu beschuldigen, er sei zum „Trotzkismus“ übergelaufen. In Wirklichkeit war der Kurs der Zwangskollektivierung und der Industrialisierung im Gewaltmarsch eine verspätete und bürokratische Parodie auf das Programm der Linksoppositionellen, die jedenfalls das zweifelhafte Vergnügen hatten, diese Ereignisse zu

beobachten von den Orten ihrer sibirischen Verbannung aus, wohin sie die Stalin/Bucharin-Fraktion verschickt hatte.

Gorbatschows UdSSR ist, was ihren wirtschaftlichen Entwicklungsstand angeht, etwas ganz anderes als die Sowjetunion von 1928/29. Aber wenn sich die Bucharinisten durchgesetzt hätten und die NEP weitergegangen wäre, ist es fraglich, ob es heute überhaupt eine Sowjetunion gäbe. Die Politik der Gorbatschowisten stellt die Frage, ob es morgen eine Sowjetunion geben wird.

Ein Programm der kapitalistischen Restauration

In der *Verratenen Revolution* verdeutlichte Trotzki die Maßnahmen, die zur Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der Sowjetunion nötig wären:

„Vor allen Dingen gälte es, die Vorbedingungen zur Absonderung von Großbauern aus den schwachen Kolchosen und zur Umwandlung der starken Kolchosen in Produktionsgenossenschaften bürgerlichen Typs, in landwirtschaftliche Aktiengesellschaften, zu schaffen. Auf dem Gebiete der Industrie würde die Entnationalisierung bei den Betrieben der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie beginnen. Das Planprinzip würde während einer Übergangszeit auf eine Reihe von Kompromissen hinauslaufen, die zwischen der Staatsmacht und den einzelnen ‚Genossenschaften‘, d. h. den potentiellen Eigentümern (Sowjetindustriekapitänen, ehemaligen,

emigrierten Besitzern und ausländischen Kapitalisten), geschlossen würden.“

Mit der Ausnahme der emigrierten Besitzer, von denen die meisten schon längst von der Bildfläche verschwunden sind, entspricht das Szenario nahezu perfekt dem Programm der am lautesten nach „Reformen“ rufenden Gorbatschow-Anhänger. Wie Trotzki bemerkte, wird sich die Bürokratie unvermeidlich nach Stützen in den Eigentumsverhältnissen umsehen müssen. Doch um eine solche Umwälzung zu erreichen, werden nicht „Reformen“, sondern eine Konterrevolution nötig sein. Der Film des Reformismus läßt sich nicht rückwärts abspulen. Und darin besteht sowohl das Dilemma der Bürokratie als auch die tödliche Gefahr, die Gorbatschows Kurs für die UdSSR darstellt.

Die baltischen Republiken: Perestroika in Aktion

Der wahrscheinlichste Schauplatz für die Durchführung solcher „Reformen“ sind die baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland. Diese drei winzigen Republiken – die während einer Zeitspanne von nur 20 Jahren unabhängig waren, bis sie von der Sowjetunion militärisch besetzt und dann im Juli 1940 annektiert wurden – sind für antisowjetische Typen aller Schattierungen eine *Cause célèbre* gewesen, der Inbegriff der „gefangenen Nationen“. Stalins Motivation dafür, sich dieses Gebiet zu schnappen, war zweifellos militärischer Natur. Trotzki bemerkte damals, daß zwar das Gebiet von strategischer Bedeutung sei, daß aber die Invasion der Roten Armee als Akt der Gewalttätigkeit und nicht der Befreiung gesehen würde und damit die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen die UdSSR erleichtern würde. Langfristig gesehen, meinte er, würde Stalins Besetzung mehr schaden als nützen.

Historisch waren die baltischen Völker Untertanen des Zarenreichs. In Estland und Lettland waren die Städte größtenteils russisch, deutsch und jüdisch, während das Land vollständig von deutschen Herrngütern dominiert war; die einheimische Bauernschaft war hauptsächlich auf den Status von landlosen Landarbei-

tern oder Pächtern reduziert. In Litauen herrschten polnische Großgrundbesitzer auf dem Land, während in Vilnius Polen, Juden und Russen wohnten.

Die Oktoberrevolution polarisierte das Gebiet entlang der Klassenlinie. Besonders in Estland und Lettland strömten die Bauernmassen zum roten Banner des Bolschewismus, die lettischen Scharfschützen dienten auf der Seite des gerade flüchtige gewordenen Sowjetregimes als Elitetruppen. Entsprechend beschränkten dort die bürgerlichen und landbesitzenden Klassen, schon immer ein Bollwerk für die Romanows, den Weg des Separatismus, um die Revolution zu bekämpfen. Die Sowjetregierungen der baltischen Republiken wurden von baltischen und polnischen Truppen in Blut ertränkt. Ein Ausschnitt aus dem erbitterten Bürgerkrieg zwischen den deutschen Großgrundbesitzern und den „Balten“ in diesem Gebiet stellt Marguerite Yourcenar in *Le Coup de grâce* (1939) dar. Ihre Darstellung, die einen erschauern läßt, spiegelt die Mentalität von faschistisch gewordenen deutschen Adligen wider. Die bürgerlichen Republiken, die anstelle der Sowjets errichtet wurden, waren von Anfang an Kreaturen des deutschen und britischen Imperialismus, beschützt von den Kanonen der britischen Flotte.

Anfang der 30er Jahre waren die baltischen Zwischenkriegsrepubliken zu winzigen Kopien von Baron Mannerheims

Finnland und Pilsudskis Polen geworden; durch ihre Bestialität machten sie wett, was ihnen an Größe fehlte. Heute klammern sich elende Überreste dieser herrschenden Klassen immer noch an ihre „Vertretungen“, die vom CIA als „Exilregierungen“ ausgehalten werden. In letzter Zeit wurden diese Marionetten ruckartig in Bewegung gesetzt, das geht so weit, daß sie sogar „Pässe“ ausstellen. Sie sind tatsächlich die einzigen glaubwürdigen Überbleibsel der „emigrierten Besitzer im Ausland“, die der CIA für die ganze UdSSR vorweisen kann.

Der US-Imperialismus wittert „Rollback“ in Osteuropa und in der UdSSR. Beobachtet und beklatscht hat er den Aufstieg der baltischen Volksfronten, die eine „finnische Option“, d. h. eine Rückkehr zum Kapitalismus, offen anstreben. Diese Volksfronten sind verbunden mit Flügeln der Bürokratie, die am rechten Rand der jeweiligen regionalen Partei für die Restauration des Kapitalismus eintreten. Die Gorbatschow-Bürokratie hatte gehofft, diese Region, mit dem höchsten Entwicklungsstand in der Sowjetunion, würde das Flaggschiff von Perestroika sein, eine Version von Chinas Freihandelszone in der Provinz Guangdong. Aber die Ereignisse in dieser Region haben eine eigene Logik angenommen, die einen Zusammenstoß mit Moskau eher früher als später erwarten läßt.

Der estnische Oberste Sowjet hat

schon zweimal Gesetze erlassen, die der Republik das Veto über sowjetisches Recht geben. Am 18. Mai schlossen sich ihnen die Litauer an, die einen ähnlichen Verfassungszusatz sowie Kontrollmaßnahmen gegen die Immigration nach Litauen in Kraft setzten. Die Litauer verabschiedeten auch eine Erklärung, die ihren Wunsch nach einem unabhängigen Staat festhielt. Sechs Tage später nahm der litauische Oberste Sowjet die Bürger der Republik von einer neuen Autobahnsteuer aus, die Moskau für Autobahnreparaturen zusätzlich erhoben hatte. Ein Reporter der offiziellen litauischen Presseagentur Elta berichtete: „Autofahrer sagten, daß Litauen nicht verpflichtet sein sollte, die kaputten Straßen in Rußland zu bezahlen“ (*New York Times*, 25. Mai 1989).

Neben diesen juristischen Maßnahmen haben die Esten eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen, die einen estnischen Markt schaffen sollen, der von der übrigen UdSSR abgekapselt wäre. So verbietet die Regierung der Republik seit Anfang 1989 „vorübergehend“ Privatpersonen und Genossenschaften, knappe Konsumgüter aus Estland auszuführen. Laut *Iswestija* vom 13. März:

„Für Sendungen per Post, Bahn und Luft wurden stark einschränkende Bestimmungen erlassen. Eine Schachtel Pralinen, ein Päckchen Butter

Специальный номер о Московском процессе
Пролетария всех стран, соединяйтесь!
Второй год издания. — Октябрь 1936 г.
№ 52/53
Цена 5 фр.

БЮЛЛЕТЕНЬ ОППОЗИЦИИ

(БОЛЬШЕВИКОВ-ЛЕНИНЦЕВ)
Bulletin de l'Opposition (Bolsheviks-Leninistes)

Содержание: МОСКОВСКИЙ ПРОЦЕСС — ПРОЦЕСС НАД ОКТЯБРЕМ
Два процесса. Неизученные и не проведённые. Оплаченные, которые не были на процессе. Существовала ли «буржуазная пресса»? Могла ли объективно быть составлена и действительная («буржуазная» пресса)? Что же было на самом деле? Мировые и национальные терроры.

Дважды первый террорист. Последствия, которые не были. Хитрости. Смысл Троцкого с попутчиками. Слова похвалы на морях Лаз. Прокурор Лыткинский. Словарь Сталина с попутчиками. Новые процессы.

Тарно: К. процессу.
В. Гай. Троцкий против.



Подлинные попутчики

Bulletin Nr. 52/53, Oktober 1936
Schlagzeile: „Der Moskauer Prozeß –
Prozeß gegen den Oktober“
Bildunterschrift: „Die wirklichen Angeklagten“

Bulletin der Opposition

(Bolschewiki-Leninisten)

Das vollständige russische **Bulletin der Opposition** ist eine Primärquelle, dokumentarische Aufzeichnung des Kampfes der Bolschewiki-Leninisten in der Periode von Leo Trotzki's Verbannung aus der Sowjetunion 1929 bis zum August 1941. Das **Bulletin** sprach die dringenden programmatischen Fragen an, mit denen Revolutionäre angesichts des Zweiten Weltkriegs konfrontiert waren – Hitlers Aufstieg zur Macht, die Volksfront, die Verteidigung der Sowjetunion. Trotzki war Redakteur des **Bulletin**, des während dieser Periode am stärksten und direktesten von ihm beeinflussten Journals. Eine Anmerkung der Redaktion in der ersten Ausgabe hielt fest: „Das unmittelbare Ziel dieser Publikation ist es, dem praktischen Kampf der Sowjetrepublik für die Sache Marx' und Lenins zu dienen.“ Die letzte Ausgabe des **Bulletin** veröffentlichte einen Appell „Für die Verteidigung der UdSSR“.

Lest die wahre Geschichte des Kampfes der Trotzkiisten für die militärische Verteidigung der Sowjetunion, für Sowjetdemokratie und internationale proletarische Revolution!

Auf Russisch

Band I 1929–1930 Band III 1934–1937
Band II 1931–1933 Band IV 1938–1941

Herausgeber: Monad Press

Preis: US \$180 (Vier Bände inkl. Versand)

Zu beziehen über:

Spartacist, PO Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

und Kinderunterwäsche sind jetzt Schmuggelware. Es hat keinen Zweck, ohne Paß in ein Geschäft zu gehen – enorm viele Güter werden nur an Einwohner von Tallinn und Umgebung verkauft. Dem Käufer von außerhalb hat man den Krieg erklärt... Die Folgen sind einfach unvorhersehbar. Das estnische Fernsehen zeigte ein Lenin-grader Postamt. An der Tür hängt ein Blatt Papier: Post an die baltischen Republiken wird nicht angenommen. In benachbarten Provinzen wird an Fahrzeuge mit estnischen Kennzeichen kein Benzin mehr verkauft.“ (*The Current Digest of the Soviet Press*, englischsprachige sowjetische Presseschau, Bd. XLI, Nr. 12, 1989)

Als nächstes will die estnische Bürokratie die Währung der Republik von der Währung der UdSSR abkoppeln. Der Vorsitzende des Ministerrats der estnischen SSR, Inderek Toome, erklärte:

„Wir haben entschieden, daß es in der Zuständigkeit der estnischen SSR liegt, das Bankwesen und den Geldumlauf zu organisieren. Darunter fällt die Einführung von estnischem Geld sowie die Umtauschbedingungen und der Wechselkurs dieses Geldes gegenüber anderen Währungen, auch gegenüber dem in der UdSSR gültigen Rubel... Was das Eigentum angeht, so haben wir uns für eine Vielfalt der Formen ausgesprochen, dies wird die Bedingungen schaffen für eine Vielfalt von Unternehmensformen.“ (*Moscow News*, englische Ausgabe Nr. 23, 11.–18. Juni 1989)

Vorgeschlagene estnische Gesetze würden alles Land wieder in private Landwirtschaft überführen und private „Klein“unternehmen zulassen; diese hätten das Recht, Arbeitskräfte einzustellen und Kapital zu akkumulieren. Ausländi-

cher Besitz von estnischem Eigentum wäre zugelassen. Immigration aus anderen Teilen der UdSSR wäre eingeschränkt. Die Volksfronten und Sajudis (Litauens Front), nicht gehemmt durch Parteibindungen, fordern offen Unabhängigkeit und eine Wirtschaft wie im Kapitalismus. Ungefähr ein Viertel aller Front-Mitglieder sind auch Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Konterrevolution getarnt als nationale Befreiung

In den letzten Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten unterstützte die einheimische Bevölkerung der baltischen Republiken geschlossen die Kandidaten der nationalistischen Volksfronten. Ein Faktor bei dieser Unterstützung ist eine sehr tiefsitzende nationale Unsicherheit, besonders in Estland und Lettland. Gut 40 Prozent der Bevölkerung Estlands und fast 50 Prozent der Bevölkerung Lettlands sind Russen. Diese Immigranten sind größtenteils Proletarier, angezogen von der Industrie, die dort seit dem Zweiten Weltkrieg im großen Maßstab aufgebaut wurde. Die Vorschläge der Fronten, die Russen loszuwerden, schüren den ohnehin vorhandenen Chauvinismus weiter. Diese Vorschläge reichen von der Schließung derjenigen Großbetriebe, die mehrheitlich Russen beschäftigen, bis zur Einführung einer Staatsbürgerschaft, die einen langjährigen Wohnsitz und fließende Kenntnisse der Landessprache voraussetzt.

Als Reaktion darauf haben Elemente der Bürokratie in Estland eine „Internationalistische Bewegung“ gegründet, gemeinsam geführt von einem Russen und, interessanterweise, einem sibirischen Esten. Auf die sibirischen Esten, Nachkommen von Esten, die nach Sibirien

verbannt und „russifiziert“ worden waren, sehen die wiedererwachten estnischen Nationalisten ebenfalls von oben herab. Am 14. März versammelte sich eine Demonstration von über 80 000 russischsprachigen Arbeitern vor dem Rathaus von Tallinn. Die Arbeiter waren wütend über die offiziell anerkannte Feier vom 24. Februar, dem Unabhängigkeitstag des bürgerlichen Estlands – im Rahmen dieser Feier wurde z. B. heimlich in der Nacht die rote Fahne der Republik heruntergeholt und durch die Fahne der Zwischenkriegsrepublik ersetzt. Rote Fahnen wurden über Gebäuden gehißt und ein Streikkomitee für die ganze Republik gewählt. Forderungen nach gleichen sprachlichen und nationalen Rechten wurden erhoben. Sprecher der Internationalistischen Bewegung brandmarkten Entwicklungen in der Republik treffend als „schleichende Konterrevolution“. Die Weichen sind gestellt für einen blutigen Bürgerkrieg, in dem sich die kapitalistische Konterrevolution als ein Kampf für „nationale Befreiung und Selbstbestimmung“ tarnen wird.

Stalinismus in der Zwickmühle

Die Situation, der die Gorbatschow-Bürokratie in Estland gegenübersteht, veranschaulicht die eine Seite des Widerspruchs, mit dem der heutige Stalinismus konfrontiert ist; die andere Seite kommt in den jüngsten Ereignissen in China zum Ausdruck. Dort haben zehn Jahre „Marktsozialismus“, sogenannte Reformpolitik, das Land an den Rand einer proletarischen politischen Revolution gebracht. China zeigt: Marktrefor-men verschärfen nur die Probleme von Ungleichheit und Korruption. So gelten die Söhne des gekippten „Reformers“ Zhao Ziyang als zwei der reichsten Kapitalisten in Chi-



Chung/Asiaweek

Das Gespenst der proletarischen Revolution geht um bei den Stalinisten. Chinesische Druckereiarbeiter versammeln sich vor dem Tiananmen-Platz, Juni 1989

Begründer des Marxismus in Osteuropa

Georgi Plechanow
1856–1918



Progress Publishers

Ludwik Warynski
1856–1889



Ksiazka i Wiedza

Dimitar Blagojew
1855–1924



New York Public Library

Christian Rakowski
1873–1941



Wide World

Plechanow von der russischen Gruppe Befreiung der Arbeit, Warynski von der polnischen Partei Proletariat, Blagojew von den bulgarischen „Engen Sozialisten“ und Rakowski von der bulgarischen, rumänischen und russischen Partei

na; dagegen ist das Ergebnis von zehn Jahren seiner „Wirtschaftsreform“, daß Berichten zufolge 50 bis 100 Millionen überschüssige Landarbeiter auf dem Land umherwandern.

Sowjetische Spitzenbürokraten nicken anerkennend über die Geschäfte in Jugoslawien und China, mit deren (im Vergleich zur UdSSR) relativ reichhaltigem Angebot an Konsumgütern. Warum nicht? Die hohen Tiere in den Bürokratien dieser Länder haben sicheren Zugang zu diesen Gütern, wie auch jeder andere Bürger, der genug Geld hat. Bürokratische Rationierung und Privilegien werden einfach in Geldverhältnisse übersetzt nach dem wohlbekannten kapitalistischen Prinzip: jedem nach seiner Fähigkeit zu zahlen. Und Lebenszweck der Bürokratie ist es, sicherzustellen, daß ihre Mitglieder zuerst und am höchsten bezahlt werden – eine wahre Verbrauchergenosenschaft von Parasiten mit Gewehren. Die sowjetischen Arbeiter stehen voll hinter dem sozialistischen Egalitarismus und verabscheuen zu Recht die besonderen Privilegien der Bürokratie – die Devisenläden, die Datschen, die Limousinen, die Kliniken für die Elite usw. Aber diese Privilegien verblassen im Vergleich zur Ungleichheit im Kapitalismus. Die Gestalt eines Donald Trump, der sich eine komplette Fluglinie kaufen kann, bleibt eine den sowjetischen Arbeitern völlig fremde Erfahrung. Die Anzeichen beginnender Ungleichheit auf der Grundlage des Privateigentums haben in der UdSSR bereits die Spannung zwischen den Klassen hochgepeitscht. Die wachsende Spannung wird zu Explosionen proletarischer Wut führen, die die bürokratische Usurpation in ihren Grundlagen erschüttern werden, wie dies schon in China geschehen ist.

Die Bürokratie kann nur hin- und herschwanken zwischen Repression und Lockerung der Zügel, und das alles führt dazu, noch mehr sozialen Sprengstoff aufzuwühlen. Der chinesische Stalinismus ist nach der blutigen Unterdrückung der Rebellion in Peking in einem Schlamassel – er greift scharf durch, versucht sein Bündnis mit dem US-Imperialismus aufrechtzuerhalten und flickt an seinem Programm von „Reformen“ herum. Die wirtschaftliche Schwäche des Landes und das Eindringen des kapitalistischen Marktes stellen das Land vor die Gefahr einer Kulakenrevolte. Dies würde die Standhaftigkeit des chinesischen Militärs auf die Probe stellen; dessen Führung entspricht in etwa einem Kreis von bäuerlichen Cliquen und ist wegen ihrer Rolle bei dem Massaker im Juni bei den Massen diskreditiert.

Osteuropa: Polen und Ungarn

Wenn die chinesischen Studenten auch einige verwirrte Sympathie für die Ideale von klassenloser „Demokratie“ zeigten, so taten sie es, wie auch die Massen, die sich den revoltierenden Studenten anschlossen, unter der roten Fahne und unter dem Gesang der Internationale. Der Massencharakter der Revolte war begründet in der weitverbreiteten Empörung über die wuchernde Korruption und die Ungleichheit, die von der Neo-NEP der Bürokratie erzeugt werden. Im polnischen deformierten Arbeiterstaat haben die Ereignisse einen anderen Verlauf genommen.

Die jüngsten Wahlen zum polnischen Parlament bestätigten, was jeder wußte: daß es dem polnischen Stalinismus gelungen war, das Gros der arbeitenden

Massen Polens in die Arme der klerikal-nationalistischen und prokapitalistischen Solidarność zu treiben. Der Sieg von Solidarność, zwar begrenzt entsprechend einer früheren Abmachung mit der Bürokratie, hat die polnischen Stalinisten in Verlegenheit gebracht und zutiefst gespalten. Die Wahlen und das, was ihnen vorausging, entlarven auch die Ansprüche von Solidarność, eine Gewerkschaft zu sein. Nur ein kleiner Bruchteil der Kandidaten dieser „Gewerkschaft“ waren Arbeiter. Es beginnen sich Differenzen zu entwickeln zwischen dem Proletariat und der Solidarność-Führung, die der Schließung der Lenin-Werft zustimmte und sich heute gegen Streiks der Arbeiter stellt. So existiert zum ersten Mal seit 1981 eine reelle Chance dafür, die polnische Arbeiterklasse von dieser gelben Gewerkschaft in den Diensten von CIA und Vatikan zu brechen.

Polen ist ein Wirtschaftsinvalid, der bei den imperialistischen Bankiers mit nahezu 40 Milliarden Dollar verschuldet ist. Subventionen von der UdSSR an Polen sind insgesamt sogar noch höher gewesen. Sowohl die Bürokratie als auch Solidarność sehen keinen anderen Ausweg als weitere Kapitalspritzen von den

Kontaktadressen

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (040) 32 36 44

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (030) 8 82 39 64

Imperialisten. Von diesen enormen Summen ist nicht viel in produktive Investitionen geflossen. Ein Großteil ist dafür draufgegangen, eine reaktionäre und unproduktive Bauernschaft zu subventionieren, die sich an kleinen Privathöfen festklammert.

Bisher sind die Markt„reformen“ in Polen unbedeutend gewesen. Das Haupthindernis für ihre Durchsetzung ist die Militanz der polnischen Arbeiterklasse, die Solidarność nur schwer wird zurückhalten können. Nach Solidarność Lech Walesa könnte Bürgerkrieg die Folge sein, wenn die von Polen verlangten Reformen Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen mit sich bringen: „Ich sitze auf einem Pulverfaß, und ich habe Zweifel, ob wir es schaffen können“ (*New York Times*, 12. Juli 1989). Und während sich manche Elemente der polnischen Bürokratie damit abfinden, bürokratische Privilegien gegen die Freuden einzutauschen, Klein- und Nicht-so-Kleinunternehmer zu werden, lassen andere ihre Hand neben dem Schalthebel der bewaffneten Macht, beobachten und warten.

In Ungarn sagt Staatsminister Imre Pozsgay, es sei „unmöglich, die kommunistische Praxis zu reformieren, wie sie gegenwärtig in der Sowjetunion und Osteuropa existiert... Dieses System muß liquidiert werden.“ An seiner Stelle schwebt ihm „eine Partei neuen Typs auf der Grundlage von europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Ideen“ vor, nicht eine „reformierte Kommunistische Partei“ (*Le Monde*, 30. Mai 1989). In letzter Zeit führte das Regime eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Änderungen ein. Politische Oppositionsparteien sind zugelassen. Jeder kann seine eigene Zeitung herausgeben. Eine ausgewachsene Börse ist eingerichtet worden. Die Rechte von Privatunternehmern und ausländischen Investoren sind ungeheuer erweitert worden – z. B. können Privatunternehmen jetzt bis

zu 500 Arbeiter beschäftigen statt wie bisher 30, und westliche Investoren können ungarische Betriebe zu 100 Prozent besitzen. Der Forint, Ungarns Währung, soll konvertibel gemacht werden, so daß ausländische Unternehmen Profite an ihre Zentrale abführen können. Es besteht die Absicht, in den nächsten paar Jahren ein Drittel der Wirtschaft in private Hände zu überführen.

Ungarn hat bereits über zwei Jahrzehnte „Marktsozialismus“ hinter sich, Kádárs sogenannten „Gulasch-Kommunismus“, über Wasser gehalten durch Kredite vom Weltimperialismus. Das „Gulasch“ ist verdorben. Ungarn hat heute die höchste Pro-Kopf-Auslandsverschuldung in Europa. Preise für Lebensmittel, Wohnung und Brennstoff schnellen in die Höhe – die Inflation liegt bei 20 Prozent jährlich. Das Land hat jetzt weitverbreitete Arbeitslosigkeit und als Begleiterscheinungen davon Armut und Drogen. Es hat auch die höchste Selbstmordrate von Europa. Als Folge der staatlichen „Reformen“ werden in den nächsten paar Jahren über 200 000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Zum Beispiel verlangt ein Vorschlag Schwedens an die Weltbank, die ungarische Stahlproduktion um 20 Prozent zu drosseln und 50 Prozent der Stahlarbeiter zu entlassen.

Die Arbeiter haben die Nase voll und sind zynisch geworden. Sie haben wenig Illusionen, sei es in die Partei„reformer“, sei es in die frisch gebackenen Oppositionsparteien, von denen keine auch nur im entferntesten so etwas wie eine Massenbasis hat. Ferenc Koszeg, ein Führer vom oppositionellen Bündnis Freier Demokraten: „Es gibt Angst und Apathie. Sie glauben nicht, daß die Organisationen effektiv sein können. Es gibt sogar den Verdacht, daß sie Bewegungen der intellektuellen Elite sind, ohne Verbindungen zu den Massen“ (*New York Times*, 15. Mai 1989). Die wirtschaftlichen und politischen Erneuerungen des „Reform“flü-

gels der Bürokratie bestehen tatsächlich aus offen zynischen Maßnahmen, die westliche Bankiers dazu bringen sollen, 8 Milliarden Dollar an neuen Krediten in das Land zu pumpen. Bisher hat niemand angebissen, und die neue Börse hat keine Transaktionen getätigt. Das ausländische Kapital hält sich mit Investitionen zurück. Statt dessen plant es, wie in Polen, Geld in das Land zu pumpen, um eine neue Klasse von Unternehmern zu züchten.

Wie in Polen gibt es eine wachsende Polarisierung in der Bürokratie. Es wird berichtet, daß der in Harvard ausgebildete Ökonom und gegenwärtige Ministerpräsident von Ungarn, Miklós Németh, regelmäßig mit dem US-Botschafter Tennis spielt. János Barabas, Erster Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in Budapest, erläutert: „Ich könnte mir einen Oppositionsführer als Ministerpräsident vorstellen. Aber wenn er klug ist, würde er einen Kommunisten zu seinem Verteidigungsminister ernennen“ (*San Francisco Chronicle*, 31. Mai 1989).

Pensionierte Polizei- und Armeeeoffiziere sind in der erzstalinistischen Ferenc-Münnich-Gesellschaft organisiert. (Münnich wollten die Russen an die Macht bringen, nachdem sie die proletarische politische Revolution von 1956 zerschlagen hatten. Doch Tito überredete sie, sich an János Kádár zu halten.) Elemente der Münnich-Gesellschaft haben Verbindungen zur Arbeitermiliz, die etwa 60 000 Leute umfaßt und eine Reserve von 20 000. Am 15. März, vor einer geplanten Massenkundgebung in Budapest, wurden an die Miliz Waffen ausgegeben.

Stalinismus à la Münnich ist natürlich als politische Strömung allgemein diskreditiert, aber die Auflösung der von der Partei organisierten Arbeitermiliz ist eine Forderung der „Reform“bürokraten sowie der Opposition. Zweifellos mit Blick auf den Staatsbesuch von US-Präsident George Bush veröffentlichten die „Reform“führer in der Budapester Zeitung *Magyar Nemzet* einen Aufruf:

„Reformkreise sollten den Reformflügel der Partei mobilisieren und die Merkmale einer Mehrheitspartei artikulieren können – einer ungarischen Sozialistischen Partei oder Demokratischen Sozialistischen Partei – durch eine Spaltung, die durch den Auszug der Konservativen erreicht wird.“ (*New York Times*, 13. Juli 1989)

Am nächsten Tag kamen über 10 000 Trauergäste zur Beerdigung des ehemaligen Parteibosses János Kádár. Die Menge war unerwartet groß, auch wenn sie in den Schatten gestellt wurde von der Trauerfeier vom 16. Juni 1989 für Imre Nagy, Ungarns Ministerpräsident während der Revolution 1956. Nachdem die Sowjets den Aufstand blutig niedergeschlagen hatten, wurden Nagy und seine Genossen brutal ermordet und in anony-



Wide World

**Ungarn 1956:
Arbeiter auf
erobertem
sowjetischen
Panzer.
Proletarische
Revolution
spaltete stalinistischen
bürokratischen
Apparat**

Afghanistan ist Frontlinie im internationalen Klassenkrieg. Soldatinnen in Kabul (unten). Familie in Kabul, ihr Haus zerstört von Mudscheddin-Rakete (rechts). Die IKL half, über DM 80 000 für zivile Opfer im belagerten Jalalabad aufzubringen, und schickte im Juni einen Korrespondenten nach Kabul, um unsere Propagandakampagne fortzusetzen



Franklin/Magnum



Reuters

men Gefängnisgräbern verscharrt. Über 100 000 Menschen nahmen an einer feierlichen Zeremonie teil, zu Ehren von Nagy als Held der Revolution. Pozsgay, Németh und andere Spitzenfunktionäre der Regierung nahmen daran teil, legten einen Kranz nieder und trugen als Ehrenwache den Sarg.

Aber viele Ungarn wissen noch, daß die Revolution von 1956 zunächst nicht Parteibürokraten an die Macht brachte, die dem imperialistischen Internationalen Währungsfonds verpflichtet sind, sondern bewaffnete Arbeitersowjets. Auf dem Höhepunkt der Revolution klopften der damalige ungarische Verteidigungsminister Pál Maléter (zusammen mit Nagy später hingerichtet) einfach an seinen Revolver, als ihn ein Reporter fragte, was wohl geschehen werde, falls die Kapitalisten zurückzukehren versuchten.

Stalinisten mauern gegen Perestrojka

Während die Bürokratien in Ungarn und Polen mit „Pluralismus“ herumexperimentieren, um den Imperialisten neue Kredite abzuschmeicheln, wollen ihre stalinistischen Brüder in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei bisher mit Gorbatschowismus nichts zu tun haben. Beide Staaten haben die zentralisierte Wirtschaftsplanung aufrechterhalten, und es geht ihnen viel besser als ihren „marktsozialistischen“ Nachbarn. Dies straft die Behauptung Lügen, zentrale Planung *an sich* sei verantwortlich für den wirtschaftlichen Schlamassel in den degenierten/deformierten Arbeiterstaaten.

Historisch hatten diese Länder sicher eine höher entwickelte Industrie als Polen und Ungarn, mit einem starken Proletariat und einer entsprechend höheren Kultur, in der die Kirche keine solche zentrale Rolle spielte. Daß sie relativ erfolgreich sind, hängt damit zusammen, daß ihre Bürokratien weniger unberechenbar und rationaler sind als ihre polnischen und ungarischen Pendanten. Wo die Bürokratie nicht so sehr hinter immer neuen Partnern her ist, ist das Planungsprinzip stark genug, um sich hinwegzusetzen über die Tendenzen im Stalinismus zu wirtschaftlichen Verzerrungen und zur Stagnation. Die Wirkung des Prager Frühlings 1968 zügelte gewiß die Appetite der tschechoslowakischen Bürokratie, die vor 21 Jahren eine Wirtschaft leitete, die der kranke Mann von Osteuropa war.

Im übrigen soll erwähnt werden, daß Rumänien ein Fall von politischer und wirtschaftlicher Pathologie ist, selbst im Rahmen des Stalinismus. Ceausescu, der mit seinem Personenkult (wenigstens im rumänischen Maßstab) Stalin Konkurrenz macht, hat etwas Einmaliges geschafft. Es ist ihm gelungen, sämtliche Schulden zurückzuzahlen, die Rumänien bei den blutsaugerischen Imperialisten gemacht hatte! Um dies zu tun, ist das ganze Land in einen Zustand äußerster Not hinuntergedrückt worden. Um die erschöpften, hungrigen und frierenden Arbeiter zu trösten, hat er anti-ungarischen Chauvinismus aufgewühlt. Bulgarien, dessen Wirtschaft ziemlich gut dasteht, hat inzwischen beschlossen, möglichen nationalen Konflikten mit seiner einheimischen türkischen Bevölkerung

dadurch zuvorzukommen, daß es diese brutal aus dem Lande jagt.

UdSSR ist der Schlüssel

Gorbatschows Politik hat mit Sicherheit die Ereignisse in Osteuropa und China beeinflußt, und umgekehrt. Aber letzten Endes sind die Entwicklungen in der UdSSR entscheidend. Die Hoffnungen auf „Reform“ und stabilen „Marktsozialismus“, die der Stalinismus im Nadelstreifenanzug hegt, sind genauso ein Hirngespinnst wie die Fantasie von friedlicher Koexistenz mit dem Imperialismus. Noch hirnrissiger sind die Rezepte, mit denen Elemente der Bürokratie in Polen, Ungarn und den baltischen Republiken eine friedliche Rückkehr zum Kapitalismus arrangieren wollen.

Die Initiative der Sowjetbürokratie ist eine Reaktion auf wirklichen Druck. Der Gorbatschow-Anhänger und Ökonom Schmeljow spricht von einer Wirtschaftskrise der sowjetischen Gesellschaft, die, so fürchtet er, zur „Konterrevolution“ führen wird – d. h. eine Rückkehr zu Polizeistaatsmethoden, für die die Bürokratie in der Vergangenheit so berüchtigt war. Gorbatschow selbst bemerkte: „Ich weiß sogar von Kriegsveteranen, die mit dem Bus nach Moskau kamen und Porträts mit sich führten – ein Breschnjew-Porträt bedeckt mit Orden, und ein Gorbatschow-Porträt bedeckt mit Bezugsscheinen für rationierte Güter“ (*New York Times*, 26. Mai 1989).

Die von der Bürokratie befürworteten marktsozialistischen Reformensindkaum durchgeführt worden. Aber die Unzufrie-

denheit der Arbeiter über die schlechte Versorgungslage, die Korruption und Ungleichheit haben in diesem Jahr zu über einem Dutzend wilder Streiks geführt. Die meisten dieser Aktionen waren Proteste von kurzer Dauer. Aber der Streik von 107 000 Bergarbeitern im sibirischen Kohlerevier um Nowokusnezk hat die Bürokratie erschüttert. Aufgeschreckt beeilte sie sich, Konzessionen zu machen, um die wütenden Kumpel zu beschwichtigen. Laut *New York Times* vom 15. Juli 1989 verspricht die Bürokratie, „mehrere der über 40 Forderungen nach mehr Lebensmitteln in den Läden, wärmerer Winterkleidung, längerem Mutterschaftsurlaub, Umweltschutzmaßnahmen, besseren Wohnbedingungen und anderen ortsspezifischen Notwendigkeiten“ zu erfüllen.

Die Forderungen der Streikenden sind viel weitgehender als irgendwo bei Streiks in kapitalistischen Ländern und spiegeln damit den Klassencharakter des Sowjetstaates wider. Sie spiegeln auch auf sehr direkte Weise das hohe Bewußtsein dieser sowjetischen Arbeiter wider, die wissen, daß die Oktoberrevolution von 1917 ihre Revolution ist. Die arbeitenden Menschen in der Sowjetunion sind zutiefst überzeugt davon, daß der sowjetische Arbeiterstaat trotz all seiner Deformationen „ihr“ Staat ist. Sie sind zutiefst davon überzeugt, daß die Fabriken, Bergwerke und das Land Eigentum des gesamten Proletariats sind. All dies stellt eine riesige Barriere dar für die imperialistischen Hoffnungen auf Konterrevolution in der UdSSR. Die Empfänglichkeit der sowjetischen arbeitenden Massen für eine internationalistische Perspektive konnte man daran sehen, daß die streikenden Bergarbeiter an die britische National Union of Mineworkers (Nationale Bergarbeitergewerkschaft), geführt von Arthur Scargill, einen Appell richteten, sie zu unterstützen. Scargill hatte sich gegen die anti-kommunistische Solidarność und den

antisowjetischen Kriegskurs von Reagan/Thatcher ausgesprochen; während des britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 gab die sowjetische Bergarbeitergewerkschaft ihren Klassenbrüdern in Britannien massive finanzielle Unterstützung. Der Appell der sowjetischen Bergarbeiter an die NUM steht im scharfen Kontrast zu Solidarność' feiger Kriecherei vor Thatcher.

Trotzdem leisten die starken nationalistischen Obertöne in der gesamten Sowjetunion der Mobilisierung der Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution Vorschub. Sie drohen auch, die wachsende Wut über die wirtschaftlichen Folgen des Marktsozialismus in die Sackgasse von Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen zu kanalisieren. Um das sowjetische Proletariat zu mobilisieren, ist die entscheidende Forderung: *Alle Macht den Arbeitersowjets!* Abgesehen von den baltischen Republiken und möglicherweise der westlichen Ukraine, sprechen die Kräfteverhältnisse nicht für eine Konterrevolution, besonders wenn die sowjetischen Arbeiter ihren chinesischen Genossen, die bereits ihre bittere Erfahrung mit Markt„reformen“ haben, die Hand reichen.

In China hätte die keimende politische Revolution die Volksbefreiungsarmee fast gespalten. Zwischen der Bürokratie und dem chinesischen Proletariat drohte ein Bürgerkrieg auszubrechen. In der UdSSR kann die Entwicklung von kapitalistisch-restaurativen Kräften zu einem offenen Schlagabtausch zwischen diesen und dem Proletariat führen. Dies wird unweigerlich die Bürokratie in ihre entgegengesetzten Bestandteile spalten. Die Politik in der Sowjetunion, durch Glasnost in Aufwallung gebracht, demonstriert erneut Trotzki's Beobachtung, daß „alle Schattierungen politischen Denkens in der Bürokratie zu finden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) zum völligen Faschismus (F. Butenko)“ (*Über-*

gangsprogramm).

Der Butenkoismus von heute zeigt sich im bedrohlichen antisemitischen Pamjat. Sowjetische Arbeiter müssen mobilisieren, um diese Faschisten von der Straße zu jagen, bevor diese Eiterbeule zum wuchernden Krebsgeschwür wird, das den Sowjetstaat und seine multinationale Bevölkerung bedroht. Gleichzeitig kann der Eifer des Gorbatschow-Regimes, mit dem es von Kabul über Zentraleuropa bis Nicaragua den US-Imperialismus beschwichtigen will, nur tiefes Unbehagen hervorrufen bei weiten Teilen der Offiziere in der Roten Armee. Anders als die chinesische VBA, die sich hauptsächlich aus Bauern zusammensetzt und von regionalen Cliquen bäuerlichen Ursprungs geleitet wird, ist die Rote Armee an der Basis proletarisch und hat ein Offizierskorps mit Erinnerungen und Traditionen, die zurückreichen bis zum Bürgerkrieg 1918–21.

Die Bürokratie war schon gezwungen, damit anzufangen, Trotzki's Rolle in der Revolution wie auch bei der Gründung der Roten Armee anzuerkennen. Die historisch bewußtesten Offiziere erinnern sich an Stalins Sabotage an der Verteidigung der Sowjetunion am Vorabend des Zweiten Weltkriegs – unter anderem daran, daß er Tuchatschewski und die Blüte des Offizierskorps der Roten Armee blutig säuberte. Heute sehen sich die zurückgekehrten Veteranen des Afghanistan-Krieges, Offiziere und Mannschaften gleichermaßen, als proletarische Internationalisten, die ihre Pflicht erfüllten. Vor dem Kongreß der Volksdeputierten denunzierte ein Kriegsveteran aus Afghanistan den Verräter Sacharow dafür, daß er die Rote Armee für ihre Rolle in Afghanistan übel verleumdete. Damit erschütterte er nicht nur den Kongreß, sondern er drückte auch eine weitverbreitete Haltung in der Bevölkerung aus.

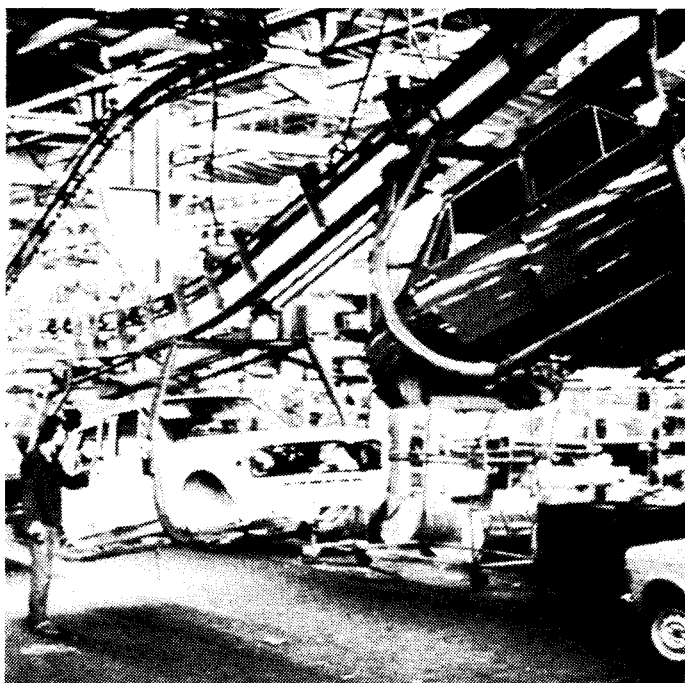
Man kann durchaus erwarten, daß sogar ganze Einheiten der Roten Armee und der Flotte die Partei der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde ergreifen gegen die wachsende kapitalistische Konterrevolution, die bürokratischen Strukturen demontieren, Demokratie und Arbeitersowjets wiedererrichten und eine Planwirtschaft einführen unter der uneingeschränkten und aktiven Beteiligung der Massen. Eine solche Wirtschaft muß dem Prinzip der Gleichheit verpflichtet sein und zum Ziel haben, eine ständig steigende Qualität der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse für alle zu verwirklichen. Nur eine proletarische Avantgardepartei mit einer internationalen Zukunftsvision – unlöslich verbunden mit der Solidarität der Arbeiter aller Länder gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker – kann eine solche Perspektive in der UdSSR durchführen.

Übersetzt aus Spartacist, englische Ausgabe Nr. 43/44, Sommer 1989



Ogornok

Pamjat-Unterstützer grüßen ihre Führer mit Sieg Heil. Sowjetische Arbeiter müssen Pamjat-Faschisten zerstampfen!



Yugoslav Review



Der Spiegel

Autofabrik in Serbien (links). Serbische Chauvinisten beim antialbanischen Aufmarsch in Belgrad (rechts). Wirtschaftliche Ungleichheit, durch „Marktsozialismus“ verschärft, hat regionale und nationale Spaltungen vertieft, die Jugoslawien auseinanderzureißen drohen

Der Bankrott des jugoslawischen Modells

Von Neujahr 1988 an begannen die meisten Fabriken und andere Betriebe in der Sowjetunion, auf der Basis der Konkurrenz des Marktes zu operieren. „Selbstverwaltung“ ist jetzt der letzte Schrei in Rußland. Als Sowjetführer Michail Gorbatschow im Juni 1987 eine radikale Umgestaltung (Perestroika) der Ökonomie ankündigte, verlangte er „vollständige wirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung und Selbstverwaltung der wesentlichen Glieder der nationalen Wirtschaft“. Einige Monate später rief ein Manifest der gerade gegründeten inoffiziellen Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs auf, „die Wirtschaft auf Selbstverwaltung umzustellen“. Es fordert sogar „die Übertragung der staatlichen Produktionsmittel unter die volle Verfügungsgewalt der *obscini*“ (Komitees, Kollektive), „die die Unternehmen selbst verwalten“.

Was wir in Rußland beobachten, ist eine *Konvergenz* von reformfreudigem Stalinismus und den liberalen Vorurteilen eines Großteils der Intelligenz. Wenn

Gorbatschow dem abschwört, was bürgerliche Sowjetologen „Kommandowirtschaft“ nennen, dann deshalb, weil die Kremlbürokratie nicht länger auf Kommando über die produktive Leistung der sowjetischen Arbeiter und Direktoren verfügen kann. Im Rahmen des Stalinismus, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen, sehen die Bürokraten keine andere Alternative, als die Arbeiter und Betriebsleiter der Disziplin des Marktes zu unterwerfen und dem Rubel das Kommando zu geben. Bei links angehauchten Intellektuellen in Gruppen wie der Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs sieht man Selbstverwaltung als einen Schritt dahin, die Gesellschaft von dem lähmenden Griff der Apparatschiks zu befreien, als eine Maßnahme, die es den Massen erlaubt, am wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß teilzunehmen.

Aber die Selbstverwaltung der Betriebe ist *nicht* der Weg zu Arbeiterdemokratie und Sozialismus. Sozialismus bedeutet eine demokratisch geführte, zentral ge-

plante, egalitäre und international organisierte Wirtschaft. Vor dem Aufstieg des Stalinismus hat praktisch niemand, der sich für einen Sozialisten hielt, diese elementaren Grundsätze bestritten. Das Programm des „Marktsozialismus“ ist im wesentlichen ein Produkt des liberalen Stalinismus. Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung der Betriebe sind der Weg ins wirtschaftliche Chaos. Sie erzeugen Arbeitslosigkeit und Inflation, vergrößern die Ungleichheiten innerhalb der Arbeiterklasse und in der ganzen Gesellschaft, schaffen Abhängigkeit von internationalen Bankiers, verschärfen die nationalen Widersprüche und Konflikte und stärken enorm die Kräfte der kapitalistischen Restauration von innen. Man braucht sich nur mal Jugoslawien anzusehen!

Der jugoslawische Weg zur IWF-Austerität

Der Geist von Marschall Tito fände vielleicht ironische Befriedigung darin,

Stalins Erben im Kremel die gleichen Formeln anstimmen zu hören, die er nach seinem Bruch mit Stalin 1948 benutzt hatte. Der jugoslawische Führer hatte erklärt:

„Die Übergabe der Leitung der Fabriken, Bergwerke usw. an die Arbeitskollektive verhindert, daß sich in unserer Wirtschaft eine ansteckende Krankheit festsetzt, die den Namen ‚Bürokratismus‘ trägt. . .

Darin also besteht unser Weg zum Sozialismus, und das ist der einzig richtige Weg, was das Absterben der staatlichen Funktionen in der Wirtschaft betrifft.

Mögen sich die Anhänger des Kominform merken, daß ihr verleumderisches Geschrei unseren erfolgreichen Weg des Aufbaus des Sozialismus nicht zu verdunkeln vermag!“ (Josip Broz Tito, *Der jugoslawische Weg – Sozialismus und Blockfreiheit*, Aufsätze und Reden, 1976)

Heute, nach vier Jahrzehnten, hat der „jugoslawische Weg des Aufbaus des Sozialismus“ zu einer Arbeitslosenquote von nahezu 20 Prozent geführt und zu einer Inflationsrate von beinahe 200 Prozent im Jahr – der höchsten in ganz Europa, Ost wie West – und zu einem brutalen Austeritätsprogramm, das von dem Weltkartell der Bankiers, dem IWF (Internationaler Währungsfonds) diktiert wird. Und die Wirtschaftskrise hat die nationalen Konflikte, die die jugoslawische Föderation auseinanderzureißen drohen, enorm verschärft. Im Herbst 1987 erklärte der Verteidigungsminister, Admiral Branko Mamula: „Die Krise nähert sich dem Punkt, an dem die Einheit des Lan-

des und das bestehende Gesellschaftssystem in Gefahr geraten kann“ (Londoner *Financial Times*, 25. September 1987).

Zwischen 1981 und 1985 fiel das Realeinkommen pro Arbeiter um 20 Prozent, und Investitionen in Industrieanlagen fielen um 40 Prozent. Um diesen Abstieg aufzuhalten, ging das Belgrader Regime Ende 1985 daran, die Ökonomie durch eine expansive Steuer- und Geldpolitik anzukurbeln. Das voraussagbare Ergebnis: Hyperinflation, Anfang 1987 schossen die Preise auf eine jährliche Inflationsrate von 140 Prozent in die Höhe. Der Dinar fiel auf dem Devisenmarkt in den Keller, Jugoslawien taumelte am Rande eines internationalen Bankrotts. Um die beinahe 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden des Landes umzuschulden, verlangte der IWF die Art von Schockbehandlung, die er normalerweise lateinamerikanischen Juntas vorschreibt.

So froren die jugoslawischen Stalinisten im Frühjahr 1987 die Löhne ein und drückten sie sogar runter. Gleichzeitig erhöhten sie die Preise für Konsumgüter um 25 bis 60 Prozent. Als Antwort traten etwa 150 000 Arbeiter in über 1000 Betrieben in den Streik (siehe „Jugoslawien in Aufruhr“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988). Die Bergleute in Labin, Kroatien, streikten zwei Monate lang, mit Abstand der längste Streik in Jugoslawiens Nachkriegsgeschichte. Als sich das Regime einem Widerstand von dieser Größenordnung durch die Arbeiterklasse gegenüber sah, gab es ein bißchen nach und kündigte einen 90tägigen Preisstopp für bestimmte lebensnotwendige Dinge an. Im November wurden die Löhne wieder eingefroren, trotz sogar

noch stärkerer Preiserhöhungen – über 30 Prozent für Brot, 100 Prozent für Milch, 70 Prozent für elektrischen Strom und 60 Prozent für Bahnreisen.

Gorbatschow und seine Berater wissen natürlich sehr wohl, daß die jugoslawische Wirtschaft in einem totalen Schlamassel steckt, in jeder Hinsicht weit schlimmer als die Rußlands. Aber Leonid Abalkin, ein führender Architekt der Perestrojka, stellt Jugoslawien immer noch als Vorbild hin:

„... Herr Abalkin“ (weist) „auf die Reaktion sowjetischer Bürger hin, die Jugoslawien besuchen. Sie ständen dort ehrfürchtig vor der riesigen Auswahl an Wurstsorten, sagte er, auch wenn die vier- oder fünfmal so viel kosten wie bei ihnen zu Hause.

„Wissen Sie, der Fleischverbrauch pro Kopf ist in Jugoslawien niedriger als in der Sowjetunion“, bemerkte er. Aber es gibt ein Gefühl von Reichtum. Wenn ich will, kann ich immer hingehen und kaufen, so viel ich will, ohne Schlange stehen zu müssen. Es ist nicht einfach, dieses Gefühl hier zu erzeugen, aber wenn uns das gelingt, wird es eine gewaltige psychologische Wirkung haben.“ (*New York Times*, 4. Juli 1987)

Die langen Schlangen für Verbrauchsgüter in der Sowjetunion haben nichts zu tun mit zentraler Planung an sich. Jahrelang hat die Kremlobürokratie versucht, die *Illusion* von rasch steigenden Einkommen zu schaffen, indem sie die Lohngelder schneller erhöhte als die Produktion. Das Ergebnis ist eine *unterdrückte Inflation*, bei der die Leute stundenlang warten müssen, wenn sie zu offiziellen Preisen einkaufen wollen; gleichzeitig gibt es einen florierenden Schwarzmarkt mit weit höheren Preisen. Im Gegensatz dazu ist Jugoslawien ein Extremfall von *nicht* unterdrückter Inflation.

Leitung durch Arbeiter oder Leitung durch Bankiers?

Trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs erklären Belgrader Funktionäre weiterhin, daß das jugoslawische System der Arbeiterklasse einzigartige Macht gibt. Genau zu dem Zeitpunkt, als der jugoslawische Ministerpräsident Branko Mikulić das vom IWF diktierte Austeritätsprogramm verkündete, wiederholte er: „Wir sind überzeugt, daß Jugoslawien keine Zukunft hat ohne die Selbstverwaltung. Der Sinn der Arbeiterselbstverwaltung ist doch, daß die Arbeiter selbst Entscheidungen treffen“ (*Der Spiegel*, 23. März 1987).

Leiten die jugoslawischen Arbeiter die Wirtschaft wirklich? Auf dem Papier sind die Arbeiterräte die Herren der Betriebe. In Wirklichkeit üben sie die Herrschaft selten aus. Der englische bürgerliche

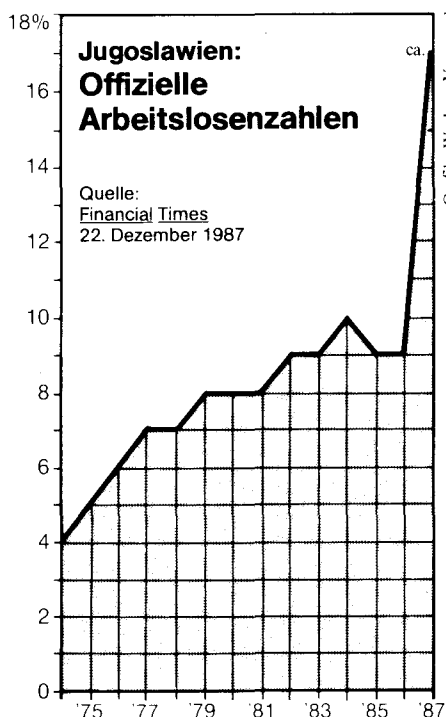


Der Spiegel

Fabrikkomiteesitzung in jugoslawischer Fabrik – „Selbstverwaltung“ ist ein Schwindel. Für zentrale Planung auf der Basis von Arbeiterdemokratie!

Wirtschaftswissenschaftler Harold Lydall sieht in dem jugoslawischen Experiment einen eindeutigen Beweis für die allgemeine Unfähigkeit der Arbeiter, die Wirtschaft zu leiten:

„Die Leitung eines modernen Betriebs, selbst bei mittlerer Größe, ist eine komplexe und spezialisierte Aufgabe oder Aufgabengruppe, und sie erfordert (rund um die Uhr) die Aufmerksamkeit einer Führungsmann-



schaft, die aus qualifizierten Fachleuten besteht. Der gewöhnliche Arbeiter kann genausowenig für die Beschlußfassung auf Leitungsebene Verantwortung übernehmen, wie er eine chirurgische Operation durchführen, eine Symphonie schreiben oder in der Mannschaft eines Fußballmeisters spielen kann.“ (*Yugoslav Socialism: Theory and Practice – Jugoslawischer Sozialismus: Theorie und Praxis*, 1986)

Dies ist natürlich die übliche Rechtfertigung für Klassenherrschaft. Die unteren Schichten hält man für zu unwissend und für zu engstirnig in ihrem Eigennutz, als daß sie die Gesellschaft regieren könnten; dieses sei eine Aufgabe für die qualifizierte Elite.

Die jugoslawischen Arbeiter haben jedoch genug Verantwortungsbewußtsein und ökonomisches Köpchen, um gegen die ruinöse Austerität in Streik zu treten, die von den ach so qualifizierten Weisen vom Internationalen Währungsfonds verordnet worden ist. Wenn genau diese Arbeiter ihre nominelle Macht auf betrieblicher Ebene nicht ausüben, so liegt das daran, daß die Betriebe selbst *ohnmächtig* sind. Ihre großen Entscheidungen über Produktion, Preise, Investitionen usw. werden auf der einen Seite

von den Kräften der Konkurrenz auf dem Markt diktiert und auf der anderen Seite von den Banken.

Die Banken sind die eigentliche Macht in der jugoslawischen Wirtschaft geworden. In den 60er Jahren stiegen die Investitionen in Industrieanlagen, die über Bankanleihen finanziert wurden, von gerade 5 Prozent auf über 40 Prozent bis zum Ende des Jahrzehnts. Seitdem, so der ehemalige Vorsitzende der National-



bank von Jugoslawien, Ivo Perisin, „ist die Macht der jugoslawischen Banken (die meisten von ihnen kleine Geldinstitute nach objektiven Maßstäben), Entscheidungen zu fällen, weiterhin gewachsen. Die Wirtschaft ist dabei immer abhängiger von ihnen und ihren Krediten geworden und immer tiefer in Schulden geraten“ (Radmila Stojanović, Hrsg., *The Functioning of the Yugoslav Economy – Die Funktionsweise der jugoslawischen Wirtschaft*, 1982).

Dem Namen nach werden die jugoslawischen Banken kontrolliert durch die Betriebe, Kommunalregierungen und dergleichen, von denen sie gegründet worden sind. In Wirklichkeit sind sie Kreaturen der lokalen und regionalen Bürokratien, auch wenn sie manchmal die Rolle von Franksteins Monster spielen. Gerät ein Betrieb in Konflikt mit den Banken, wird er feststellen, daß seine Wünsche nach einem Darlehen abgelehnt werden, seine ausstehenden Darlehen zurückgefordert werden und sein Kredit gekürzt wird.

Die strategische Macht der Banken in Jugoslawien ist durchaus kein Zufall. Finanzen sind die Achillesferse der Selbstverwaltung und des anarchosyndikalistischen Modells im allgemeinen. Ein Betrieb kann finanziell nicht selbstgenüg-

sam sein; er ist abhängig von einer langen und zerbrechlichen Kette von Zahlungen. Lieferungen erhält er von zahlreichen Firmen zu verschiedenen Kreditbedingungen. Einige Zulieferer sind in anderen Ländern und ziehen auf diese Weise den Betrieb in Devisengeschäfte hinein. Ein Betrieb verkauft wiederum zu verschiedenen Zahlungsbedingungen an zahlreiche Kunden auf dem Binnen- und auf dem Weltmarkt. Marktbeziehungen machen so die finanziellen Mittelsmänner zum strategischen Bindeglied zwischen den Produktionseinheiten. Es liegt völlig in der Logik von „Selbstverwaltung“, daß das Weltkartell der Bankiers, der IWF, in der jugoslawischen Wirtschaft mehr zu sagen hat als alle Arbeiterräte zusammen. Nur eine zentralisierte Wirtschaftsleitung kann es den Arbeitern ermöglichen, über die Richtung der Wirtschaft demokratisch zu bestimmen.

Nationaler Konflikt und Dezentralisierung in Jugoslawien

Die jugoslawische Erfahrung hat für Gorbatschows Rußland größte Bedeutung, und zwar nicht einfach deshalb, weil der gegenwärtige Generalsekretär der KPdSU darüber redet, die Wirtschaft auf Selbstverwaltung umzustellen. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien sind beides multinationale, föderative Staaten. In Jugoslawien wird die nationale Struktur politisch repräsentiert durch sechs Republiken und zwei autonome Provinzen.

Die Nationalitätenfrage hat im Zentrum der Politik von „Selbstverwaltung“ gestanden. Der gesellschaftliche Druck für immer weitere Dezentralisierung ist *nicht* von unten gekommen – von den Arbeitern in den Werkstätten –, sondern von den Bürokratien in Kroatien und Slowenien, den reicheren Republiken. Die ökonomischen Auswirkungen der Dezentralisierung wiederum haben in den ärmsten Regionen rabiaten nationalen Groll hervorgerufen, besonders in Kosovo, wo in Jugoslawien die albanische Nationalität konzentriert ist.

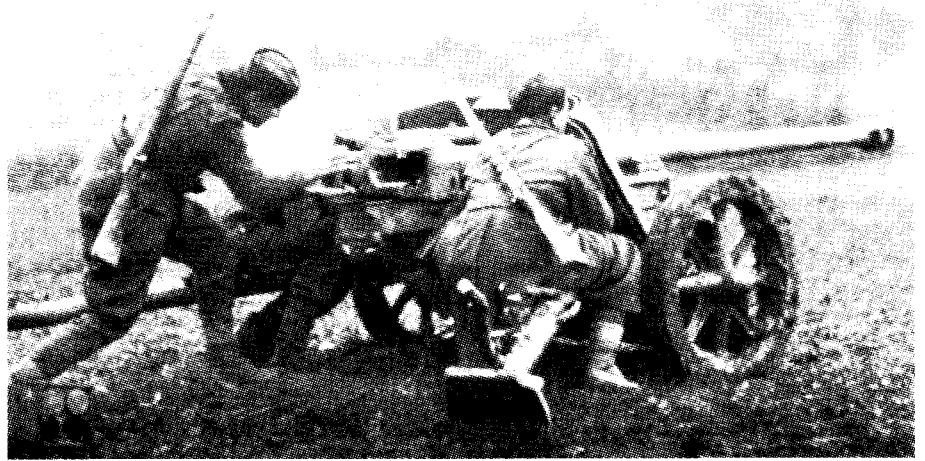
Führende Politiker in Belgrad sprechen jetzt von „zwei Jugoslawien“ – das eine im Norden, das andere im Süden – und warnen vor einer „Libanonisierung“ des Landes. Die *New York Times* vom 1. November 1987 berichtet:

„Teile des südlichen Jugoslawien haben einen solchen Zustand von ethnischen Reibereien erreicht, daß die Jugoslawen angefangen haben, von der schrecklichen Möglichkeit eines Bürgerkriegs zu reden, in einem Land, das ein Zehntel seiner Bevölkerung, 1,7 Millionen Menschen, im Zweiten Weltkrieg verloren hat.“

Diese Angst vor einem Bürgerkrieg wur-



Eupra



George Skrigin, Belgrad

Josip Broz Tito schmiedete gegen die Nazis gesamtjugoslawische Partisanenbewegung, die nationale Gegensätze durch revolutionären Kampf überwand

de noch verstärkt, als im September 1987 ein albanischer Wehrpflichtiger in einer Armeekaserne mit einem Maschinengewehr Amok lief und dabei fünf andere Soldaten (alle Slawen) tötete und mehrere andere verwundete. Nach vier Jahrzehnten von „Marktsozialismus“ und „Arbeiterselbstverwaltung“ stehen jetzt die historischen Errungenschaften der jugoslawischen Revolution auf dem Spiel.

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde in dem Widerstand geschmiedet, der unter Führung der Kommunisten gegen die Besetzung durch Nazideutschland während des Zweiten Weltkriegs kämpfte. Die Stärke von Titos Partisanen lag darin, daß sie auf einer *antinationalistischen* Grundlage für eine Lösung der Balkanfrage kämpften. Tito selbst war Kroat, während die Mitgliedschaft der Kommunistischen Bewegung überwiegend Serben und Montenegriner waren. Bei den unzähligen nationalistischen Gruppen – monarchistische serbische Četnici, faschistische kroatische Ustaschi und Quislinge von jeder südslawischen Nationalität –, die am völkermörderischen Gemetzel teilnahmen, kamen die Arbeiter und Bauern zu der Erkenntnis, daß sie in Sicherheit waren, wenn die Partisanen mit dem roten Stern auf der Mütze in die Stadt kamen.

Die Partisanen der KP Jugoslawiens schafften die unglaubliche Leistung, die Nationalitäten gegen die deutschen Besatzer zu vereinigen, die Nazis hinauszujagen und die royalistischen und faschistischen Bewegungen Jugoslawiens auszurotten. Um ihre eigene Position zu verteidigen, mußte die kleinbürgerliche stalinistische Formation, die an der Macht war, die Vertreter des alten Staatsapparats aus der Regierung rausschmeißen und die Produktionsmittel nationalisieren und damit die Herrschaft des Kapitalismus zerschlagen. Nachdem die jugoslawischen Kommunisten durch ihren eigenen bewaffneten Kampf, unter enormen Opfern, an die Macht gekommen waren, waren sie nicht bereit, die Vorschriften

von Moskau hinzunehmen. Sie blieben dem stalinistisch-nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ treu – für *ihre* Land. Der Bruch mit Stalin 1948 erhöhte die Autorität des Tito-Regimes beim Volk noch viel mehr.

Da die Titoisten außergewöhnliche Unterstützung beim Volk genossen, ergriffen sie eine Reihe von liberalisierenden Maßnahmen, deren bedeutendste die Selbstverwaltung der Betriebe war. Die meisten jugoslawischen Arbeiter begrüßten diese Maßnahme zweifellos, weil sie ihnen gegen bürokratischen Mißbrauch am Arbeitsplatz etwas Schutz bot. Mehrere Jahre lang jedoch übertraf die Rhetorik von Selbstverwaltung die Realität bei weitem. Die Betriebsleiter wurden weiterhin von den örtlichen Partei- und Regierungsbossen ausgewählt. Wesentlicher noch, der wirtschaftliche Überschuß blieb in den Händen des Staates konzentriert. Ende der 50er Jahre wurden weniger als 10 Prozent der Bruttoprofite von den Betrieben zurückgehalten; der Rest ging an die Regierung durch Steuern, Zinszahlungen auf Vermögenswerte und andere Abgaben.

Ungefähr die Hälfte aller Investitionen, die in neue Anlagen und in neue Ausrüstung gesteckt wurden, sind von der Zentralregierung finanziert worden. Das Tito-Regime benutzte diese Investitionsmittel, um die riesigen ökonomischen Unterschiede zwischen Jugoslawiens Nationalitäten einigermaßen zu verringern. Die Investitionen pro Arbeiter waren in den ärmsten Regionen – Makedonien, Montenegro und Kosovo – weit höher als in den am höchsten entwickelten Republiken Kroatien und Slowenien. Die Bemühung, die zentralisierte Kontrolle über die Investitionsmittel dazu zu benutzen, die produktiven Reserven des Landes umzuverteilen, löste in Kroatien und Slowenien, früher Provinzen im ehemaligen Kaiserreich Österreich-Ungarn, eine nationalistische Gegenreaktion aus.

Ende der 50er Jahre startete Vladimir Bakarić, der altgediente Kommunisten-

Boß von Kroatien, eine Kampagne für „Entstaatlichung“ der Wirtschaft. Damit meinte Bakarić, daß der wirtschaftliche Überschuß, der in Kroatien erzeugt wird, auch in Kroatien bleiben sollte. Das Mittel dazu: die finanzielle Autonomie der Betriebe zu erhöhen. So brachte die Bewegung, den Wirtschaftsüberschuß in den Händen der Betriebe zu vergrößern, ein Wiederaufleben von nationalistischen zentrifugalen Kräften in Jugoslawien zum Ausdruck. Ein britischer Historiker des Nachkriegsjugoslawien bemerkt, daß die „Entstaatlichungs“kampagne Ende der 50er Jahre den Punkt markierte, „an dem die jugoslawische ‚nationale Frage‘, seit dem Krieg ziemlich im Hintergrund, wieder zu Jugoslawiens zentraler Frage wurde“ (Dennison Rusinow, *The Yugoslav Experiment 1948–1974* – Das jugoslawische Experiment, 1977).

Die bitteren Früchte der „Entstaatlichung“

Die marktorientierten „Reformen“ der 60er Jahre verlagerten radikal den Schwerpunkt der ökonomischen Macht. Der Anteil der von der Regierung finanzierten Investitionen in Industrieanlagen fiel zwischen Anfang und Ende der 60er Jahre von über 60 Prozent auf weniger als 10 Prozent! So begann der Abbau der wirtschaftlichen Macht der Zentralregierung, so daß 1980 ein prominenter jugoslawischer Wirtschaftswissenschaftler, Zoran Popov, schreiben konnte, daß „die Republiken und Provinzen die Wirtschaftspolitik nahezu ausschließlich in ihrer Hand haben. Die konsequente Durchführung dieser Regelung bei der praktischen Entwicklung des Systems hat unser System unbeweglich, schwerfällig und ineffizient gemacht.“ Viele Touristen haben in Jugoslawien diese geringe Flexibilität und Ineffizienz selbst erlebt. Jedesmal wenn ein Zug die Grenze von einer Republik zu einer anderen überquert, muß die Lokomotive gewechselt werden!

Die dezentralisierenden Maßnahmen

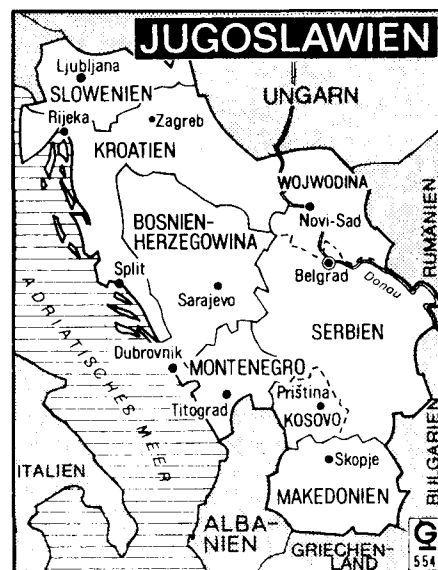
der 60er Jahre änderten auch radikal die Wechselbeziehung zwischen der jugoslawischen Wirtschaft und dem kapitalistischen Weltmarkt. 1967 wurde es den Betrieben erlaubt, einen Teil der Devisen, die sie einnehmen, zu behalten. Seitdem ist das Gerangel um Devisen eine Hauptursache für regionalen/nationalen und zwischenbetrieblichen Konflikt gewesen, der manchmal zu offenem Wirtschaftskrieg führte. Zum Beispiel verlangte 1980 ein Produzent von Röntgenfilmen in Kroatien, der einzige einheimische Lieferant in Jugoslawien, einen höheren Devisenanteil. Um die Zentralregierung unter Druck zu setzen, kürzte der Betrieb die Auslieferung der Röntgenfilme in die anderen Republiken. In Krankenhäusern überall in Jugoslawien mußten die Röntgenuntersuchungen verschoben werden.

Die Konkurrenz des Marktes zwischen den Betrieben hat auf allen Ebenen des jugoslawischen Wirtschaftslebens krasse Ungleichheiten hervorgerufen. Sogar innerhalb der gleichen Republik, zum Beispiel in Slowenien, bekommen manche Arbeiter zweieinhalbmal so viel wie andere, die die gleiche Art von Arbeit leisten. In dem Land als Ganzem sind diese Unterschiede bedeutend größer. Ein Arbeiter, der eine Maschine in dem einen Betrieb bedient, bekommt vielleicht viermal so viel wie sein Kollege, der das Gleiche in einem weniger profitablen Betrieb tut. Diese Einkommensunterschiede haben nichts zu tun mit dem Fleiß des einzelnen Arbeiters oder mit der Fähigkeit der jeweiligen Betriebsleitung. Der Hauptfaktor, der die Wirtschaftlichkeit eines Betriebs bestimmt, ist das Alter seiner Maschinenanlage, ob sie technologisch auf dem neusten Stand oder veraltet ist. „Marktsozialismus“ verletzt den elementaren Grundsatz, der sowohl von Gewerkschaftern als auch von Sozialisten geteilt wird: *gleicher Lohn für gleiche Arbeit*.

Zwar schüren die ungeheuer ungleichen Löhne für die gleiche Arbeit ohne Zweifel Groll unter den einzelnen Arbeitern, doch es sind die krassen Unterschie-

de zwischen den Regionen, die jetzt drohen, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien auseinanderzureißen. Slowenien genießt einen Lebensstandard, der sich mit dem des benachbarten Österreich vergleichen läßt. Gleichzeitig ähneln die Verhältnisse im albanisch bevölkerten Kosovo eher der Türkei. Die dezentralisierenden Maßnahmen der 60er Jahre verbreiteten diese Kluft. Ende der 70er Jahre lagen die pro Kopf verfügbaren Mittel in Kosovo bei weniger als 30 Prozent von denen in Slowenien; in Makedonien betragen sie weniger als die Hälfte von denen in Slowenien. Der wirtschaftliche Zusammenbruch in den 80er Jahren hat die ärmsten Regionen am härtesten getroffen. Während die Arbeitslosenquote in Slowenien immer noch weniger als 2 Prozent beträgt, liegt sie in Kosovo bei über 35 Prozent! Kein Wunder, daß viele Albaner der jugoslawischen Föderation, so wie sie zur Zeit aufgebaut ist und geführt wird, zutiefst feindlich gegenüberstehen.

Die Sowjetunion ist ganz und gar nicht frei von großrussischem Chauvinismus und nationalem Konflikt. Aber es ist aufschlußreich, dem südlichen Jugoslawien das sowjetische Zentralasien gegenüberzustellen. Noch vor zwei Generationen waren die turksprachigen Völker der zentralasiatischen Republiken nomadische Hirten, die vom europäischen Rußland durch eine riesige soziale und ökonomische Kluft getrennt waren. Aber die zentralisierte Planung und Wirtschaftsleitung auf der Grundlage des Kollektiveigentums haben es der UdSSR ermöglicht, diesen Abstand deutlich zu verringern. Usbekische Maschinenarbeiter in Taschkent bekommen die gleichen Tariflöhne und Sozialleistungen wie ihre Klassenbrüder in Leningrad. Sozialprogramme in Zentralasien sind von einer in der ganzen Sowjetunion üblichen Qualität. Kollektivbauern in Zentralasien bekommen verhältnismäßig günstige Preise für ihre Haupternte. Darüber hinaus hat der zentrale sowjetische Haushaltsplan zusätzliche Mittel für die zentralasiatischen



Frankfurter Rundschau

Die Jugoslawische Sozialistische Föderative Republik besteht aus sechs nationalen Republiken und zwei autonomen Provinzen

Republiken vorgesehen.

Aber Gorbatschows marktorientierte „Reformen“ werden diese ausgleichende Politik *umkehren* und die Mittel zurück ins europäische Rußland *umleiten*. Zwei für den amerikanischen Kongreß tätige Fachleute für die sowjetische Ökonomie, John P. Hardt und Richard F. Kaufman, schreiben:

„Gorbatschows Politik scheint die westlichen Regionen der Sowjetunion zu begünstigen, im Gegensatz zu Zentralasien, Ostsibirien und dem Fernen Osten. Zum Beispiel verschiebt das industrielle Modernisierungsprogramm den Bau neuer Anlagen und legt die Betonung auf die Renovierung bestehender Einrichtungen, von denen die meisten in den entwickelten, zum größten Teil slawischen Gebieten der europäischen Sowjetunion liegen.“ (Gemeinsamer Wirtschaftsausschuß des US-Kongresses, *Gorbachev's Economic Plans – Gorbatschows Wirtschaftspläne*, 1987)

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Korrespondenz an: Anschrift:

Ligue trotskyste de France	Le Bolchévik, BP 135-10 75463 Paris Cedex 10, Frankreich
Spartacist League/Britain	Spartacist Publications PO Box 1041 London NW5 3EU, England
Trotzkistische Liga Deutschlands	Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31 2000 Hamburg 11, Westdeutschland
Lega Trotskista d'Italia	Walter Fidacaro C.P. 1591 20101 Milano, Italien

Korrespondenz an: Anschrift:

Spartacist League/U.S.	Spartacist League Box 1377 GPO New York, NY 10 116, USA
Trotskyist League of Canada	Trotskyist League Box 7198, Station A Toronto, Ontario M5W 1X8, Kanada
Spartacist Group Japan	Spartacist Group Japan PO Box 18 Chitose-Yubinkyoku Setagaya-ku, Tokyo 156 Japan
Spartacist League of Australia/New Zealand	Spartacist League GPO Box 3473 Sydney, NSW, 2001, Australien

Trotz des rapiden Fortschritts in den letzten Jahrzehnten bleibt das ländliche Sowjetzentralsien der ärmste und rückständigste Teil der UdSSR. Der Hauptgrund ist die Konzentration der turksprachigen Bevölkerung in landwirtschaftlichen Kollektiven, wo ihre Arbeitsproduktivität sehr niedrig ist.

Eine wirklich sozialistische (d. h. internationalistische) Politik in der nationalen Frage verlangt, nicht nur Produktionsmittel in die zentralasiatischen Republiken zu überführen, sondern auch, die freiwillige Abwanderung von Turksprachigen in die Gebiete des europäischen Rußlands, der Ukraine und Sibiriens zu fördern, in denen es zu wenig Arbeitskräfte gibt. Dies käme nicht nur den Turkvölkern zugute, sondern würde die Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion als Ganzem erhöhen. Eine solche Politik würde erfordern: berufliche Umschulung für Millionen von Menschen, massiven Wohnungsbau, Errichtung mehrsprachiger Schulen in den größten Städten des europäischen Rußlands und ähnliche Maßnahmen. Kurz gesagt, die wirtschaftliche Integration der zahlreichen Nationalitäten, aus denen sich die UdSSR zusammensetzt, ist nur möglich auf der Grundlage von zentralisierter Planung und Wirtschaftsleitung, von Arbeiterdemokratie und einem Kampf gegen nationale Ungleichheit.

Hinter dem wirtschaftlichen Zusammenbruch

Zwei Jahrzehnte lang konnten Fürsprecher des „jugoslawischen Wegs zum Sozialismus“ auf eine der höchsten Wachstumsraten in der Welt hinweisen. Während der 50er Jahre stieg die Industrieproduktion um jährlich 9,5 Prozent und in den 60er Jahren um über 8 Prozent. Aber diese eindrucksvolle Wirtschaftsleistung war durchaus kein Beweis für die überlegenen Qualitäten betrieblicher Selbstverwaltung.

In den 50er Jahren genoß Jugoslawien einen Vorteil, der für die Staaten des Sowjetblocks unerreichbar war: Subventionierung durch den US-Imperialismus. Nachdem Tito 1948 mit Stalin gebrochen hatte, betrachtete Washington das Regime von Belgrad als einen Halbverbündeten gegen Moskau. Im ersten Jahrzehnt des Kalten Krieges erhielt Jugoslawien von Onkel Sam ungefähr eine Milliarde Dollar als großzügige Gabe. Zur gleichen Zeit wies Jugoslawien große Handelsbilanzdefizite gegenüber dem Westen auf. Ohne die Hilfe der USA hätten die Zwänge der Zahlungsbilanz sein Wirtschaftswachstum verlangsamt.

Anfang der 60er Jahre versiegte die US-Hilfe, aber das titoistische Jugoslawien fand eine andere Devisenquelle: den Export überschüssiger Arbeitskräfte in die westeuropäische EG, besonders nach

Westdeutschland. Auf dem Höhepunkt, direkt vor der weltweiten Depression von 1974/75, machten die abgewanderten Arbeiter 12 Prozent von Jugoslawiens gesamter Arbeiterschaft aus. Und das Geld, das sie an ihre Familien zurückschickten und mit nach Hause zurückbrachten, belief sich auf 40 bis 50 Prozent des Ertrags, den Jugoslawien mit dem Export von Industrie- und Agrarprodukten erzielte.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der 80er Jahre hatte seinen Ursprung in der kapitalistischen Weltkrise von

Sowjetische Universitätsstudentinnen in der Kalmückischen ASSR, im südlichen Steppengebiet. Zentralisierte Planung und Wirtschaftsführung haben die Kluft zwischen rückständigen Regionen der UdSSR und dem europäischen Rußland entscheidend verringert



Planeta Publishers

1974/75. Die Vervierfachung der Ölpreise, die von dem Kartell der Sieben Schwestern/OPEC arrangiert worden war, erhöhte in großem Maße Jugoslawiens Importrechnung, die in Dollar, nicht in Dinar, zahlbar war. Folglich sprang das Handelsbilanzdefizit von 1,6 Milliarden Dollar im Jahre 1973 auf 7,2 Milliarden Dollar im Jahre 1979. Zur gleichen Zeit schickte die Depression und anschließende Stagnation der westeuropäischen Wirtschaft eine *Viertelmillion* jugoslawischer Arbeiter bis zum Ende des Jahrzehnts nach Hause zurück.

Die Arbeitslosenquote schnellte von 3,5 Prozent Anfang der 70er Jahre auf 8,5 Prozent Ende der 70er Jahre. In einer wichtigen Beziehung hat die Selbstverwaltung eine *stärkere* innere Tendenz, Arbeitslosigkeit zu erzeugen, als sie der Kapitalismus hat. Das Ziel eines selbstverwalteten Betriebs besteht nicht darin, Gewinne zu maximieren oder gar die Produktion, sondern den *Gewinn pro Arbeiter*. Wenn ein jugoslawischer Betrieb seine Produktion um z. B. 10 Prozent dadurch steigern kann, daß er entweder eine Million Dinar für neue Anlagen ausgibt oder eine halbe Million für neue Anlagen und den Rest dafür, mehr Arbeiter einzustellen, dann wird er immer die *erste*

Alternative wählen. Das System ist stark ausgerichtet gegen junge Arbeiter, die das erste Mal in den Arbeitsmarkt eintreten.

Gefestigte betriebliche Arbeiterräte haben jedoch eine gewisse politische Schlagkraft gehabt. Falls der Markt hätte frei funktionieren dürfen, wären Ende der 70er Jahre Hunderte von Betrieben zusammengeklappt. Um dem zuvorzukommen, nahm das Tito-Regime Zuflucht zu einer inflationären Finanzpolitik und zu enormen Geldanleihen im Ausland. Firmen, die rote Zahlen schrieben, ließ man

mit rentablen Firmen fusionieren, oder sie wurden mit Bankdarlehen über Wasser gehalten.

Wie das System funktionierte, wurde durch den Skandal von Agrokomerc aufgedeckt, der im Herbst 1987 Jugoslawien schockte. Die Betriebsleitung von Agrokomerc, einem riesigen Nahrungsmittelproduzenten, hatte enge Verbindungen mit dem Parteiboß von Bosnien, Hamdija Pozderac, einem der mächtigsten Politiker im Land. Über einen Zeitraum von mehreren Jahren hatte Agrokomerc jugoslawischen Banken *nahezu 1 Milliarde Dollar* in Schuldscheinen aufgehalst, die durch *nicht vorhandene* Vermögenswerte gedeckt waren. Als schließlich das finanzielle Kartenhaus einstürzte, rief der Chef von Agrokomerc, Fikret Abdić, aus: „Jeder in Jugoslawien hat es so gemacht; warum also wird Agrokomerc schikaniert, wo wir doch nur versucht haben, die Mittel zu kriegen für die Fertigstellung einiger unserer großen Projekte?“ (*Economist*, 5. September 1987).

Tatsächlich hat es jeder in Jugoslawien jahrelang so gemacht. Folglich verdreifachte sich die Inflationsrate während der 70er Jahre und erreichte bis zum Ende des Jahrzehnts 30 Prozent. Die Inflation richtete Jugoslawiens Konkurrenzfähig-

keit beim Export zugrunde. Um die notwendigen Importe zu bezahlen, wandte sich das Tito-Regime an die Kredithaie der Frankfurter Börse, der City von London und der Wall Street. Die Auslandsschulden verzehnfachten sich während der 70er Jahre, von 2 Milliarden Dollar auf 20 Milliarden. Als Jugoslawien in die 80er Jahre eintrat, lebte es von geliehener Zeit.

Für eine sozialistische Föderation des Balkans!

Mit dem Tod von Marschall Tito 1980 verschwand sowohl ein machtvolles Symbol der jugoslawischen Einheit als auch eine politische Führung, die Autorität genoß. Das signalisierte den Abgang der Generation, die die jugoslawische Revolution durch die Überwindung der uralten Blutfehden des Balkans gemacht hatte. Ihre Nachfolger waren politische Winzlinge, die die engstirnigsten und kurzfristigsten Interessen verfolgten. Wie es ein intellektueller Dissident ausdrückte: „Wir leben unter einer pluralistischen Oligarchie, oder besser, unter acht Oligarchien.“ Jede Republik kann gegen Zentralgesetze ein einjähriges Veto einlegen. Der Präsident der Zentralregierung wird auf einer regionalen Basis jedes Jahr nach dem Rotationsprinzip gewechselt, eine von Titos verhängnisvollsten Hinterlassenschaften. Selbst im Rahmen stalinistischer Herrschaft hat sich die gegenwärtige jugoslawische Bürokratie auf kriminelle und vielleicht selbstmörderische Weise als unverantwortlich erwiesen.

Das Regierungskarussell in Belgrad ist heute kaum mehr als ein Geldentreiber für ausländische Kredithaie. Es zog die Ökonomie durch die Mangel und preßte seit 1981 für die Bankiers von Frankfurt, London und New York 18 Milliarden Dollar heraus. Und jetzt verlangen die Bankiers weitere Austerity-Maßnahmen, die im Vergleich die letzten Jahre wie la dolce vita aussehen lassen würden. Im Sommer 1987 nahm das Belgrader Regime unter dem Druck vom IWF ein Gesetz an, das alle Staatssubventionen und andere Hilfen für verlustbringende Betriebe beseitigte. Oskar Kovač, der Minister für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen, erklärte:

„Es wird Firmen geben, die eindeutig weg müssen. Ich kann nur hoffen, daß es nicht solche Dimensionen annimmt, daß es ernsthafte soziale Unruhen verursacht. Aber selbst unter diesem Risiko müssen wir es machen.“ (Washington Post, 21. Juli 1987)

Sie machen es, und die erste Runde machte 800 Firmen mit 200 000 Arbeitern dicht. Wenn das Gesetz strikt durchgeführt wird, dann wird jeder vierte Arbeiter in Jugoslawien auf die Straße gesetzt werden.

Der Bankrott der „selbstverwalteten Wirtschaft“ hat die Zentrifugalkräfte in

Jugoslawien gewaltig verstärkt. Im Sommer 1987 überschrieb das Hausorgan der internationalen Finanziers, der Londoner *Economist*, einen Artikel über Jugoslawien: „Ein Libanon auf dem Balkan?“ Die imperialistischen Hyänen riechen Blut und geifern beim Gedanken an den Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, der die Revolution zurückrollen und Serbien, Kroatien, Slowenien usw. in Neokolonien des internationalen kapitalistischen Finanzwesens verwandeln würde. Die reicheren Regionen des Nordens ärgern sich über die wirtschaftliche Belastung durch den verarmten Süden. Božo Kovač, der Herausgeber von Sloweniens führender Tageszeitung, prahlt: „Die Kapazität wird in Slowenien besser genutzt und verwaltet als im Süden.“

Der Londoner *Independent* (8. Oktober 1987) berichtet: „Politische Tagträume über eine Abspaltung von der südslawischen Föderation sind weit verbreitet. Die 1,5 Millionen Slowenen neigen dazu, diese Föderation als reine Belastung zu sehen für ihre harte Arbeit und ihre europäischere Lebensweise.“ Wenn Abspaltung für die Slowenen ein Tagtraum ist, dann ist es bei den Albanern ein Wutschrei. Die Frage von Kosovo explodierte 1981, als demonstrierende albanische Studenten verlangten, daß der autonomen Provinz der volle Status einer Republik gewährt werde. Heute fordern die extremeren Nationalisten „ein ethnisches Albanien, das das westliche Makedonien, das südliche Montenegro, einen Teil des südlichen Serbien, Kosovo und Albanien selbst umfaßt“ (*New York Times*, 1. November 1987). In den letzten Jahren hat ein Großteil der serbischen Minderheit Kosovo verlassen, vertrieben durch die steigende Flut des albanischen Nationalismus und durch die schwere wirtschaftliche Depression.

Die Lage in Kosovo entfacht alle nationalen Leidenschaften in Jugoslawien. Der *Economist* (18. Juli 1987) bemerkte: „Nur wenige Menschen außerhalb Jugoslawiens haben Kosovo viel Beachtung geschenkt. Aber wenn die Schwierigkeiten dort nicht gelöst werden, könnten sie ganz Jugoslawien durchrütteln.“ In Erinnerung an die Auswirkungen des Attentats, das 1914 in Sarajewo von einem serbischen Nationalisten auf einen österreichischen Erzherzog verübt worden war und das den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatte, bemerkte die Zeitschrift, daß „lokale Konflikte auf dem Balkan eine unangenehme Art haben, sich in größere zu entwickeln.“

Der titoistische Stalinismus hat keine dauerhafte Lösung für die nationalen Probleme Jugoslawiens erreicht und kann sie auch nicht erreichen. Zum Beispiel sollte die albanische Bevölkerung von Kosovo das Recht haben, sich mit ihren nationalen Brüdern in Albanien

über die Grenze hinweg zu vereinigen. Die Makedonier sollten das Recht haben, ein Teil von Bulgarien zu werden. Eine solche Politik würde ein gutes Stück dabei weiterhelfen, die gegenwärtigen nationalen Gegensätze innerhalb Jugoslawiens zu entschärfen und die Grundlage zu legen für eine wirkliche sozialistische Föderation des Balkans innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Als wir vor über einem Jahrzehnt über die nationale Frage in Jugoslawien schrieben („The National Question in Yugoslavia“, *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. März 1976), warnten wir:

„Jetzt werden selbst die großen Errungenschaften der jugoslawischen Revolution – der Sturz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Überwindung der blutigen nationalen Konflikte, die das bürgerliche Jugoslawien erschüttert hatten – bedroht durch das Schüren... von zentrifugalen Kräften durch die Bürokratie. Die Bedingungen für einen blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien werden angesammelt... einen, der sehr wohl in die Form eines ‚nationalen Befreiungskampfes‘ gehüllt sein könnte. Dies ist die Erbschaft des Titoismus, des Stalinismus ‚mit menschlichem Angesicht‘. Es ist eine Erbschaft, die die arbeitenden Massen durch den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei überwinden müssen, die in der Lage ist, eine politische Revolution der Arbeiter durchzuführen, um die Tito-Bürokratie rauszuwerfen und damit die Bedingungen für eine internationale Ausweitung der Revolution zu schaffen.“ Heute, wo der Bankrott der „Arbeiter-selbstverwaltung“ die wiederaufsteigenden nationalen Gegensätze anfacht, bietet dieses Programm den einzig wirklichen Weg zum Sozialismus. ■

Abonniert!



SPARTAKIST

Kampf bis zum Tode gegen CIA-Mullahbanden!

Schlacht um Afghanistan

SPARTAKIST

einschließlich Spartacist

12 Ausgaben

Inland	DM 10,-
Ausland Seepost	DM 15,-
Luftpost	DM 30,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

Ungarn: „Gulasch-Kommunismus“ geht pleite



Kleinkapitalismus unterminiert Ungarns sozialisierte Wirtschaft: Spekulanten handeln mit Anleihen staatseigener Betriebe (links). Der liberale Stalinist János Kádár (rechts) sagt ungarischen Arbeitern, daß ihnen Austerität blüht

Unter der enormen Last der Verschuldung bei den westlichen Banken wird jetzt ein großer Teil Osteuropas von einer Wirtschaftskrise geplagt. In Rumänien werden die Gebäude so kalt gehalten, aus Mangel an Elektrizität, daß Musiker Handschuhe anziehen, wenn sie Konzerte geben. Im November 1987 zogen Tausende von Arbeitern der Lastwagenfabrik Roter Stern in Braşov durch die Industriestadt und protestierten gegen eine 50prozentige Lohnkürzung und gegen den Mangel an so ziemlich allem. Sie stürmten das Büro des Bürgermeister, rissen Porträts des rumänischen stalinistischen Despoten Nicolae Ceausescu herunter und verbrannten amtliche Papiere auf dem Marktplatz. In Polen werden die neuen vom Jaruzelski-Regime eingeführten Wirtschafts„reformen“ in den nächsten paar Jahren die Lebenshaltungskosten um 200 Prozent erhöhen. Sogar Ungarn, vor noch nicht langer Zeit als das ökonomische Schaufenster Osteuropas hingestellt, steht vor immer strengeren Sparmaßnahmen.

Bei seinem Besuch in Budapest im

Frühjahr 1988 erklärte Jegor Ligatschow, die Nummer Zwei im Kreml, daß die Führung der Sowjetunion Ungarns Wirtschaftspolitik „hoch anerkenne“, und: „Wir sehen uns ähnlichen Wirtschaftsproblemen gegenüber und bewegen uns auf einer ähnlichen Bahn...“ Vor fünf Jahren schrieb Alec Nove, ein führender westlicher Experte für die Ökonomie des Sowjetblocks: „Ungarns Erfahrung zeigt deutlich sowohl die Vorteile als auch die Schwierigkeiten, die sich aus einem Versuch ergeben, das einzuführen, was man ‚Marktsozialismus‘ nennen kann. Unter dem Strich scheinen die positiven Merkmale zu überwiegen...“

Die angeblichen Vorteile von „Marktsozialismus“ überwiegen heute ganz bestimmt nicht. Seit einem Jahrzehnt stagniert Ungarns Wirtschaft, und jetzt hat es in Osteuropa die *höchste* Pro-Kopf-Auslandsverschuldung am Hals. Unter dem Druck von westlichen Bankiers haben die Budapester Stalinisten der arbeitenden Bevölkerung immer härtere Entbehrungen auferlegt. Letzten Sommer wurden die Preise für Brot, Heizöl,

Elektrizität und weitere lebensnotwendige Dinge um 20 Prozent erhöht, und am Neujahrstag wurden die Ungarn mit einer Verbrauchssteuer (Mehrwertsteuer) begrüßt und mit einer Einkommensteuer, der ersten überhaupt im Sowjetblock. Die meisten Ungarn arbeiten bereits in zwei oder mehr Jobs, nur um über die Runden zu kommen. Jetzt schätzt ein hoher Beamter des Finanzministeriums, daß 200 000 Arbeiter entlassen werden unter einem neuen Konkursgesetz, das die Schließung unprofitabler Unternehmen bezweckt.

Die Austeritätprogramme haben am härtesten die Arbeiterklasse getroffen. Gleichzeitig hat sich, durch die zunehmende Privatisierung der Wirtschaft, eine neue Klasse von Kleinunternehmern bereichert. Berichten zufolge warnten Flugblätter, die 1987 in Budapest und im Industriezentrum Szombathely verteilt wurden: „Wenn ihr die Preise erhöht, werden wir die Fabriken niederbrennen!“ Ungarns neuer Ministerpräsident, Károly Grósz, gibt zu:

„Die öffentliche Stimmung ver-

schlechtern sich, da der Lebensstandard einer beträchtlichen Gesellschaftsschicht in den letzten Jahren stagniert hat und für einen nicht unwesentlichen Teil der Gesellschaft sogar gesunken ist.

Das Vertrauen in die Führung ist geschwunden, und manchmal wird die Existenzfähigkeit des Sozialismus in Zweifel gezogen.“ (*New York Times*, 17. September 1987)

Die Ära des „Gulaschkommunismus“, assoziiert mit der langen Herrschaft von János Kádár, eingeleitet nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution von 1956, ist abgelaufen. Die Verhältnisse verdichten sich rapide zu einer Gesellschaftskrise großen Ausmaßes und stellen dabei die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten dem wachsenden Milieu von Kleinunternehmern, prowestlichen Intellektuellen und Elementen der herrschenden Bürokratie entgegen.

Von Horthy zur Ungarischen Revolution von 1956

Der heutige ungarische Staat entstand aus dem Zerfall des morschen Habsburger Kaiserreichs bei dessen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Nach der blutigen Zerschlagung der kurzlebigen Ungarischen Räterepublik Anfang 1919 kam das Land für das nächste Vierteljahrhundert unter die faschistoide Diktatur von Admiral Horthy. In den 30er Jahren verbündete sich das Horthy-Regime mit Nazi-Deutschland, und die ungarischen Pfeilkreuzler kämpften an der Seite der Waffen-SS, als Hitler 1941 die Operation Barbarossa gegen Rußland startete.

Das Dritte Reich wurde vier Jahre später zerstört, als die sowjetische Rote Fahne mit Hammer und Sichel über dem Reichstag in Berlin gehißt wurde, während Hitler in seinem Bunker Selbstmord beging. 1945 befreite die sowjetische Rote Armee auch Ungarn von dem Alptraum des Faschismus. Ein paar Jahre später führten die Stalinisten, als Reaktion auf den Druck des Kalten Krieges des US-Imperialismus, in Osteuropa eine *deformierte soziale Revolution von oben* durch.

Die Deformationen waren in Ungarn besonders markant. Das Regime des Erzstalinisten Mátyás Rákosi war außerordentlich blutig, auch gegenüber seinen kommunistischen Genossen, selbst wenn man den Maßstab der Zeit anlegt, die später beschönigend „die Ära des Personenkults“ genannt wurde. Wirtschaftlich verfolgten die Rákosi-Leute eine extreme Version von stalinistischer Autarkie und gelobten, aus Ungarn „ein Land von Eisen und Stahl“ zu machen. Enorme unausgewogene Investitionen in die Schwerindustrie – 90 Prozent aller Investitionen – trieb die Lebensbedingungen sowohl der Arbeiter als auch der Bauern nach unten.

Das „Tauwetter“ der Ära nach Stalin in der Sowjetunion knackte den totalitären Polizeistaatsapparat an, der Rákosi und Konsorten beschützt hatte. Im Oktober 1956 brach ein Volksaufstand gegen dieses allgemein verhaßte Regime aus. Dies war eine echte proletarische politische Revolution. Die Hauptkraft in der Revolution waren Arbeiterräte, in der Regel geführt von Kommunisten, die gegen Rákosi waren. Sicher waren die aufständischen Arbeiter und radikalen Intellektuellen keineswegs frei von liberalen und besonders nationalistischen Vorurteilen und Illusionen. Aber die klerikal-hórthyistischen Kräfte der Konterrevolution um Kardinal Mindszenty waren relativ klein und in weiten Teilen der Bevölkerung verachtet.

Die Arbeiter kämpften für ein demokratisches, sozialistisches Ungarn. Ebenso erklärte das Revolutionäre Komitee der ungarischen Intellektuellen: „Die Fabriken und das Land sollen das Eigentum des Volkes bleiben, und nichts darf zurückgegeben werden, weder an die Kapitalisten noch an die Großgrundbesitzer.“ Die Kremlführer setzten die russische Armee ein, um den ungarischen Arbeiteraufstand zu zerschlagen, und zwar nicht nur, um die bürokratische Herrschaft in diesem Land wiederherzustellen, sondern auch, um zu verhindern, daß sich die politische Revolution auf das übrige Osteuropa und auf die Sowjetunion selbst ausbreitet. Dort war die politische Ordnung gerade durch Chruschtschows „Geheimrede“ erschüttert worden, in der Stalins Verbrechen angeprangert hatte. (Für eine trotzistische Analyse von Ungarn 1956 siehe „Political Revolution in Hungary – Ten Years After“, Politische Revolution in Ungarn – zehn Jahre da-

nach, *Spartacist*, englischsprachige Ausgabe Nr. 8, November/Dezember 1966).

Einführung des Neuen Ökonomischen Mechanismus

Nach der Niederschlagung der Revolution setzte der Kreml den liberalen Stalinisten János Kádár an die Macht, der unter Rákosi im Gefängnis gesessen hatte und gefoltert worden war. Nach einer anfänglichen Periode der Repression ergriff Kádár Maßnahmen, die bewirken sollten, daß sein Regime von der Bevölkerung akzeptiert oder wenigstens geduldet würde. Anfang der 60er Jahre liberalisierte er vorsichtig das politische und intellektuelle Leben. Aber Kádárs Programm war im wesentlichen darauf ausgerichtet, die Investitionen umzudirigieren, um das Verbrauchsniveau rasch zu erhöhen. Chruschtschow selbst begrüßte Kádárs „Gulaschkommunismus“ wegen der Wiederherstellung gesellschaftlicher Stabilität in Ungarn.

Bis Mitte der 60er Jahre war es für die ungarische Bürokratie schwieriger geworden, mit immer mehr Gulasch aufzuwarten. Die Wirtschaft stieß auf einen Mangel an Arbeitskräften (wie die Sowjetunion ein Jahrzehnt später). So wurde der traditionelle stalinistische Weg des extensiven Wachstums versperrt. Um den Lebensstandard weiter steigen zu lassen, mußte die Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert werden. Kurzfristig konnte man dies nur durch den Import von technologisch hochentwickelten Produktionsanlagen aus dem Westen. Aber um mehr aus dem Westen zu importieren, mußte Ungarn mehr in den Westen exportieren.

Anders als bei der Sowjetunion oder



Eastfoto

Ikarus-Busfabrik in Budapest. Westliche Banken verlangen jetzt eine massive Schrumpfung von Ungarns staatseigener Industrie



Der Spiegel



AP

Ungarischer Aufstand 1956 stürzte das verhaßte stalinistische Regime. Arbeiterräte schworen, kollektiviertes Eigentum zu verteidigen

bei Polen waren Ungarns Exporte in den Westen keine aus der Erde geholten Rohstoffe wie Erdöl oder Kohle. Ungarn erzeugte auch keinen Überschuß an Agrarprodukten, mit dem es seine Importe hätte finanzieren können. In den 60er Jahren (so wie heute) bestanden ungefähr 80 Prozent von Ungarns Exporten aus Maschinen, fertigen Konsumgütern und Halbfertigprodukten. Das heißt: Ungarn mußte mit westlichen und japanischen Herstellern auf westlichen Märkten *konkurrieren*. Bei dieser Konkurrenz war Ungarn gehandikapt durch minderwertige Qualität der Waren, durch begrenztes Sortiment und durch mangelnde Flexibilität, Produktion und Preise an die sich verschiebenden Anforderungen anpassen zu können.

Der Neue Ökonomische Mechanismus (NEM), 1968 eingeführt, sollte in erster Linie Ungarns Industrie besser auf die Anforderungen des EG-Marktes abstimmen. Zentrale Planung und zentrales Management wurden effektiv über Bord geworfen. Unternehmensleiter konnten Produktion und Preise festlegen. Rentabilität wurde das Hauptkriterium für Erfolg, Aufstieg und Einkommen der Manager. Auch das Einkommen der Arbeiter wurde an den Profit ihres Unternehmens gekoppelt.

Diese Profitbeteiligung war natürlich ziemlich ungleich. Die Haltung der Arbeiter gegenüber dem Neuen Ökonomischen Mechanismus gibt ein Witz wieder, der Anfang der 70er Jahre in den ungarischen Fabriken die Runde machte: Kádár besucht eine Fabrik und fragt den Manager: „Haben Sie nach der Wirtschaftsreform eine Prämie gehabt, und was haben Sie mit ihr gemacht?“

Antwort: „Ich habe ein Ferienhaus im Grünen gekauft und das restliche Geld auf ein Sparkonto gebracht.“ Er stellt dem Chefingenieur die gleiche Frage. Antwort: „Ich habe ein Auto gekauft und das restliche Geld auf ein Sparkonto gebracht.“ Schließlich fragt Kádár einen Arbeiter. Antwort: „Ich habe ein Paar Schuhe gekauft.“ Kádár: „Und das restliche Geld?“ Arbeiter: „Das restliche Geld mußte ich mir von meiner Schwiegermutter leihen.“

Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse war nicht darauf beschränkt, in der Fabrikantente Witze zu reißen. Opposition gegen den Neuen Ökonomischen Mechanismus machte sich selbst durch die starr bürokratisierten Gewerkschaften bemerkbar, und dies begrenzte das Ausmaß der „Reformen“. Profitableren Unternehmen wurden höhere Steuern auferlegt; dies schränkte die Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitern verschiedener Unternehmen ein. Allen Arbeitern wurde ein Mindestlohn garantiert, der notfalls aus dem Haushalt der Zentralregierung bezahlt werden sollte. Unternehmen, die Verluste machten, ließ man nicht in Konkurs gehen, sondern entweder fusionierten sie mit rentableren Unternehmen oder sie wurden aus der Staatskasse subventioniert. So zwang der Druck der Arbeiterklasse das Kádár-Regime, entscheidende *Elemente von ökonomischer Zentralisierung* beizubehalten, sehr zur Unzufriedenheit der Befürworter von „Marktsozialismus“.

Zwar begrenzte der Druck der Arbeiterklasse die Einkommensunterschiede in der sozialisierten Industrie, aber der Neue Ökonomische Mechanismus erzeugte eine neue Klasse von Kleinunter-

nehmern, aus der Ungarns Neureiche hervorgingen. Praktisch der gesamte Dienstleistungssektor ist jetzt privatisiert, zusammen mit einem Großteil der Bauindustrie. Nach offiziellen Zahlen gab es Mitte der 80er Jahre fast 200 000 Kleinkapitalisten in Ungarn (*nicht gerechnet die Genossenschaftsbauern*). Nahezu die Hälfte hatte ein Jahreseinkommen, das zwei- bis sechsmal so hoch war wie das eines Durchschnittsarbeiters. Diese offiziellen Zahlen untertreiben den tatsächlichen Umfang des privaten Reichtums ungeheuer, da illegale (unversteuerte) Geschäfte ein riesiges Ausmaß annehmen.

Der Kreislauf von Aufschwung und Flaute auf ungarische Art

Der Neue Ökonomische Mechanismus schien in seinen ersten Jahren ein schlagender Erfolg zu sein. Ein Spitzenfunktionär der ungarischen Nationalbank, János Fekete, schrieb später: „Die Leistung der ungarischen Wirtschaft ist nach 1968 spektakulär gestiegen. Wir hatten sechs goldene Jahre...“ (*Back to the Realities – Zurück zu den Realitäten*, 1982). Wie die Ereignisse bald zeigen sollten, hatten die ersten goldenen Jahre mit den Tugenden des „Marktsozialismus“ wenig zu tun.

Das Kádár-Regime steigerte seine Industrieexporte in die EG zu einer Zeit, als die westeuropäische Wirtschaft einen inflationären Aufschwung erlebte. Gleichzeitig wurde die ungarische Wirtschaft *von der Sowjetunion subventioniert*, und zwar durch billiges Erdöl und andere Rohstoffe, die Osteuropa weit unter den Weltmarktpreisen bekam. Zwei amerika-

nische Fachleute auf diesem Gebiet, Michael Marrese und Jan Vanous, schätzten, daß sich die sowjetischen Handels-subsventionen an Ungarn zwischen 1968 und 1974 auf nahezu 2 Milliarden Dollar beliefen. Dieser glückliche Zustand sollte nicht lange anhalten.

Wie im Fall von Jugoslawien hat Ungarns gegenwärtige Wirtschaftskrise ihren Ursprung in der weltweiten kapitalistischen Depression von 1974/75, ausgelöst durch die Vervierfachung der Erdölpreise, die wiederum vom Kartell der Sieben Schwestern/OPEC eingefädelt wurde. Der Welthandel mit Maschinen und Konsumgütern ging zurück, Protektionismus in Industrie und Landwirtschaft nahm im Westen zu, und die Weltmarktpreise für Fertigprodukte fielen drastisch im Vergleich zu Rohstoffen.

Zur gleichen Zeit beschlossen die Kremlführer, konfrontiert mit einer abflachenden Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion, daß sie es sich nicht mehr leisten könnten, Erdöl an ihre osteuropäischen Verbündeten zu einem Preis zu verkaufen, der nur gut ein Drittel von dem ausmachte, was der Weltmarkt hergab. 1975/76 erhöhten die Sowjets für Osteuropa die Erdölpreise um 70 Prozent. Auch schränkten sie ihre Erdöl- und Erdgaslieferungen an Osteuropa ein, zwangen Ungarn also, Brennstoff teilweise bei den Banditen der Sieben Schwestern/OPEC zu kaufen. Ungarn kosteten die niedrigeren Exportpreise und höheren Importpreise in den 70er Jahren insgesamt soviel wie die Gesamtproduktion eines Jahres.

Wäre Ungarn eine kapitalistische Marktwirtschaft gewesen, hätte es Ende der 70er Jahre eine akute Wirtschaftskrise durchgemacht. Löhne wären gekürzt worden, um die Exporte konkurrenzfähiger zu machen; unrentable Betriebe wären geschlossen worden mit Massenarbeitslosigkeit als Folge; Preise wären gestiegen, um die Importe einzuschränken und mehr Waren für den Export freizusetzen. Aber nichts davon geschah. Investitionen nahmen weiterhin zu, der Lebensstandard stieg ebenfalls weiter.

Wie konnte Ungarn dies schaffen? Sowohl betriebliche Investitionen als auch Lohnerhöhungen wurden zunehmend aus der Staatskasse finanziert. Die höheren Kosten für Brennstoff- und Rohstoffimporte wurden durch Preissubsventionen ausgeglichen. Mitte der 80er Jahre beanspruchten die Subventionen für Betriebe und für Preise ein Viertel des gesamten Staatshaushalts. Aber woher kriegte das Kádár-Regime diese Mittel? Es ließ sie sich von den Kredithaien der Wall Street, der City of London und der Frankfurter Börse; Ungarns Auslandsschulden in Devisen verneunfachten sich, von 1 Milliarde Dollar 1970 auf 9 Milliarden 1980. Zweifellos hoffte das Budapester Regime auf eine Rückkehr zu den günstigen in-

ternationalen Wirtschaftsbedingungen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre.

Aber der zweite Ölpreisschock 1979 überzeugte schließlich Kádár & Co., daß sie von einer teuren Illusion lebten. Ihre Antwort war Austerität. Unter der Belagerung durch westliche Finanziere handelte Ungarn 1982 über das Weltkartell der Bankiers, den Internationalen Währungsfonds (IWF), eine Regelung aus. Die Bedingungen des IWF: Subventionen für Betriebe und für Preise streichen; unrentable Unternehmen und Geschäfte dichtmachen; hohe Verbrauchssteuern erheben; die Rolle des Privatkapitals in der Wirtschaft verstärken.

Die bedrohlichste Entwicklung in den letzten Jahren ist das Ausmaß, in dem Kleinkapitalismus die vergesellschaftete Wirtschaft untergraben hat. Fabrikdirektoren vergeben routinemäßig Verträge für Wartung, Reparaturen und kleine Bauvorhaben an Privatunternehmen. Selbst die sozialisierte medizinische Versorgung wird *entsozialisiert*, da Ärzte für eine anständige Behandlung Barzahlungen unter der Hand verlangen. „Wir haben ein ‚kostenloses‘ Gesundheitswesen eingerichtet, aber ein Kind zu bekommen unter komfortablen Bedingungen kann einen Monatslohn kosten“, klagte ein Rechtsanwalt aus Budapest (Londoner *Guardian*, 30. Dezember 1986). Im November 1987 erlebte Ungarn einen kleinen Finanzkrach, als Spekulanten die Pfandbriefe von staatseigenen Betrieben zu Dumpingpreisen abstoßen, um Konsumgüter zu horten, in Erwartung eines steilen Preisanstiegs. Und jetzt sprechen sie davon, Anteile an staatseigenen Betrieben öffentlich zu verkaufen.

Mehr als irgendein anderes osteuropäisches Land hat Ungarn seine Wirtschaft auf den westlichen Markt ausgerichtet und so den Kreislauf von Aufschwung und Flaute importiert, der dem Kapitalismus eigen ist. Die gegenwärtige Austerität ist das direkte Ergebnis der 20 Jahre lang wachsenden kommerziellen und finanziellen Abhängigkeit vom Westen. Und die wirtschaftliche Durchdringung Ungarns durch die Imperialisten hat jetzt eine politische Dimension erreicht.

Vor dem Sturm

Ungarns neureiche Unternehmer und ihre westlichen imperialistischen Paten haben unter der Bürokratie und der Intelligenz politische und ideologische Unterstützung gefunden. Leszek Balcerowicz, ein führender „Theoretiker“ bei der offiziellen Staatsschule für Wirtschaftsplanung (!), verlangt öffentlich die Restauration des Kapitalismus:

„Der Traum von einem Wirtschaftssystem, das besser wäre als der Kapitalismus, ist tot. Es gibt keinen dritten Weg, kein Modell zwischen Stalinis-

mus und Kapitalismus, das gut funktioniert. Die einzigen Gründe dafür, vor der Rückkehr zum Kapitalismus haltzumachen, sind pragmatischer – und politischer – Natur.“ (*Washington Post*, 6. April 1987)

Mit „pragmatischen und politischen“ Gründen, nicht zum Kapitalismus zurückzukehren, meint Balcerowicz die Angst vor der sowjetischen Armee.

Die westlichen Imperialisten beginnen in Ungarn die Voraussetzungen zur Konterrevolution zu sehen – ein politisch sowie finanziell bankrott stalinistisches Regime, weitverbreitete Desillusionierung und Unzufriedenheit mit dem „offiziellen Sozialismus“, eine bedeutende Klasse von Kleinkapitalisten, aggressiv und offen prowestliche Intellektuelle. Mit Blick auf Ungarns Wirtschaftskrise schreibt die *New York Times* (4. Januar 1988): „Der Alptraum von Herrn Gorbatschow ist eine Krise, wie sie 1981 Polen erschütterte, als die politischen Schwierigkeiten mit der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität verschärft wurden durch eine ernste Devisenknappheit, die das Land faktisch bankrott machte.“

Es gibt tatsächlich eine gewisse Parallelität zwischen den Entwicklungen in Ungarn und Polen. 1956 stand Polen am Rande einer proletarischen politischen Revolution, und 1970 stürzte ein Arbeiteraufstand in den Ostseehäfen das Gomulka-Regime. Um die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu beschwichtigen, versprach das liberale stalinistische Regime von Eduard Gierek, wie Kádár in Ungarn, eine rapide Steigerung des Konsumniveaus und schaffte es anfangs auch. Als Mitte der 70er Jahre die internationa-

AM 76. BIRLIK BIRLIK TILBIRLIK ÜBIRLIK

GORBAÇOV'UN SOVYETLER BİRLİĞİ NEREYE GİDİYOR?

DM
1,50



Lenin ve Troçki'nin yoluna gori dön!

In Türkisch

Wohin geht Gorbatschows Rußland?
Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!

(erschieden auch in Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 13)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 1 19 88-601

len Wirtschaftsbedingungen ungünstig wurden, belasteten Gierék und Kádár ihre jeweiligen Länder mit Hypotheken bei der Wall Street und der Frankfurter Börse. Dann kam der Tag der Abrechnung, als die imperialistischen Kredithaie ihr Pfund Fleisch verlangten.

Es gibt jedoch einen grundlegenden Unterschied zwischen Ungarn und Polen, im Bewußtsein der Arbeiterklasse und in den Fronten der gesellschaftlichen Polarisierung. In Polen stützte sich die mächtige katholische Kirche (die in Ungarn recht schwach ist) gesellschaftlich auf die landbesitzende Kleinbauernschaft. Mitte der 70er Jahre ordneten sich prowestliche, sozialdemokratische Intellektuelle wie Jacek Kuron der Kirchenhierarchie unter und wurden Agenten von Kardinal Wyszyński und Papst Johannes Paul Wojtyła innerhalb der Arbeiterklasse. So entstand 1980 Solidarność mit klerikal-nationalistischer Ideologie, und ein Jahr später verlangte sie „Demokratie nach westlicher Art“, d. h. kapitalistische Konterrevolution. Zum Glück wurde der Griff von Solidarność nach der Macht im Dezember 1981 durch General Jaruzelskis Gegencoup gestoppt. Seit der Zeit hat die Solidarność-Führung offen dazu aufgerufen, den Kapitalismus wiederherzustellen (siehe „Solidarność Calls for Wall Street to Run Poland“ – Solidarność verlangt, Wall Street solle in Polen das Sagen haben, *Workers Vanguard* Nr. 406, 20. Juni 1986).

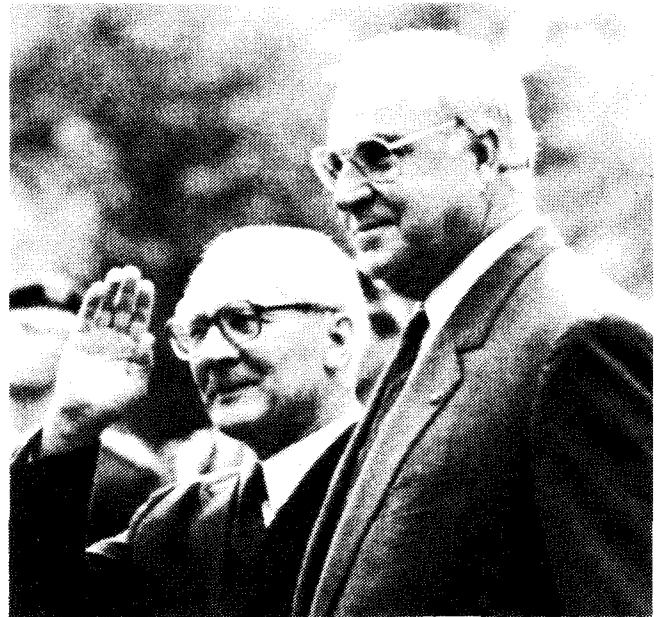
Kádárs Ungarn hat sich jedoch entlang ganz anderer Fronten polarisiert. Die Arbeiter standen dem Neuen Ökonomischen Mechanismus von Anfang an feindlich gegenüber. Sie verachteten die prowestlichen Intellektuellen wie Tibor Liska, die die eifrigsten Verfechter von „Marktsozialismus“ sind. Und sie hassen die Geschäftemacher, die von der NEM immer reicher werden. Die ungarischen Arbeiter stehen nicht nur den Kleinkapitalisten in ihrem eigenen Land feindlich gegenüber, sondern auch den imperialistischen Finanziers, die sie zu Recht als die Hauptarchitekten ihrer Wirtschaftskrise ansehen. Das *Wall Street Journal* (5. November 1986) bemerkte:

„Ihre Arbeiter, die von den liberalen Reformen am wenigsten profitiert haben, werden von einer industriellen Gesundenschumpfung am meisten verlieren...“

Wenn die Regierung vorwärtsstürmt, könnte sie Schwierigkeiten mit ihren Arbeitern kriegen. Wenn sie es nicht tut, könnten die Schwierigkeiten aus einer anderen Ecke kommen: von den kapitalistischen Banken, denen Ungarn Milliarden Dollar schuldet.“

Dieses Sprachrohr der Wall Street erfaßt hier genau die *bonapartistische* Rolle der stalinistischen Bürokratie als eine soziale Schicht, die zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem

**Der ostdeutsche stalinistische Boß
Erich Honecker
mit dem westdeutschen
Kanzler Helmut
Kohl. Bonns
Ostpolitik zielt
auf die Unterminierung des
ostdeutschen
deformierten
Arbeiterstaates**



Der Spiegel

Proletariat balanciert. Im heutigen Ungarn steht der Balanceakt der Stalinisten auf wackeligen Beinen und könnte sehr wohl abstürzen. Die Verhältnisse werden reif für eine proletarische politische Revolution. Doch es fehlt eine trotzkistische Avantgardepartei, die die instinktive Opposition der Arbeiter gegen „Marktsozialismus“ in einen Kampf für Sowjetmacht und sozialistische Planung kanalisiert.

In einer Hinsicht ist das Fehlen einer proletarischen Führung heute noch auffallender als 1956. Damals wurden die Arbeiterräte in der Regel von regimekritischen Kommunisten geführt, von denen sich viele nach einem authentisch marxistischen Programm vortasteten. Heute wäre eine proletarische Revolte in Ungarn anarchisch und spontan. Aber die Arbeiter können die Macht nicht durch eine spontane Erhebung erobern. Sie müssen von einer Partei geführt werden, die weiß, wo sie hinget – auf eine internationale sozialistische Ordnung zu. Denn Ungarn kann nicht als eine Insel der Arbeitermacht und des Sozialismus mitten in einem Europa existieren, das zwischen dem imperialistischen Kapitalismus und der stalinistischen Bürokratie geteilt ist. Für kommunistische Einheit gegen den Imperialismus, durch politische Revolution von Budapest bis Moskau und Peking und durch sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen!

Der ostdeutsche Schlüssel

Die natürliche Brücke zwischen politischer Revolution im stalinistischen Osteuropa und sozialistischer Revolution im imperialistischen Westeuropa ist Ostdeutschland, ein deformierter Ausdruck proletarischer Macht im geteilten industriellen Kernland von Europa. Es gibt noch einen Grund, warum Ostdeutschland (offiziell die DDR) im heuti-

gen Osteuropa herausragt. Es hat die mit Abstand erfolgreichste Wirtschaft im Sowjetblock, vor allem in den 80er Jahren, und es ist das einzige größere Land, das nicht versucht hat, zentralisierte Planung und Leitung wegzureformieren.

Ostdeutschland ist das zehntmächtigste Industrieland der Welt geworden, mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen als Britannien oder Italien. Sein Wirtschaftswachstum ist auch nicht die einseitige Expansion der Schwerindustrie gewesen, die für die Stalin-Ära charakteristisch war. 1960 hatten nur 3 Prozent der ostdeutschen Familien Autos, und weniger als 10 Prozent hatten Kühlschränke oder Waschmaschinen. Heute haben etwa die Hälfte aller ostdeutschen Haushalte Autos, und praktisch jeder hat Kühlschrank, Waschmaschine und Fernseher. Die beeindruckende Industrialisierung und Entwicklung des Lebensstandards in der DDR wurde *ohne* Zuflucht zu den vielgepriesenen marktorientierten „Reformen“ erreicht, für die bürgerliche Ideologen, Sozialdemokraten und liberale Stalinisten die Werbetrommel rühren.

Mitte der 60er Jahre führten die Ostberliner Stalinisten doch ein Programm von marktorientierten „Reformen“ ein, das Neue Wirtschaftssystem genannt. Die Ergebnisse waren nicht nach ihrem Geschmack. Die teilweise Dezentralisierung der Investitionen, auf die Rentabilität der Betriebe ausgerichtet, rief in der ganzen Wirtschaft Unausgewogenheiten und Engpässe hervor. Die Produktionsmenge stieg doppelt so schnell wie die Erzeugung von elektrischem Strom, mit zahlreichen Stromausfällen und -störungen als Ergebnis. So wurde 1970 das Neue Wirtschaftssystem über Bord geworfen, und die Wirtschaft wurde *rezentralisiert*. Die Bedeutung der Rentabilität der Betriebe wurde *verringert*, besonders wenn es darum ging, die Verteilung der Investitionsmittel festzulegen.

Beim Versuch, die bürokratische Starrheit der traditionellen stalinistischen Planung zu überwinden, wurde in den 70er Jahren die ostdeutsche Wirtschaft in Kombinate aufgeteilt, riesige, vertikal zusammengefaßte Betriebsgruppen. Diese kommen relativ autarken Industrieimperien gleich. Ende der 70er Jahre sah sich die DDR den gleichen widrigen internationalen ökonomischen Bedingungen gegenüber wie Ungarn und Polen. Im Westen schrumpfte die Nachfrage nach exportierten Fertigprodukten aus der DDR, und deren relativer Preis fiel. Gleichzeitig schnellten die Preise für Brennmaterial und andere Rohstoffimporte in die Höhe. Wie seine Pendanten in Budapest und Warschau nahm das Honecker-Regime bei den westlichen Bankiers in großem Umfang Kredite auf, um das Einkommensniveau aufrechtzuerhalten. Tatsächlich waren die Auslandsschulden pro Kopf 1980 in der DDR *höher* als in Polen.

In den 80er Jahren hat Ostdeutschland jedoch seine westlichen Schulden *verringert*, ohne ein Austeritätsprogramm, das den Lebensstandard senkt. Die Wirtschaft hat sich weiterhin solide entwickelt, die Reallöhne sind weiter gestiegen, und soziale Programme, wie Altersrenten und Mutterschaftsunterstützung, wurden weiter ausgebaut. Trotz einer weltweiten kapitalistischen Depression steigerte die DDR Anfang der 80er Jahre ihre Exporte auf westliche Märkte, hauptsächlich Fertigprodukte, um *60 Prozent!* Gleichzeitig *reduzierte* sie ihre Importe an Brennmaterial und anderen Rohstoffen. Im westlichen Sprachgebrauch würde man dies sicherlich als ein „Wirtschaftswunder“ bezeichnen. Wie haben sie das gemacht? Sie *konzentrierten Investitionen* auf neue energie- und rohstoffsparende Technologie. Zwischen 1980 und 1983 stieg das Volkseinkommen um 12 Prozent, während der Verbrauch von Brennstoffen und anderen Rohmaterialien um 9 Prozent sank.

Hier stoßen wir auf die eindrucksvolle Überlegenheit von zentralisierter Planung und Wirtschaftsführung über „Marktsozialismus“, auch wenn sie bürokratisch deformiert ist. Im ungarischen und jugoslawischen System werden die Investitionsmittel, die einem gegebenen Betrieb oder Wirtschaftszweig zur Verfügung stehen, in erster Linie durch dessen Profite bestimmt. Betriebe mit hohen Profiten sind in der Regel diejenigen, deren Ausrüstung neu und auf dem neuesten Stand ist. Gerade die Betriebe mit alten, überholten Maschinenanlagen haben es dringend nötig, neu ausgerüstet zu werden, und gerade hier ergibt jeder investierte Forint oder Dinar die größte Produktivitätssteigerung. Aber in Ungarn und Jugoslawien werden solchen unrentablen Betrieben die Investitionsmittel *verweigert!* Unter „Marktsozialismus“

werden die Investitionen in Bereiche gelenkt, wo sie für die Gesamtwirtschaft *am wenigsten produktiv sind*.

Die ostdeutsche Wirtschaft ist zwar sicherlich erfolgreicher gewesen als Ungarn, Polen oder Jugoslawien, doch das System von Kombinatensystemen hat seine eigenen Verzerrungen und Unausgewogenheiten hervorgebracht sowie eine Tendenz, bürokratische Fürstentümer zu schaffen. Letzten Endes können die Ostberliner Stalinisten keinen Sozialismus in einem halben Land aufbauen. Trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums bleiben Produktivität und Lebensstandard in der DDR deutlich unter den Vergleichszahlen Westdeutschlands. Dies übt daher auf den deformierten Arbeiterstaat östlich der Elbe einen enormen konterrevolutionären Druck aus. Der Weg zum Sozialismus liegt weder in der bürokratischen Kommandowirtschaft des Stalinismus alter Schule noch in den marktorientierten „Reformen“ des liberalen Stalinismus. Er liegt in einer demokratisch verwalteten, zentral geplanten, egalitären und *international* organisierten Wirtschaft.

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, leugnen die westlichen bürgerlichen Ökonomen jeden Zusammenhang zwischen Ostdeutschlands großartiger Wirtschaftsleistung und seiner zentralen Planung. Statt dessen weisen sie auf die besonderen Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit Westdeutschland (offiziell Bundesrepublik Deutschland) hin. Ostdeutsche Exporte in die Bundesrepublik sind von den EG-Zöllen befreit, die den anderen

osteuropäischen Ländern auferlegt werden; das Bonner Regime hat für die Bankdarlehen an die DDR gebürgt usw.

Aber diese Faktoren *können nicht* Ostdeutschlands wirtschaftliche Errungenschaften erklären. Seine außerordentlich erfolgreiche Exportkampagne Anfang der 80er Jahre war hauptsächlich auf *andere* westliche Märkte als die Bundesrepublik gerichtet, bei denen die DDR keinen besonderen Zollvorteil genießt. Zugang zu westlichen Darlehen kann nicht Ostdeutschlands Fähigkeit erklären, seine Energie- und Rohstoffkosten pro Produktionseinheit radikal zu senken. Ungarn, Polen und Jugoslawien hatten keine Probleme, sich von den Frankfurter Bankiers Milliarden an D-Mark zu leihen, und das einzige Ergebnis bestand darin, die Wirtschaftskrise dieser Länder zu vertiefen und letzten Endes zu verschärfen.

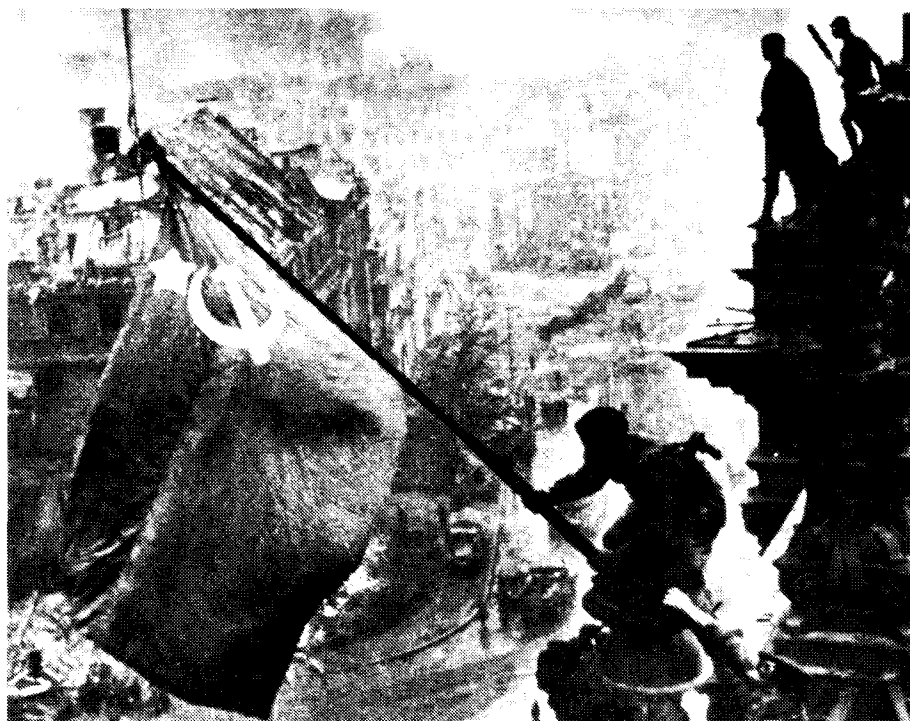
Sicher, die Bundesrepublik subventioniert die DDR. Über den „Swing“kredit haben westdeutsche Unternehmer und Zwischenhändler von der Bundesbank in Frankfurt Subventionen im Wert von rund einer Milliarde D-Mark pro Jahr erhalten, um ihre Exporte nach Ostdeutschland mit abzudecken. Dies ist zum Teil eine Exportsubvention für die westdeutschen Kapitalisten (d. h. eine verschleierte Form von Handelsprotektionismus). Bonns besondere Wirtschaftsbeziehung mit der DDR ist jedoch nicht in erster Linie ein Mittel für die Industriebosse von der Ruhr, mehr Werkzeugmaschinen oder Bauausrüstung zu verkaufen. Ihr Hauptzweck ist weitaus bedrohlicher.

Ziel der Herren des Vierten Reichs ist es, die vergesellschaftete Wirtschaft Ostdeutschlands und über die Oder-



Der Spiegel

17. Juni 1953 – Ostdeutsche Arbeiter erheben sich gegen stalinistisches Regime, rufen westdeutsche Arbeiter auf: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus“



Yevgeni Khaldei

Rote Armee befreite Europa vom Alptraum der Nazibesetzung. Sowjetische Soldaten hissen Rote Fahne auf Berliner Reichstag zum Maifeiertag 1945

Neiße-Linie (die Grenze mit Polen nach dem Zweiten Weltkrieg) hinaus zu untergraben und auszuhöhlen und das zurückzuerobern, was Hitler verloren hat, als er gegen die Sowjetunion das Unternehmen Barbarossa startete. (Bis heute sprechen westdeutsche Veröffentlichungen häufig von der DDR als „Mitteldeutschland“!) Das Endziel von Bonns Ostpolitik und DM-Diplomatie wird von der französischen Bourgeoisie klar erkannt, für die die Aussicht auf ein wiedervereinigtes Deutschland – ob kapitalistisch oder sozialistisch – ein historischer Alptraum ist. Nach Honeckers triumphalem Besuch in Westdeutschland im Herbst 1987 rief der frühere französische Außenminister und fanatische Gaullist Michel Jobert aus:

„Deutschland beabsichtigt, seinen eigenen Weg in Mitteleuropa zu gehen. Dieses Volk denkt, es könne mit den Sowjets ein Geschäft machen und sich auf die ökonomische Stärke der Bundesrepublik verlassen, um seine Einheit zurückzukaufen – in welcher Form auch immer.“ (*Newsweek*, 14. September 1987)

Westdeutschland benutzt diese ökonomische Stärke als einen Hebel, proimperialistische Kräfte innerhalb der DDR zu fördern und zu beschützen. So erklärte Alfred Dregger, christdemokratischer Rechtsaußen und Fraktionsvorsitzender im Bundestag, daß Bonns ökonomische und diplomatische Zugeständnisse an Honecker „der Preis dafür“ seien, „ihn dahin zu bringen, seinem eigenen Volk ein bißchen mehr Freiheit zu geben“ (*Londoner Independent*, 9. September 1987). Worum es Dregger und seinesglei-

chen geht, ist die Freiheit für die prowestlichen „Menschenrechts“-dissidenten und die „Friedens“-bewegung um die protestantische Kirche.

Die protestantische Kirche ist in der DDR die einzige Institution, die einigermaßen unabhängig von der stalinistischen Bürokratie existieren darf. Aber Ostdeutschland ist nicht Polen. (Tatsächlich haben die Ostdeutschen die klerikal-nationalistische Solidarność verachtet.) Die DDR ist eine von Grund auf säkularisierte Gesellschaft mit einem Proletariat und einer Intelligenz, die sozialistisch eingestellt sind. Das heißt nicht, daß Ostdeutschland gegen den enormen Druck, der vom westlichen Imperialismus ausgeht, immun wäre. Die ostdeutsche „Friedens“-bewegung – einige ihrer Mitglieder sind vor kurzem von der Stasi verhaftet und dann aus der DDR ausgewiesen worden – ist in Wirklichkeit ein Kanal für die Einführung sozialdemokratischer deutschnationalistischer Ideologie grüner/pazifistischer Couleur.

Die westdeutsche Sozialdemokratie ist eine mächtige Kraft, ideologisch wie organisatorisch, für die Konterrevolution in Ostdeutschland. Sozialdemokratische Sympathien halten sich in der DDR hartnäckig. Viele sehen dort die SPD als eine „demokratische“ Alternative zu ihrem eigenen stalinistischen Regime. Dies zeigte sich bei dem ekstatischen Empfang, den Willy Brandt erhielt, als er 1970 Erfurt besuchte. In den letzten Jahren ist der Brandt-Flügel in der SPD, zusammen mit seinen grünen Sympathisanten, der hauptsächliche Ausdruck des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus in pseudolinken und pazifisti-

schen Farben gewesen. Die Parole eines neutralen, entmilitarisierten und wiedervereinigten Deutschlands – unabhängig sowohl von Washington als auch von Moskau – ist ein kaum verschleierter Aufruf zur „demokratischen“ Konterrevolution in Ostdeutschland.

In den Frankfurter Bankhäusern sowie den Kanzleien und dem SPD-Hauptquartier in Bonn planen sie, wie sie Preußen und Sachsen für den Kapitalismus der „freien Welt“ zurückgewinnen können. Aber wie der schottische Dichter Robert Burns bemerkte, gehen die besten Pläne von Mäusen und Menschen oft schief. Umfragen zeigen, daß in beiden deutschen Staaten riesige Mehrheiten für eine Wiedervereinigung sind. Wiedervereinigung ist ein zweiseitiges Schwert. Es hat auch eine *proletarische Schneide*, die mit den Herren des Vierten Reichs und ihren sozialdemokratischen Lakaien aufräumen kann. Als im Juni 1987 Jugendliche in Ostberlin demonstrierten, wurde ihr Ruf: „Die Mauer muß weg!“ begleitet von: „Wir wollen Gorbatschow!“ und dem Singen der Internationale (siehe „Das geteilte Deutschland und Gorbatschows Glasnost“, *Spartakist-Extra*, 16. Oktober 1987).

Das Gefühl der Identität zwischen den Arbeitern auf beiden Seiten der Elbe sowie die weitverbreitete Furcht, daß die Verrückten in Washington einen Atomkrieg auslösen werden, der auf deutschem Boden beginnt, das kann die Grundlage sein für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – sozialistische Revolution im Westen, politische Revolution gegen die Stalinisten im Osten. Das Potential für revolutionäre Wiedervereinigung wurde historisch im ostdeutschen Arbeiteraufstand vom Juni 1953 demonstriert. Eine Massenversammlung von Metallarbeitern in Ostberlin erhob die Losung nach einer Metallarbeiterregierung, die sich auf Streikkomitees stützt. Und Streikende begrüßten Reisende aus dem Westen im Bahnhof von Halle mit dem Banner: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

Die Zukunft des geteilten Deutschlands kann nicht und wird nicht allein in Deutschland entschieden werden. Deutschland ist der Führer Europas – zum Sozialismus oder zur Barbarei. Unter den Nazis brachte der deutsche Imperialismus Europa die unbeschreibliche Barbarei von Auschwitz und Dachau. Aber wenn die soziale Macht des Industrieproletariats der beiden Deutschlands vereinigt wird zur Achse für die sozialistische Revolution in Europa, dann wird es Verbündete in den Arbeiterklassen von Portugal bis Rußland finden. Ein Sowjetdeutschland wird seinen rechtmäßigen Platz einnehmen als der industrielle Kern der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa. ■

Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie

Als Ende der 40er Jahre Jugoslawien unter Tito die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe einführt, stellt man dies hin als eine grundlegende Herausforderung des Stalinismus, und es wurde auch im allgemeinen dafür gehalten. Als Ungarn 20 Jahre später den marktorientierten „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ einführt, wurde dies als äußerst anormal für die sino-sowjetischen Staaten betrachtet. Doch inzwischen hat „Marktsozialismus“ auch Dengs China und Gorbatschows Rußland erreicht. Der sowjetische Ökonom Abel Aganbegjan, führender geistiger Architekt von Perestroika (Umgestaltung), erklärte während seines jüngsten Aufenthaltes in den USA: „Wir werden für alle Produktionsfaktoren einen Markt haben – angefangen von Rohstoffen über Werkzeugmaschinen bis hin zu haltbaren Verbrauchsgütern, einfach alles – und so das zentralisierte Verteilungssystem ersetzen.“

Wir sehen hier eine historische Tendenz bei den bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten und nicht bloß ein Zusammentreffen wirtschaftspolitischer Zickzacks. Das Abdriften zum „Marktsozialismus“ ist weder linear noch irreversibel. Ostdeutschland hatte in den 60er Jahren mit dem marktorientierten Neuen Ökonomischen System herumexperimentiert, zentralisierte dann aber Anfang der 70er Jahre seine Wirtschaft erneut. Heute jedoch stellt Ostdeutschland den Ausnahmefall dar; es ist das einzige bedeutende osteuropäische Land, das eine zentralisierte Planwirtschaft und Verwaltung aufrechterhält. Und nicht zufälligerweise ist es auch das wirtschaftlich erfolgreichste Land Osteuropas.

Die stalinistischen Regime haben eine *eigene Tendenz*, die zentrale Planwirtschaft preiszugeben zugunsten von wirtschaftlichen Arrangements, die folgende wesentliche Merkmale tragen: Produktionsmenge und Preise werden bestimmt durch den atomisierten Wettbewerb zwischen einzelnen Betrieben; die Investitionshöhe sowie die Gehälter des Managements und die Löhne der Arbeiter sind an die Rentabilität des Unternehmens gekoppelt; unrentable Betriebe werden stillgelegt, das Ergebnis ist

Arbeitslosigkeit; Preissubventionen werden abgeschafft, das Ergebnis ist eine höhere Inflationsrate; der Einfluß der kleinkapitalistischen Unternehmer wird erweitert, besonders im Dienstleistungssektor; verstärkte Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zum westlichen und japanischen Kapitalismus, einschließlich Joint ventures, werden gefördert. Diese Maßnahmen laufen nicht auf einen schleichenden Kapitalismus hinaus, wie es viele westliche bürgerliche Kommentatoren und auch nicht wenige konfuse Linke behaupten. Dennoch werden dadurch die inneren Kräfte für eine kapitalistische Konterrevolution gestärkt.

Gleichzeitig bedeutet Gorbatschows Perestroika härtere Bedingungen für die sowjetischen Arbeiter. Die Intelligenz erhofft sich eine neue Welle der Liberalisierung, ähnlich der „Entstalinisierung“ unter Chruschtschow Mitte/Ende der 50er Jahre, aber für die Arbeiterklasse heißt es, teilweise zu den Arbeitsverhältnissen der Stalin-Ära zurückzukehren. In der „Tauwetterperiode“ nach Stalin wurde das Konsumgüterangebot erweitert und die drakonische Arbeitsdisziplin gelockert, heute dagegen gibt es eine *anti-*

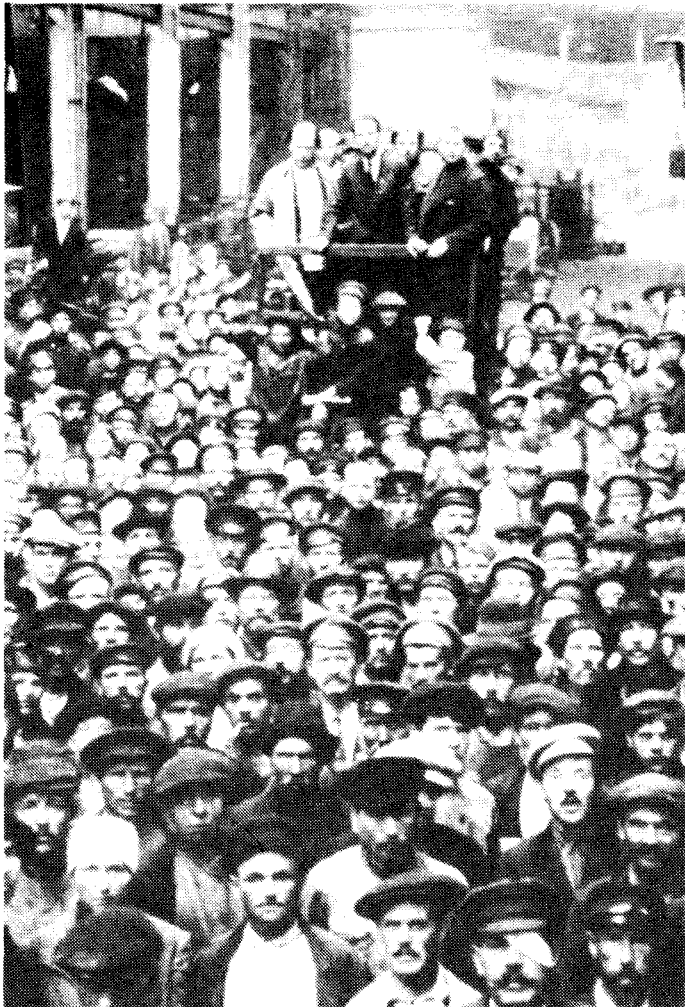
egalitäre Kampagne, in der in großem Maße wieder Akkordarbeit eingeführt wird und die Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitern und der Elite von Management und Technik vergrößert werden. Wie die *New York Times* (10. Mai 1988) über die Auswirkung von Perestroika auf einen Schwarzmeer-Hafen berichtete: „Die Rücksichtslosigkeit des Marktes verletzt das Gefühl von Gerechtigkeit und Gleichheit, das durch 70 Jahre sowjetische Herrschaft gestärkt wurde.“

Die sowjetischen Arbeiter werden sich also sicherlich den Auswirkungen des „Marktsozialismus“ widersetzen. Gorbatschows Rußland steuert eindeutig auf ernsthafte Arbeitskämpfe zu, auch wenn man heute nicht sagen kann, welchen Umfang sie annehmen werden oder was ihre unmittelbaren Forderungen und ihre Führung sein werden. Die explosive Mischung von marktorientierten Wirtschaftsmaßnahmen und politischer Liberalisierung hat die beste Gelegenheit für die Herausbildung einer unabhängigen Arbeiterbewegung geschaffen seit den 20er Jahren. Die zentrale Aufgabe einer wiedergeborenen leninistisch-trotzkistischen Avantgarde in der UdSSR besteht

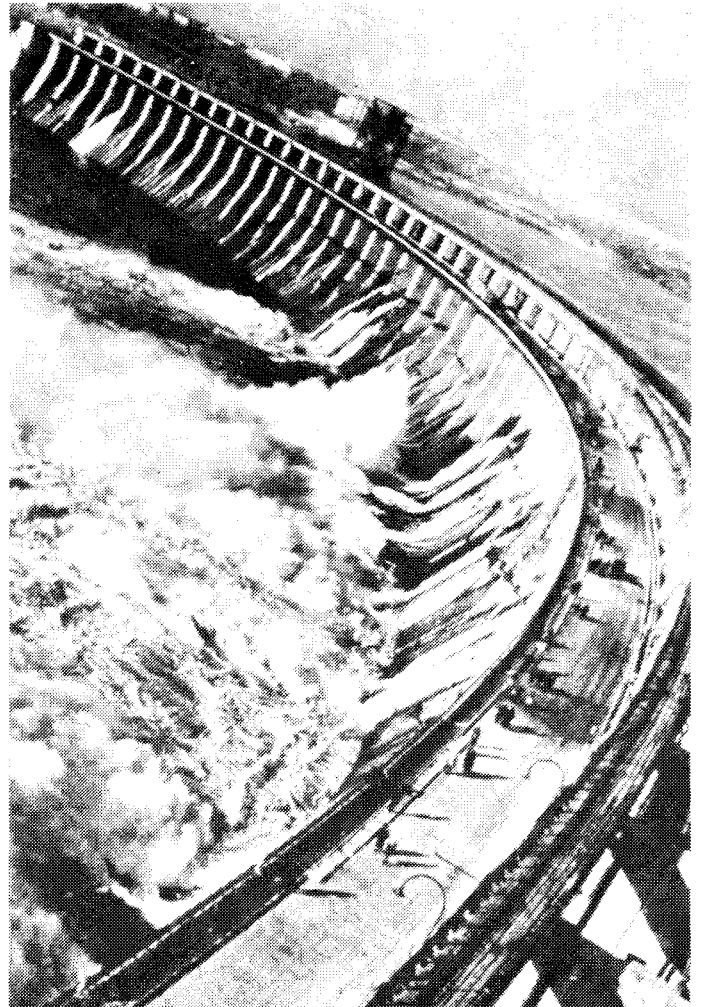


Der Spiegel

Das polnische stalinistische Regime setzt die von westlichen Banken diktierte Austerität durch: lange Schlangen und leere Läden in Warschau



Viktor Bulla



Nowosti

Kommunismus ist Sowjets plus Elektrifizierung, sagte Lenin. Arbeiter der metallverarbeitenden Putilow-Werke versammeln sich zur Wahl der Deputierten zum Petrograder Sowjet, 1920 (links). Dnjeprostroj-Wasserkraftwerk, ursprünglich von Trotzki befürwortet (rechts). 1926 sagte Stalin, das gigantische Kraftwerk würde Rußland soviel nützen wie ein Grammophon einem Bauern ohne Kuh. Doch bei der Fertigstellung 1932 produzierte Dnjeprostroj mehr Strom als das gesamte zaristische Rußland

darin, die wirtschaftlichen Verteidigungskämpfe der Arbeiterklasse zu verbinden mit dem Programm der proletarischen politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie: eine zentral geplante Wirtschaft auf der Grundlage von Sowjetdemokratie zu errichten und Sowjetrußland wieder zu einem Bollwerk der Weltrevolution zu machen.

Die Wirtschaftskrisen in einem Großteil Osteuropas und der Drang zu marktorientierten Reformen demonstrieren die Unmöglichkeit, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Schon in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts betonten Marx und Engels ausdrücklich: „Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale“ sein („Grundsätze des Kommunismus“, 1847). Den Kommunismus zu erreichen erfordert zumindest die vereinten Anstrengungen einiger der wirtschaftlich höchstentwickelten Länder. Ein isoliertes sozialistisches Regime wäre dem gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Druck der kapitalistischen Welt ausgesetzt, von der es umzingelt ist: einem Druck, der einen national begrenzten

Arbeiterstaat deformiert und letzten Endes zerstören wird.

Das stalinistische Rußland: Von bürokratischer Kommandowirtschaft zu Perestroika

Die Befürworter des „Marktsozialismus“ in Gorbatschows Rußland blicken sehnsüchtig auf die Neue Ökonomische Politik (NEP) zurück, besonders von Mitte bis Ende der 20er Jahre. Der führende ideologische Apologet dieser Politik war Nikolai Bucharin und ihr Hauptvollstrecker dessen damaliger Blockpartner, Josef Stalin. Bucharin sprach davon, den Sozialismus „im Schneckentempo“ aufzubauen, er bestand darauf, daß die Ausweitung der Industrieproduktion in der Sowjetunion bestimmt werden sollte durch die *Marktnachfrage* des Kleinbauerntums nach Fertigwaren. Die von Leo Trotzki geführte Linke Opposition beharrte dagegen auf der Notwendigkeit von schneller Industrialisierung und zentraler Planung. Bereits 1925 warnte Trotzki: „Wenn die Staatsindustrie sich langsamer als die Landwirtschaft entwik-

keln würde ... so würde ein solcher Prozeß natürlich zur Restauration des Kapitalismus führen“ („Kapitalismus oder Sozialismus“, *Die Linke Opposition in der Sowjetunion*, Bd. III).

Wie die Opposition es vorausgesagt hatte, führten die zunehmenden Widersprüche der NEP Ende der 20er Jahre zu einer akuten „Scherenkrise“. Die sklerotische Industrie war nicht fähig, die Bauernschaft zu beliefern; diese wiederum reduzierte drastisch ihre Getreidelieferungen und drohte, das städtische Rußland zu einem Stillstand zu bringen. Stalin reagierte und schaltete auf eine Politik des ultralinken ökonomischen Abenteuerstums – Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, bürokratische Kommandowirtschaft und ein halsbrecherisches Industrialisierungstempo. Am Ende des ersten Fünfjahresplans prahlte er:

„Die grundlegende Aufgabe des Fünfjahrplans bestand darin, durch Verwandlung der UdSSR in ein Industrieland die kapitalistischen Elemente restlos zu verdrängen, die Front der sozialistischen Wirtschaftsformen zu erweitern und die ökonomische Basis

für die Aufhebung der Klassen in der UdSSR, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen.“ (J. W. Stalin, „Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans“, Januar 1933)

Er erklärte, der Erfolg des ersten Fünfjahresplans bestehe darin, „im Lande die Voraussetzungen zu schaffen, die es ihm ermöglichen würden, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Hinsicht nicht nur einzuholen, sondern mit der Zeit auch zu überholen.“

Trotzki bestätigte die enorme historische Bedeutung des sowjetischen industriellen Aufbaus, hob aber die *Grenzen und Widersprüche* der stalinistischen Industrialisierung hervor und entlarvte die Illusion, man könne „Sozialismus in einem Land aufbauen“:

„Die fortschrittliche Rolle der Sowjetbürokratie fällt zusammen mit jener Periode, in der die wichtigsten Elemente der kapitalistischen Technik in die Sowjetunion eingeführt wurden. Auf den von der Revolution geschaffenen Grundlagen vollzog sich die grobe Vorarbeit des Entlehns, Nachahmens, Verpflanzens, Pflöpfens. Ein neues Wort ist bisher weder in der Technik noch in der Wissenschaft oder der Kunst gesprochen worden. Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich um den dreifachen Preis. Aber je weiter die Entwicklung voranschreitet, um so mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativefreiheit, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität*.“ (*Verratene Revolution*, 1936)

Gorbatschow gibt heute zu, daß die Sowjetunion gerade auf dem Gebiet der Qualität, der technischen und wissenschaftlichen Innovationen, immer weiter hinter den westlichen und japanischen Kapitalismus zurückgefallen ist:

„Ein Land, das einst rasch zu den modernen Nationen der Welt aufgeschlossen hatte, begann gegenüber den anderen an Boden zu verlieren. Überdies vergrößerte sich die Kluft bei der Effizienz der Produktion, der Qualität der Produkte, der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung, der Produktion fortschrittlicher Technologien und der Anwendung modernster Techniken, und dies nicht zu unserem Vorteil.“ (*Perestroika*, 1987)

Man mag die berechtigte Frage stellen: Warum hat es ein halbes Jahrhundert gedauert, bis die wirtschaftlichen Widersprüche des stalinistischen Rußlands, über die Trotzki in der *Verratene Revolution* schrieb, in den Vordergrund traten? Die Antwort liegt in den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs (in Rußland als der Große Vaterländische Krieg bezeichnet). Hitlers Unternehmen Barbarossa hatte, auch wenn es schließlich von der Roten Armee zerschlagen wurde, das westliche Rußland und die Ukraine verwüstet. 25 Millionen Menschen waren obdachlos geworden. Hunderte von Städten und Tausende von Dörfern wurden vollständig zerstört. 1945 betrug die Industrieproduktion in den Gebieten, die von Nazi-Deutschland besetzt gewesen waren, nur noch 30 Prozent ihres Vorkriegsstandes. Der vierte Fünfjahresplan (1946–1950) mußte daher zum größten Teil die grundlegende Aufbauarbeit der ersten drei *wiederholen*. Erst 1950 erreichte die sowjetische Industrieproduktion wieder ihren Vorkriegsstand.

Der Widerstand gegen die Naziinvasion erweckte bei den Sowjetvölkern wieder ein Gefühl des Patriotismus. Dieses Gefühl wurde intensiviert durch den Kal-

scher Erneuerung, besonders unter der Jugend. Der sowjetische Film „Moskau glaubt nicht an Tränen“ vermittelt einen Eindruck des naiven, aber echten sozialen Idealismus von bäuerlichen Jugendlichen, die am Anfang der Chruschtschow-Ära als Fabrikarbeiter in die Großstadt kommen. Der Film zeigt auch das soziale Unbehagen der letzten Jahre der Breschnjew-Periode Ende der Siebziger: der nach innen gekehrte Personalismus und politische Zynismus sowie die randalierenden Straßengangs in den besseren Vororten Moskaus. Gorbatschow selbst beklagt den Verlust von sozialistischem Idealismus in der heutigen Sowjetunion, die er führt:

„Es kam zu einem Zerfall der öffentlichen Moral; das erhabene Gefühl der Solidarität aus den heroischen Zeiten der Revolution, der ersten Fünfjahrespläne, des Großen Vaterländischen Krieges und des Wiederaufbaus nach dem Krieg verlor an Bedeutung; Alkoholismus, Drogenmißbrauch und Kriminalität stiegen; das Eindringen von Stereotypen der Massenkultur, die uns fremd sind und die zu Trivialität, primitivem Geschmack und ideologischer Verarmung führen, verstärkte sich.“ (*Perestroika*)

**Gorbatschow
ermahnt die
sowjetische
Bevölkerung
zu härterer
Arbeit, aber
seine markt-
orientierte
Perestroika
bedeutet
härtere
Bedingungen
für Arbeiter**



Sowfoto über TASS

ten Krieg, den der US-Imperialismus entfesselte, dessen Führer drohten, ihr Monopol an atomaren Waffen gegen Rußland einzusetzen. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern waren deshalb bereit, Opfer zu bringen und die Arbeitsdisziplin zu akzeptieren, die für einen rapiden Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg nötig war. Selbst bürokratisches Parasitentum und Korruption hielten sich in dieser Periode, verglichen mit „la dolce vita“ von Breschnjew und Konsorten in den 70er Jahren, in Grenzen.

Chruschtschows Verurteilung von Stalins schrecklichen Verbrechen führten 1956 zu einer Erwartung von sozialisti-

Gorbatschow wirft sehr unterschiedliche Sorten von sozialem Idealismus zusammen und durcheinander. Die Arbeiter, die die bolschewistische Revolution machten, waren von revolutionärem Internationalismus durchdrungen; sie gingen davon aus, daß sie die gesamte Menschheit in eine sozialistische Zukunft führen. Als der polnische jüdische Anarchist Hersch Mendel im Oktober 1917 in Moskau ankam, fragte er eine Gruppe von Rotgardisten, wofür sie kämpften. Einer antwortete: für die Brüderlichkeit der Nationen (siehe „Erinnerungen eines revolutionären jüdischen Arbeiters“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 13,

Herbst 1987). Im Gegensatz dazu glaubten die Stoßtruppen von Stalins erstem Fünfjahresplan, sie würden in wenigen Jahren den Sozialismus in einem Land aufbauen. Und mit der Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes“ gegen die Invasion durch Nazideutschland reagierten die sowjetischen Arbeiter und Bauern auf Stalins Appelle zum nationalen Patriotismus.

Dennoch hat Gorbatschow in einem wichtigen Punkt recht. In den letzten Breschnjew-Jahren waren *alle* Formen von sozialem Idealismus in der Sowjetunion verkümmert. Dies hat eine zutiefst negative Auswirkung auf die Wirtschaft gehabt, treffend ausgedrückt in dem zynischen Spruch, der im Sowjetblock gängig ist: „Wir tun so, als ob wir arbeiten, und sie tun so, als ob sie uns bezahlen.“ Gorbatschows Antwort ist, Akkord wieder einzuführen und die Löhne an die Rentabilität der Betriebe zu koppeln. Andere Elemente der Kreml-Elite wollen in diese Richtung sogar weiter gehen als Gorbatschow. Zum Beispiel behauptet der Ökonom Nikolai Schmeljow, ein ehemaliger Schwiegersonn Chruschtschows und ein extremer Perestroika-Anhänger, nur die Peitsche der Arbeitslosigkeit könne Arbeitsdisziplin wiederherstellen:

„Heute, glaube ich, ist es jedem klar, daß wir Schlendrian, Trunksucht und schludrige Arbeit hauptsächlich der übermäßigen Vollbeschäftigung zu verdanken haben. Wir müssen ohne Furcht und sachlich darüber reden, welchen Nutzen wir aus einer vergleichbar kleinen Reservearmee von Arbeitern ziehen könnten... Wenn man tatsächlich in Gefahr ist, den Arbeitsplatz zu verlieren und vorübergehend auf Unterstützung angewiesen zu sein, oder aber wenn man verpflichtet sein kann, dort zu arbeiten, wo man gerade hingeschickt wird, ist das ein sehr gutes Heilmittel gegen Faulenzen, Saufen und Unverantwortlichkeit.“ (Zitiert in *Gorbachev's Economic*

Plans, Joint Economic Committee des US-Kongresses, 1987)

Auf seine Art weist Schmeljow auf einen grundlegenden Widerspruch eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats hin. Wirtschaftsplanung, bei der ein Hauptnutzen die Vollbeschäftigung ist, kann nur dann effektiv sein, wenn Arbeiter, technische Intelligenz und Manager sich mit der Regierung identifizieren, die diese Pläne aufstellt. Sind sie gegenüber der herrschenden Oligarchie entfremdet, wird man den Plan ignorieren und an der Basis untergraben. Die formalen Planziele werden vielleicht erreicht, aber durch minderwertige und schlecht zusammengestellte Erzeugnisse. Rohstoffe, Energie und andere Faktoren werden verschwendet. Staatliche Vorräte und Maschinen werden auf den Schwarzmarkt abgezweigt, die sozialisierte Wirtschaft wird unterminiert.

Im Rahmen des Stalinismus gibt es also eine innere Tendenz, die zentrale Planung und Leitung zu ersetzen durch Marktmechanismen. Da Manager und Arbeiter nicht der Disziplin der Sowjetdemokratie (Arbeiterräte) unterworfen werden können, sieht die Bürokratie die einzige Antwort auf die wirtschaftliche Ineffizienz immer mehr darin, die Wirtschaftsakteure der Disziplin marktwirtschaftlicher Konkurrenz zu unterwerfen. Die Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie in der Sowjetunion ist kein bloßes abstraktes Ideal, sondern eine *lebensnotwendige Bedingung* für die Erneuerung der Sowjetwirtschaft auf einer sozialistischen Grundlage.

Plan, Markt und Sowjetdemokratie

Die Arbeiterdemokratie ist sicher kein Allheilmittel für die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion oder woanders. Trotzki bemerkte Anfang der 30er Jahre, daß die stalinistische Bürokratie sich vorstellte, sie könne „a priori einen

fehlerfreien und umfassenden Wirtschaftsplan erstellen, der alles von der Anbaufläche für Weizen bis hin zum letzten Westenknopf umfaßt.“ Eine genuine Arbeiterregierung wäre auch nicht mit perfekter Voraussicht gesegnet oder mit der Fähigkeit, bis ins letzte Detail einen perfekten Plan aufzustellen. In diesem Sinne schrieb Trotzki: „Nur durch das Zusammenwirken dieser drei Elemente, der staatlichen Planung, des Marktes und der Sowjetdemokratie, kann eine korrekte Wirtschaftsführung der Übergangsepoche erreicht werden“ („The Soviet Economy in Danger“ – Die sowjetische Wirtschaft in Gefahr, Oktober 1932).

Es gibt natürlich kein Kochbuch, dem man ein für allemal entnehmen könnte, wie man die zentrale Planung, den Markt und die Sowjetdemokratie miteinander verbindet. Dies hängt jeweils vom Grad der wirtschaftlichen Entwicklung ab, von der internationalen Situation sowie von zahllosen weiteren sich verändernden Bedingungen. Arbeiterdemokratie und Planung reichen nicht aus; es muß auch eine intelligente politische Führung geben – eine revolutionäre Partei –, die die konkrete Situation eines bestimmten Arbeiterstaates einschätzen kann und sich darauf einstellt. Trotzdem können wir einige allgemeine Richtlinien zum Plan, zum Markt und zur Arbeiterdemokratie aufstellen.

Einige Wirtschaftsaktivitäten sind eindeutig für eine langfristige Planung geeignet und andere nicht. Für den Aufbau einer neuen Stadt oder die Erschließung eines neuen sibirischen Ölfeldes kann ein Zehn- oder sogar ein Fünfzehnjahresplan wünschenswert sein. Für die Errichtung neuer Fabriken mag ein Fünfjahresplan optimal sein. Dagegen könnte die Zusammensetzung der Produktion verschiedener Fabriken – wieviele Kleider und Röcke, Töpfe und Pfannen sie produzieren – sich wöchentlich oder zweiwöchentlich ändern, abhängig von der wechselnden Marktnachfrage.

Langfristige Planung sollte auf den Ausbau der Produktionskapazität (z. B. Fabriken, Eisenbahnnetz) angewandt sein sowie auf andere große Bauvorhaben wie Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser. Der Produktionsausstoß verschiedener Konsumgüter und Zwischenprodukte sollte den wechselnden Bedingungen von Angebot und Nachfrage ständig angeglichen werden. Der Mechanismus dafür muß jedoch *nicht* und sollte auch *nicht* die atomisierte Konkurrenz zwischen den Betrieben sein, wie es in Jugoslawien oder Ungarn der Fall ist. Vielmehr sollte es einen *zentralisierten Marktmechanismus* geben; dafür entwickelte der polnische sozialistische Ökonom Oskar Lang in den 30er Jahren ein theoretisches Modell.

Stalin hat die zentrale Planung in Verfall gebracht. Viele Leute nehmen an, daß



Sven Publications

Stalin inspiziert eine Limousine, Symbol der privilegierten Kreml-Oligarchie



New York Times



Newsweek

Der polnische sozialistische Ökonom Oskar Lange (links) entwickelte ein Modell, um Marktkalkulation mit zentralisierter Wirtschaftsleitung zu verbinden. Der in der UdSSR ausgebildete Ökonom Wassili Leontief leistete Pionierarbeit bei der Input-Output-Analyse, einem entscheidenden Instrument für zentrale Planung

bei zentraler Planung eine kleine Gruppe von Bürokraten oder Technokraten die Wirtschaft leitet. Wie kann man Planung und Sowjetdemokratie miteinander verbinden? Allgemein gesagt besteht die grundlegende wirtschaftliche Entscheidung für die Gesellschaft darin, das Gesamtprodukt in Konsum und Investitionen aufzuteilen und die Investitionen wiederum in Konsumgüter und Produktionsgüter (wie z. B. Werkzeugmaschinen). In der Regel wird der langfristige Einkommenszuwachs umso größer sein, je höher der Teil des Gesamtproduktes, der investiert wird, und je höher der Anteil der Investitionen in Produktionsgüter.

In den 20er Jahren entwickelte der sowjetische Ökonom G. A. Feldman ein theoretisches Modell für langfristige Planung, bei dem er sich auf das Marxsche

Modell der erweiterten Reproduktion im dritten Band des *Kapital* stützte. (Diese Pionierarbeit hatte den Titel „On the Theory of Growth Rates of National Income“ – Über die Theorie der Wachstumsraten des Volkseinkommens.) Feldman setzte die gegenwärtige Höhe der Investitionen und deren Aufteilung in Konsumgüter und Produktionsgüter in Beziehung zu den künftigen Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens, des Konsums und der Investitionen. Auf der Grundlage von Feldmans Arbeit oder ähnlicher Modelle kann man eine Reihe alternativer Pläne aufstellen: diese reichen von einem Plan, bei dem der kurzfristige Verbrauch maximiert wird, bis zu einem, bei dem der langfristige Einkommenszuwachs maximiert wird. Dem höchsten Sowjetgremium könnten alternative Pläne vorgelegt werden, und es

würde dann über die künftigen Grundzüge der Wirtschaft entscheiden.

Hat man einmal das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens festgelegt, kann man aufgrund von Erfahrungen, Meinungsumfragen und Absprachen mit Verbrauchergenossenschaften die gestiegene Nachfrage vorausbestimmen für die allgemeinen Bereiche des Konsums (z. B. Nahrungsmittel, Kleidung, Haushaltsgeräte, Autos). Die größeren Mengen an Rohstoffen und Zwischengütern (z. B. Stahl, Plastik, Textilien), die für die Produktion der endgültigen Güterpalette nötig sind, kann man durch eine Input-Output-Analyse vorausplanen, die zuerst von Wassili Leontief entwickelt wurde. (Leontief studierte Mitte der 20er Jahre Wirtschaftswissenschaft an der Universität in Leningrad, bevor er in den Westen emigrierte. Die Input-Output-Analyse sollte man deshalb als ein Nebenprodukt der theoretisch ergiebigen und historisch folgenschweren Debatte über Industrialisierung und Planung in der Sowjetunion ansehen, die in den 20er Jahren geführt wurde.) Die rapide Entwicklung der Computertechnologie in den letzten Jahren erweitert enorm die potentielle Größenordnung und Genauigkeit der Input-Output-Analyse. Es ist daher möglich, einen Investitionsplan zu entwerfen, der in sich konsistent ist und auch in Einklang steht mit dem demokratisch festgelegten Gesamtwachstum von Investitionen und Konsumgütern.

In welcher Mischung die Konsumgüter und Dienstleistungen laufend produziert werden, sollte, wie vorher erwähnt, durch einen zentralisierten Marktmechanismus

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert Spartacist die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus



Edición en español No. 22
(16 páginas) US \$0,25



Edition française n° 25
(48 pages) 8F



English edition No. 41-42
(64 pages) US \$1



Deutsche Ausgabe Nr. 13
(48 Seiten) DM 2,-

bestimmt werden. Wie würde das funktionieren? Nehmen wir zum Beispiel die Textilindustrie. Eine zentrale Verteilungsbehörde wäre dafür verantwortlich, eine Reihe von Geschäften und Verbrauchergenossenschaften zu beliefern. Dafür würde sie über die Mittel verschiedener Kleiderfabriken verfügen. Wenn ein bestimmter Stil oder eine Größe bei Hemden knapp wäre, würde die Behörde die Fabrik(en) beauftragen, mehr von diesem Artikel zu produzieren und weniger von solchen Artikeln, die es relativ reichlich im Angebot gibt. Die Kleiderfabriken wiederum würden von einer zentralen Verteilungsbehörde beliefert, die über die Mittel verschiedener Textilfabriken verfügt. Wenn eine bestimmte Art Kunstfasergewebe knapp wäre, würde die Behörde die Fabriken beauftragen, die Produktion dieser Gewebe zu steigern und die Produktion der Gewebe zu drosseln, von denen es ein relatives Überangebot gibt.

Die Vorstellung, daß man Marktkonkurrenz braucht, um die Produktion von Konsumgütern an die Nachfrage anzupassen, ist ein Mythos der bürgerlichen Ökonomie. In Wirklichkeit trifft das nicht einmal auf die hochmonopolisierte Wirtschaft der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zu. Computergesteuerte Lagerhaltung ist inzwischen in den USA und in Westeuropa üblich. Wenn man in einem größeren Supermarkt einkauft, werden die gekauften Artikel an der Kasse registriert, photoelektrische Zellen lesen dabei den Warencode auf der Packung. Diese Information wird einem komplexen Verteilungssystem zugeführt, das Fabriken mit Geschäften verbindet. Eine sozialistische Wirtschaft wäre noch effizienter, sie würde die Produktion ständig an die sich verändernden Bedürfnisse und Wünsche der Gesellschaft anpassen.

Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage hängt natürlich entscheidend davon ab, wie die relativen Preise festgesetzt werden. Ein Kleid, das bei DM 40 sofort ausverkauft ist, läßt sich bei DM 80 vielleicht nicht verkaufen. Wie sollte sein Preis denn bestimmt werden? Im allgemeinen sollten Preise proportional zu den Produktionskosten sein, d. h. wenn es doppelt so viel kostet, ein Kleid in einem bestimmten Stil zu produzieren, dann sollten die Verbraucher auch das Doppelte dafür bezahlen. Das schließt Subventionen oder zusätzliche Steuern in besonderen Fällen nicht aus. Um zum Beispiel Kinder zum Lesen zu ermutigen, könnte der Preis für Kinderbücher unter den Herstellungskosten festgelegt werden. Die oben beschriebene Organisation der Wirtschaft wird nicht völlig immun sein gegen Unausgewogenheiten und Engpässe. Aber kein Wirtschaftssystem kann die sich ändernden Wünsche, Ressourcen und Technologien genau voraussehen. So ist das Leben.

Arbeiterselbstverwaltung kontra sozialistische Planung

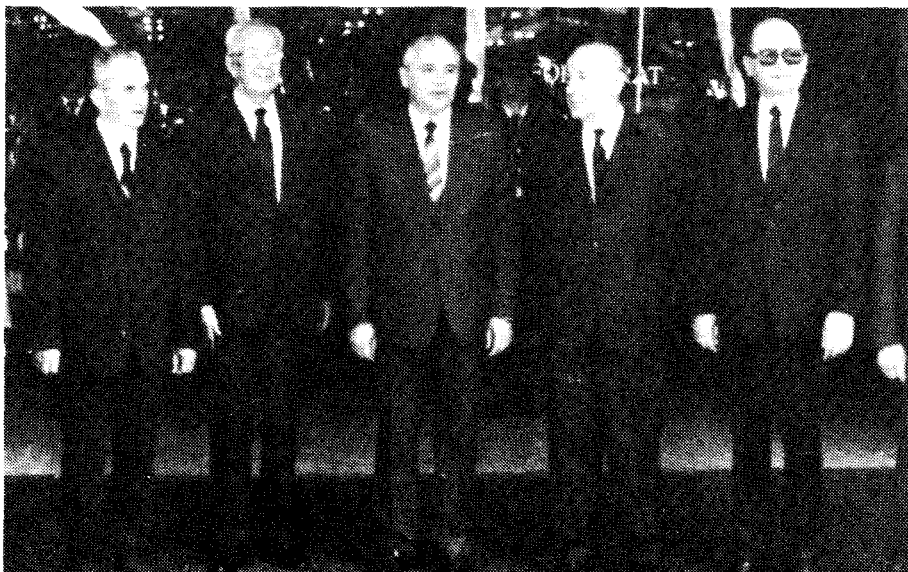
Die Frage der Arbeiterselbstverwaltung/Arbeiterkontrolle ist endlos ausgeüfert in Konfusion und Konfusionsstifterei. Sie ist auch eine übliche Forderung geworden, die von vorgeblich linken Gegnern der traditionellen Kommandowirtschaft der stalinistischen Bürokratie vorgetragen wird. Zum Beispiel fordert das Manifest der Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs, die im Sommer 1987 in Moskau gegründet wurde, die „Überführung der gesellschaftlichen Produktionsmittel (Fabriken) in ein System, das selbstverwaltete Betriebe an Genossenschaften verpachtet“. Gleichzeitig fordert es die „Demokratisierung

der Planung“ (*International Viewpoint*, 9. November 1987). Selbstverständlich zeigt das Manifest der sozialistischen Klubs nicht, wie man selbstverwaltete Betriebe mit demokratisierter Wirtschaftsplanung verbinden soll.

Die im vorigen Abschnitt umrissenen Elemente einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation bestimmen Charakter und Grenzen der Arbeiterkontrolle auf der Ebene der Produktion. Die Arbeiter würden sicher ihre eigenen Management-Entscheidungen treffen (z. B. die Organisierung von Ausbildungsprogrammen). Einen kleinen Teil der gesamten Investitionen – sagen wir 10 Prozent – kann man den einzelnen Arbeiterräten zur Verfügung stellen, und deren Entscheidungen können in den kommenden Investitionsplan einfließen. Aber die einzelnen Arbeiterräte über Produktion und Preise entscheiden zu lassen hieße, die Anarchie des Marktes wiederherzustellen. Auch können Fabrikräte nicht über Umfang und Zusammensetzung der Investitionen entscheiden, da einzelne Gruppen von Arbeitern keinen unbegrenzten Anspruch auf das Staatsbudget haben, d. h. auf das kollektive gesellschaftliche Mehrprodukt.

Als Antwort auf den ersten Artikel dieser Serie, „Der Bankrott des jugoslawischen Modells“, erhielt *Workers Vanguard* einen anregenden Leserbrief von Bob Montgomery. Er wies darauf hin, daß sich Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) gegen die Vorstellung wendet, das Proletariat sei eine Ansammlung von Gruppen einzelner Arbeiter, die man in staatlich geförderte Produktionsgenossenschaften zusammenfaßt. Dies war die Version von Arbeiterselbstverwaltung im 19. Jahrhundert.

Marx erinnerte die „sozialistischen“ Philister daran, daß Fonds zum Ersatz und zur Ausdehnung der Produktionsmittel, zur Versorgung für alte Menschen und andere, die arbeitsunfähig sind, Ausgaben für Schulen und Krankenhäuser usw. vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt abzuziehen sind, bevor es zur Verteilung unter die individuellen Arbeiter kommt. Er wies darauf hin, daß, „was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.“ Wie Marx zeigte, unterscheidet sich der Sozialismus vom Kapitalismus dadurch, daß die Funktion des Arbeiters nicht darin besteht, individuelle Arbeitskraft zu sein, sondern ein Mitglied des gesellschaftlichen Kollektivs. Der Leserbrief bemerkt richtig, daß das Klassenbewußtsein des revolutionären Proletariats nichts gemein hat mit dem syndikalistischen Fetisch von Arbeitern, die ihre „eigenen“ Produktionsmittel verwalten und ihre Produkte mit anderen Gruppen von Arbeitern



Interfoto MTI über Eastfoto

Gorbatschow (dritter von links) trifft die Führer der Warschauer-Pakt-Staaten. Wirtschaftskrisen, ein Produkt von stalinistischer Mißwirtschaft, nationaler Autarkie und imperialistischem Druck, treffen jetzt einen Großteil Osteuropas

austauschen.

Viele vorgeblich linke Gegner der Kreml-Oligarchie, wie Boris Kagarizki, der Hauptorganisator der Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs, meinen, daß die Selbstverwaltung der Betriebe der Weg des geringsten Widerstands zur Arbeiterdemokratie sei, denn sie schwäche die Macht der Nomenklatura (der herrschenden bürokratischen Kaste). In Wirklichkeit kann die Arbeiterselbstverwaltung als eine effektive *Ablenkung* vom wirklichen Kampf um Sowjetdemokratie dienen. Das Gorbatschow-Regime selbst hat viel Wind darum gemacht, daß es den Arbeitern gestattet, Manager zu wählen. Die Kreml-Spitzen sind auch dazu bereit, die Arbeiter über bestimmte betriebliche Angelegenheiten entscheiden zu lassen, besonders, wenn die Notwendigkeit der Profitmaximierung diese Entscheidungen bestimmt. Wie das jugoslawische Modell bewiesen hat, schwächen Arbeiterselbstverwaltung und „Marktsozialismus“ das *politische Bewußtsein* des Proletariats und vertiefen seine Spaltung nach Generationen und Nationalitäten.

Die Befürworter von Arbeiterselbstverwaltung, in Ost und West, haben eine Vorstellung von der Wirtschaft, die im wesentlichen von technologischer Stagnation ausgeht. Genau hier überschneiden sich die Anschauungen von prosyndikalistischen Radikalen und stalinistischen Bürokraten (Konservativen und Reformern) sowie von bürgerlichen Ideologen. Alle gehen davon aus, daß die gleichen Arbeiter in den gleichen Fabriken oder Büros Jahr für Jahr die gleiche Arbeit verrichten. In scharfem Gegensatz dazu ist die marxistische Konzeption vom Sozialismus, daß dessen Wirtschaft technologisch derart dynamisch ist, daß mechanische und stumpfsinnige Arbeit rasch abnimmt und durch *schöpferische* wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit ersetzt wird:

„Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d. h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit... Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert.“ (Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*)

Diese Konzeption von einer kommunistischen Zukunft setzt eine *weltweite Wirtschaftsordnung* voraus, und dies verlangt die Besitzergreifung der Produktivmittel der *fortgeschrittenen kapitalistischen Länder* durch proletarische Revolution.

Vorwärts zu einer weltweiten sozialistischen Ordnung

Die Wirtschaftskrisen, die jetzt einen Großteil Osteuropas plagen, sind eine direkte Konsequenz des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem



Wide World

Leo Trotzki 1917, gemeinsam mit Lenin Führer der Bolschewistischen Revolution

Land“. Die Wirtschaftsorganisation des Sowjetblocks, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist *weniger integriert* als die Europäische Gemeinschaft des kapitalistischen Westeuropas. Der RGW-Handel ist dem Tauschhandel nur einen Schritt voraus. Wenn Ostdeutschland z. B. einen Handelsüberschuß gegenüber Polen erzielt, kann es die resultierende positive Bilanz nicht dazu benutzen, seine Importe aus Ungarn zu steigern.

Weil die Bürokratien sich weigern, ihre Wirtschaftspolitik über nationale Grenzen hinweg zu koordinieren, liegen dem RGW-Handel die *Preise des Weltmarktes* zugrunde (mit zeitlicher Verzögerung und in Sonderfällen abhängig von Verhandlungen). An dieser Praxis hält man sogar dann fest, wenn die Weltmarktpreise durch internationale Kartelle vollkommen verzerrt sind, wie bei der Manipulation des internationalen Erdölmarktes durch die Sieben Schwestern/OPEC. Die jüngsten Vorschläge von Aganbegjan und anderen, den Rubel schließlich zu einer konvertierbaren Währung zu machen, wird die störenden Auswirkungen, die die Schwankungen des Weltmarktes

auf den RGW haben, nur noch verstärken.

Als die Weltmarktpreise für Erdöl Anfang der 70er Jahre um 400 Prozent inflationär gestiegen waren, verkaufte die Sowjetunion ihr Erdöl an Osteuropa zu einem immer kleineren Teil des OPEC-Preises. Resultat war, daß die osteuropäischen Bürokraten Energie verschwendeten, statt sie zu sparen. Neue Fabriken in Polen, Ungarn und Ostdeutschland wurden mit einem derartigen Energieverbrauch geplant, als ob billiges Erdöl permanent vorhanden sein würde. Doch dann hob die Sowjetunion 1975/76 die Erdölpreise für die RGW-Staaten um 70 Prozent an und beschränkte gleichzeitig ihre Belieferung Osteuropas mit Erdöl und Erdgas, um mehr auf dem kapitalistischen Weltmarkt verkaufen zu können und die Preistreiber der Sieben Schwestern/OPEC auszunutzen.

Mitte der 70er Jahre traf die osteuropäischen Länder ein doppelter Schicksalsschlag, von dem sie sich (mit der Ausnahme von Ostdeutschland) bis heute nicht erholt haben. Die weltweite kapitalistische Depression von 1974/75 brachte ihre Exportmärkte im Westen zum Kollaps, während der Preis für fossile Brennstoffe und andere Rohstoffe (hauptsächlich aus der Sowjetunion importiert) in die Höhe schoß. Um die Vollbeschäftigung und den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, wandten sich die osteuropäischen stalinistischen Regime an die Kredithaie der Wall Street, der Londoner City und der Frankfurter Börse. Osteuropas Schulden bei den westlichen Bankiers stiegen zwischen 1974 und 1980 auf das *Fünffache*, von 11 auf 55 Milliarden US-Dollar. Um ihre Schulden zurückzahlen zu können, haben Polen, Ungarn und Jugoslawien seit 1980 immer härtere Austeritätsprogramme verhängt, die ihnen vom Weltkartell der Bankiers, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), diktiert wurden.

In Polen führte die Wirtschaftskrise an den Rand einer Konterrevolution. Die mächtige katholische Kirche – einer ihrer Söhne, Karol Wojtyla aus Krakow, wurde 1979 Papst Johannes Paul II. – konnte über die „freie Gewerkschaft“ Solidarność einen Großteil der Arbeiterklasse mobilisieren. Lech Walesa und die anderen klerikal-nationalistischen Führer von Solidarność griffen nach der Macht und wurden erst im allerletzten Moment gestoppt durch General Jaruzelskis Gegencoup im Dezember 1981. Doch wieder einmal hat die von Schulden geplagte polnische Wirtschaft, deren Zustand durch Jaruzelskis marktorientierte Reformen à la Gorbatschow noch verschlimmert wurde, weitverbreitete Arbeiterunruhen produziert. Und wieder einmal versucht Walesa, der Gdansk Agent für den Imperialismus der „Freien Welt“, den Bankrott des polnischen Stalinismus auszu-



**Ungarn 1956:
Krise der „Ent-
stalinisierung“
führt zur
proletarisch-
politischen
Revolution, als
ungarische
Armee-
Einheiten zu
den auf-
ständischen
Arbeiterräten
überlaufen**

Andor Heller

schlachten (zum Glück ohne viel Erfolg).

Letzten Endes ist die Kreml-Oligarchie für den politischen und wirtschaftlichen Bankrott ihrer osteuropäischen Klienten verantwortlich. Schließlich war es J. W. Stalin, der das heutige Osteuropa nach seinem Bild geformt hat – bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten. Und die sowjetische Führung bestimmt die Grundzüge der Wirtschaftsordnung in Osteuropa. Mitte/Ende der 70er Jahre ermunterte das Breschnjew-Regime Gierks Polen und Kádárs Ungarn, vom Westen kräftig Kredite aufzunehmen, um die finanzielle Belastung Rußlands zu verringern. Unter Gorbatschow haben engstirniger Nationalismus und Kurzsichtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa sogar noch zugenommen. Michael Marrese, ein amerikanischer Experte für die Wirtschaft des Sowjetblocks, bemerkte vor ein paar Jahren:

„... anscheinend haben die Sowjets die multilaterale Methode zur Überbrückung der Energie- und Rohstoffknappheit in den RGW-Staaten aufgegeben. Es sieht so aus, als beabsichtigten die Sowjets, mit den einzelnen osteuropäischen Ländern bilaterale Verhandlungen zu führen und ihre langfristigen Verpflichtungen, was Energie- und Rohstofflieferungen angeht, zu korrigieren, abhängig von der relativen Attraktivität der Exporte, die jedes einzelne Land anbietet. Diejenigen Länder, die mehr Nahrung, industrielle Konsumgüter oder hochentwickelte Maschinen von hoher Qualität bieten, werden es leichter haben, sich genügend sowjetische Energie- und Rohstofflieferungen zu sichern.“ (*International Organization*, Frühjahr 1986)

Das ist die Logik von „Sozialismus in einem Land“.

Die Praxis der RGW-Staaten, bei ihrem Handel von Weltmarktpreisen auszuge-

hen, ist von Grund auf irrational, destabilisiert die Wirtschaft und schafft politische Uneinigkeit. Sie ist völlig unvernünftig. Die relativen Produktionskosten in Osteuropa und der Sowjetunion unterscheiden sich grundsätzlich von den in der kapitalistischen Welt üblichen. Deshalb setzen dann die RGW-Staaten die Preise nicht im Verhältnis zu den Produktionskosten fest? Weil die nationalen Bürokratien keinerlei Kontrolle über die Produktionskosten ihrer „sozialistischen“ Handelspartner haben. Den Apparatschiks im Kreml fiel es im Traum nicht ein, den Ostdeutschen etwas Kontrolle zu geben über die Produktionskosten bei der Erschließung der sibirischen Erdölfelder. Umgekehrt erlauben die Ostberliner Bonzen denen aus Moskau nicht, Kosten und landesinterne Preise für Elektromaschinen in Leipzig oder Erfurt zu beeinflussen. Rußland und Ostdeutschland tauschen also Erdöl und Maschinen zu Bedingungen, die vom Rockefeller-Imperium und von Siemens festgelegt werden!

Stalinistischer Nationalismus verstärkt so den Druck des kapitalistischen Weltmarkts, der auf dem Sowjetblock lastet und in ihn hineinwirkt. Die sozialistische Wirtschaftsintegration Osteuropas – besonders durch groß angelegte Investitionsvorhaben – ist eine Lebensnotwendigkeit zu steigern, sondern auch, um auf die wirtschaftliche Unterminierung und den Wirtschaftskrieg der Imperialisten antworten zu können. Zum Beispiel könnte ein größeres Forschungsprojekt, für das die technischen Kapazitäten von Ostberlin bis Nowosibirsk zusammengelegt werden, zu einem Durchbruch bei der Herstellung von billigem synthetischen Öl führen. Eine solche Entwicklung würde für die osteuropäischen Länder die Importkosten erheblich reduzieren.

Die proletarische politische Revolution in Osteuropa – zum Sturz der Bürokr-

tenkaste, die den sowjetischen Arbeitern die politische Macht entrissen und die sich vom leninistischen Internationalismus abgewendet hat – wird auf ihr Banner schreiben: *Annulliert die ruinösen Schulden bei den westlichen Bankiers*. Für die stalinistischen Regime in Osteuropa ist eine solche Maßnahme unvorstellbar – tatsächlich werden sie immer mehr zu lokalen Geldeintreibern für den IWF –, weil sie der unvermeidlichen imperialistischen Vergeltung (z. B. Handelsboykotts) nicht standhalten können. Eine sozialistische Wirtschaftsintegration dagegen würde Osteuropa unabhängiger von westlichen Importen und Krediten machen, gleichzeitig hätten revolutionäre Arbeiterregierungen in Ostberlin, Warschau und Moskau die moralische Autorität, sich an die westeuropäischen und amerikanischen Arbeiter zu wenden gegen die blutsaugerischen kapitalistischen Bankiers. Der imperialistische Wirtschaftskrieg gegen Osteuropa würde in einen *Klassenkrieg* im Herzen des Weltkapitalismus umgewandelt werden.

Trotzkisten beabsichtigen nicht, das Dogma vom Sozialismus in einem Land durch das vom Sozialismus in einem halben Kontinent zu ersetzen. Solange die Wall-Street-Finanziers, die deutschen Industriebosse und die japanischen Saibazu den Großteil des gesamten produktiven Reichtums dieses Planeten besitzen, kann die kommunistische Vision von der klassenlosen und staatenlosen Gesellschaft nirgendwo Wirklichkeit werden. Solange es den Weltimperialismus gibt, wird der Schatten des atomaren Weltuntergangs über der Menschheit hängen. Der einzige Weg in eine Zukunft des Friedens, des materiellen Überflusses, der sozialen Gleichheit und der persönlichen Freiheit ist der Weg Lenins und Troztkis, der Weg der internationalen proletarischen Revolution, die zu einer weltweiten sozialistischen Ordnung führen wird. ■

Sowjetische Wahlen: Eine Stimme für was?

Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten, die Ende März stattfanden, haben Schockwellen durch die Sowjetunion und durch die ganze Welt geschickt. Prominente kommunistische Funktionäre fielen durch, selbst solche, die alleine kandidiert hatten. Eine Londoner Zeitung witzelte: „Leningrader Parteiboß wird bei einem Ein-Mann-Rennen letzter“. Der Kommandant der sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland verlor gegen einen Oberst, der seine Wahlkampagne für die Abschaffung der Wehrpflicht und für eine reine Freiwilligenarmee geführt hatte. In Moskau gewann Boris Jelzin, ein ehemaliger Mann Gorbatschows, der zum „populistischen“ Demagogen geworden war, in einem Erdrutsch-Sieg – 90 Prozent der Stimmen – gegen einen ansässigen Apparatschik. Rabiate Nationalisten, von denen viele die vollständige Abtrennung von der UdSSR fordern, gewannen in den baltischen Republiken eine Mehrheit der Sitze.

Westliche Antikommunisten glauben, ihre wildesten Träume würden wahr. Im Kalten Krieg schwenkt Gorbatschow die weiße Fahne und gibt eine Stellung nach der anderen auf: Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, einseitige Reduzierung der Militärausgaben an allen Fronten. Ideologen des Kalten Krieges wie Zbigniew Brzezinski sagen den Untergang des Kommunismus vor dem 21. Jahrhundert voraus. Sie erwarten, daß die Sowjetunion durch nationale Konflikte auseinandergerissen wird, während Gorbatschow immer weitere kapitalistische Maßnahmen in die Wirtschaft einführt – Profitmaximierung der Betriebe, Entlassungen von „überschüssigen“ Arbeitern, Erhöhungen der Lebenshaltungskosten, Entkollektivierung der Landwirtschaft, Wachstum privater Kleinunternehmer.

Sicher wachsen Tendenzen und Kräfte für kapitalistische Konterrevolution in bedrohlichem Maße. Aber ein Löwe steht der kapitalistischen Konterrevolution im Wege – das sowjetische Proletariat. Die sowjetische arbeitende Bevölkerung steht Gorbatschows marktorientierten „Reformen“ mit tiefem Mißtrauen gegenüber.

Perestrojka macht die Dinge schlimmer

Gegen Ende der 70er Jahre versuchten die stalinistischen Bürokratien in der Sowjetunion sowie in einem Großteil Osteuropas (z. B. Polen, Ungarn und Ju-

goslawien), unter Bedingungen eines abflachenden Wirtschaftswachstums sozialen Frieden zu erkaufen. So versuchte das Breschnjew-Regime, die Illusion rasch steigender Einkommen zu fördern: Es erhöhte die Löhne und Gehälter und froh Mieten und die Preise für Lebensmittel und andere Konsumgüter ein. Ein Kilo Schwarzbrot kostet seit Jahrzehnten ca. 50 Pfennig, ein Kilo Kartoffeln die Hälfte, und eine Fahrkarte für die Moskauer U-Bahn kostet immer noch weniger als 20 Pfennig. Da das Geldeinkommen rasch stieg, waren die staatlichen Läden schnell ausverkauft, und die Schlangen vor ihren Türen wurden immer länger.

Ein Gutteil der ungedeckten Nachfrage floß in den blühenden Schwarzmarkt (die sogenannte Schattenwirtschaft). Als Nebenprodukt entstanden Ende der 70er Jahre in der Sowjetunion kriminelle Banden, die die Russen jetzt „die Mafia“ nennen. Das überschüssige Geld wurde meistens in Bankkonten auf die hohe Kante gelegt; sonst konnte man damit einfach nichts anfangen. Die wachsende Kluft zwischen Geldeinkommen und tatsächlicher Produktion wurde also durch eine Form *erzwungenen Sparens* vertuscht. Anfang der 80er Jahre war die Sowjetunion zu einem Extremfall *unterdrückter Inflation* geworden. Und diese Situation ist unter Gorbatschow viel schlimmer geworden. In den sowjetischen Sparkassen häufen sich 20 Milliarden Rubel im Jahr, *doppelt so viel* wie Anfang der 80er Jahre.

Eine Ursache dabei sind die unvorher-

gesehenen Auswirkungen der Antialkoholismus-Kampagne. Der Verkauf von hochbesteuertem Wodka machte 15 Prozent des staatlichen Einzelhandelsvolumens aus. Jetzt kaufen sowjetische Trinker billigen illegal gebrannten Wodka – etwa zwei Drittel von dem, was insgesamt getrunken wird – und sparen mehr Geld. Aber es ist nicht nur Wodka, der in den Staatsläden nicht mehr zu finden ist. Letzten Winter berichtete die bedeutendste Regierungszeitung, *Iswestija*: „Nacheinander oder gleichzeitig sind Handtücher, Zahnpasta, Toilettenpapier, Lotion, Zucker und Glühbirnen aus den Regalen verschwunden. Gegenwärtig kann man kein Waschpulver und keine billige Seife kaufen. Was wird es morgen sein?“

Warum die ernsthafte und sich verschärfende Knappheit an vielen Gütern? Erstens haben die Manager der Betriebe, um nach den neuen Regeln von Perestrojka ihren Profit zu maximieren, die Produktion von billigen Produkten auf teurere verschoben. Ergo: keine billige Seife mehr. Zweitens hat die Zunahme von kleinen Privatkapitalisten (man nennt sie „Kooperativen“, aber darauf fällt wohl niemand rein) sowohl Nahrungsmittel wie auch Fertigwaren von der sozialisierten Wirtschaft *weggelenkt*.

Trotz einer schlechten Ernte dieses Jahr ist unter Gorbatschow die Gesamtproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse *nicht gesunken*. Aber nach einem Dekret vom März 1986 dürfen sowohl Kollektivfarmen (Kolchosen) als auch



Sowfoto über TASS

Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten entfesselten heftige politische Leidenschaften. Mitglieder der Akademie der Wissenschaften demonstrieren in Moskau

Staatsfarmen (Sowchosen) einen *größeren Anteil* ihrer Erzeugnisse auf den ländlichen freien Märkten oder durch private Händler absetzen. Man kann in Gorbatschows Rußland alle erdenklichen Lebensmittel in jeder Menge kaufen, wenn man den Preis zahlen will. Aber wer kann sich das leisten? Ein Kilo Tomaten auf den Moskauer Privatmärkten kostet einen normalen Arbeiter *mehr als einen Tageslohn!*

Ein neues Gesetz von Anfang 1987 erlaubt Privatunternehmern, Konsumgüter herzustellen und auch verschiedene Dienstleistungen anzubieten (z. B. als Reparaturhandwerker, Friseur, Taxifahrer). Das letztere ist schon lange allgemein verbreitet, obwohl es illegal war. Jetzt aber zweigen Kleinkapitalisten eingehende Konsumgüter ab, die früher zur Belieferung der staatlichen Läden bestimmt gewesen waren. Die Kehrseite der vielfachen Knappheit ist die steil gestiegene Akkumulation von Geld, das man nicht ausgeben kann. Sowjetbürger haben jetzt ungefähr 300 Milliarden Rubel auf ihren Sparbüchern. Wahrscheinlich gibt es 100 Milliarden mehr in alten Socken eingeknotet oder in Matratzen gestopft. Dies entspricht *weit mehr als der Hälfte* des jährlichen Gesamteinkommens der UdSSR! Um diese riesige Menge monetärer Kaufkraft aufzusaugen, müßten die Preise um 100, 200, 400 Prozent steigen – Gott weiß wieviel.

Industriereform erzeugt bürokratisierte Anarchie

Abel Aganbegjan, einer der Hauptarchitekten von Perestroika, behauptet, die „Preisreform“ würde man in einigen Jahren durchführen, wenn das Angebot an Konsumgütern genug gestiegen sei, um eine unkontrollierbare Inflation zu verhindern. Keine große Chance! Pere-

stroika hat nicht zu gesteigerter Produktivität geführt – im Gegenteil.

Als Gorbatschow im Juni 1987 das neue Gesetz über Staatsbetriebe ankündigte, verkündete er den „Übergang vieler Wirtschaftszweige zu neuen Verwaltungsmethoden, zu vollständiger Gewinn- und Verlustrechnung und Selbstfinanzierung“ (chosraschet). Die Vorstellung war, daß die Manager der Betriebe, um Profite zu maximieren (oder wenigstens Verluste zu vermeiden), Kosten senken und gleichzeitig Güter höherer Qualität herstellen würden, angepaßt an Verbrauchernachfrage. Aber sowjetische Manager möchten überhaupt nicht um Kunden konkurrieren, und sie haben ihr Bestes getan, um das alte System fortzuführen. So dient das Gros ihrer Produktion zur Erfüllung von „Staatsaufträgen“, die mit den Industrieministerien ausgehandelt werden, die früher den Plan verwalteten.

Unter dem alten, zentral verwalteten System wurde ernsthaft versucht, den geplanten Input und den geplanten Output zueinander passend zu machen. Betriebe erhielten den größten Teil ihrer Rohstoffe und Zwischenprodukte von der zentralen Zulieferbehörde Gosstab. Aber jetzt gibt es keinen Mechanismus, wodurch Input und Output aneinander angepaßt werden, weil die Betriebe und die Ministerien ihre Produktionsentscheidungen und Bestellungen nicht miteinander koordinieren. Eine Schuhfabrik schließt z. B. einen Vertrag ab, an das Ministerium für Leichtindustrie einige tausend Paar Arbeitsstiefel zu liefern. Es gibt keine Garantie, daß sie Leder in ausreichender Menge und Qualität von den diversen Gerbereien beziehen kann. Und es gibt keine Zentralbehörde, die dafür verantwortlich wäre, daß der Bedarf an Material erfüllt wird.

So berichtet die sowjetische Presse

über einen bedeutenden Anstieg von Stillstandszeiten der Fabriken und die daraus folgende Vergeudung unzähliger Arbeitsstunden aufgrund ausgebliebener Materialzulieferungen. Kurz, die betriebliche „Selbstfinanzierung“ hat zu der Herausbildung von ministeriellen Imperien und zu bürokratisierter Anarchie geführt. In Moskau wurde ein alter Witz neu aufgelegt, um den Effekt der „Reform“ zu beschreiben: Anscheinend beschlossen die Kremelführer, das Verkehrssystem auf Linksverkehr umzustellen. Als vorsichtige Menschen führten sie die Reform in Stufen durch. Als erster Schritt sollte nur die Hälfte der Wagen nach der neuen Regel fahren.

Das Hauptziel der „vollständigen Gewinn- und Verlustrechnung“ ist nicht so sehr, Manager zu größerer Effizienz anzuspornen. Vielmehr sollen die Lohnkosten gesenkt werden: „überschüssige“ Arbeiter sollen entlassen und die übrigen Arbeiter sollen durch die Angst um den eigenen unsicher gewordenen Arbeitsplatz gezwungen werden, härter zu arbeiten. Ein führender „Reform“-Ökonom, Nikolai Schmeljow, sagte recht unverblümt:

„Heute, glaube ich, ist es jedem klar, daß wir Schlendrian, Trunksucht und schludrige Arbeit hauptsächlich der übermäßigen Vollbeschäftigung zu verdanken haben. Wir müssen ohne Furcht und sachlich darüber reden, welchen Nutzen wir aus einer vergleichbar kleinen Reservearmee von Arbeitern ziehen könnten.“ (zitiert in U.S. Congress, Joint Economic Committee, *Gorbachev's Economic Plans*, 1987)

Aber die sowjetischen Arbeiter haben nicht die Absicht, auf die Straße gesetzt zu werden von ihren eigenen Bürokraten. Für die sowjetischen Arbeiter bedeutet ein Arbeitsplatz weit mehr als der Lohn. Der Arbeitsplatz ist das Zentrum des wirtschaftlichen und, in beträchtlichem Ausmaß, des sozialen Lebens. Großbetriebe haben kostenlose medizinische Kliniken und Kindertagesstätten, preisgünstige Wohnungen, billige Ferienreisen und zahllose andere Leistungen.

Das sowjetische Proletariat sieht die Sicherheit des Arbeitsplatzes, sogar noch mehr als die Stabilität der Lebenshaltungskosten, als sein *fundamentales Recht* an, als grundlegende Eigenschaft des Sowjetsystems. Daher bewegt sich das Gorbatschow-Regime sehr vorsichtig in bezug auf „Preisreform“, Entlassungen und die Schließung unrentabler Betriebe. Doch angesichts der leicht entflammaren Lage in der Sowjetunion unter Gorbatschow könnte die sich verschärfende Wirtschaftslage, besonders die Lebensmittelknappheit, sehr wohl eine Explosion an der Basis auslösen.

*Auszüge aus Workers Vanguard
Nr. 475, 14. April 1989*



Burnett/Contact

Auf Moskaus Privatmärkten kostet das Kilo Tomaten mehr als den Tageslohn eines Durchschnittsarbeiters

Boris Jelzin: Populistischer Demagoge

Es war sicher unerwartet, daß Jelzin, der sich als „populistischer“ Demagoge profiliert hat, zur prominentesten Figur der Opposition in Gorbatschows Rußland aufsteigen würde. Ende 1985 wurde Jelzin aus Sibirien geholt, um Moskau zu führen, gerade weil er ein standhafter Gorbatschow-Loyalist und eifriger Verfechter von Perestroika war. Schwungvoll sägte er Dutzende fest etablierter Apparatschiks ab und schmeichelte sich gleichzeitig durch einen „populistischen“ Stil bei der Bevölkerung der Stadt ein. Er besuchte Krankenhäuser und kritisierte die schlechte Qualität der medizinischen Fürsorge. Er besuchte Fleischerläden und kritisierte die Knappheit von anständigem Fleisch. Natürlich wurde weder die Krankenhauspflege noch die Fleischversorgung viel besser. Dafür aber konnte Jelzin, wie sein Beschützer Gorbatschow, jedes wirtschaftliche Übel der „Ära der Stagnation“ aufhalsen.

Plötzlich wurde im November 1987 bekanntgegeben, daß Jelzin als Vorsitzender der Moskauer Partei abgesetzt worden war. Anscheinend hatte er Ligatschow – damals offiziell der zweite Mann im Kreml – scharf angegriffen, er behindere die Perestroika. Um die Einheit der herrschenden Gruppierung zu bewahren, ließ Gorbatschow den Unruhestifter fallen. In altstalinistischer Manier gestand Jelzin demütig seine Sünden. In neustalinistischer Manier wurde Jelzin nicht als „Volksfeind“ erschossen, sondern nur auf einen Posten im Bauministerium degradiert.

Aber der gefallene Moskauer Parteiboss akzeptierte die Rolle einer lebenden politischen Leiche nicht. Er fing an, der westlichen Presse Interviews zu geben, in denen er Ligatschow als versteckten Gegner von Perestroika denunzierte. Dann griff Jelzin die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten auf als Chance für sein politisches Comeback. Mehr noch, er kandidierte gegen den Manager der SIL-Autofabrik, die die handgearbeiteten Limousinen für die Parteilite produziert.

Am 19. März, einem Sonntag, versammelten sich trotz eines offiziellen Verbots 2000 Pro-Jelzin-Demonstranten im Moskauer Gorki-Park. Als sie zum Kreml marschierten, wuchs ihre Zahl spontan auf mehr als 10 000. Sie riefen: „Hände weg von Jelzin!“, und trugen Bilder ihres neuen Helden mit der Aufschrift „Kandidat des Volkes“. Vielleicht noch beeindruckender als die Größe dieser Kundgebung war ihre *breite* soziale Zusammensetzung – Intellektuelle, Fabrikarbeiter, Großmütter, die mit dürftigen Renten zu überleben versuchen. Jelzin ist eindeutig jemand, der jedem etwas zu bieten hat.

Die baltischen nationalistischen Dem-

agogen treten für regionale Autonomie ein; Jelzin zog in seiner Wahlkampagne für Wirtschaftsprotektionismus zugunsten der Moskowiter ins Feld. Er forderte, daß die Fabriken in der Stadt die Zahl der befristeten Aufenthaltsberechtigungen, die jetzt an Zehntausende von Arbeitern erteilt werden, *begrenzen*, damit die dringende Nachfrage nach Wohnungen, Nahrungsmitteln und anderen Verbrauchsgütern nachläßt. Solch eine reaktionäre und *unequalitäre* Maßnahme würde den



Thai/Time

Boris Jelzin, vom stalinistischen Apparatschik zum „populistischen“ Demagogen

jetzt schon privilegierten Status der rechtlich etablierten Moskauer Einwohner steigern.

Die offiziellen Sprecher von Perestroika pochen darauf, daß die wirtschaftliche Gesundheit des Landes nur durch die Schließung unrentabler Unternehmen und durch die Erhöhung von Mieten und Lebensmittelpreisen wiederhergestellt werden kann. Aber Jelzin verlangt: „Wir müssen ... den Lebensstandard erhöhen und unsere Mittel darauf konzentrieren, selbst wenn das heißt, in anderen Bereichen Investitionen, finanzielle Zuweisungen oder Ausgaben zu senken“ (*Time*, 20. März). Dies hieße, genau die Politik zu wiederholen, die in die sogenannte „Ära der Stagnation“ mündete.

Ironischerweise plädiert Jelzin, der sich immer noch als entschlossenen Perestroika-Anhänger bezeichnet, für gerade die Wirtschaftspolitik, die vom betagten Breschnjew-Regime durchgeführt wurde! Seit Mitte der 70er Jahre stützte Breschnjew die Investitionen in neue Industrieanlagen und -ausrüstung, um mit der rapiden amerikanischen Aufrüstung Schritt zu halten, *ohne* den Lebens-

standard zu senken. Das geplante Wachstum der Investitionen fiel von 7,5 Prozent im Fünfjahresplan 1970–75 auf gerade 2 Prozent im Plan 1980–85. So unterminierten Breschnjew & Co. die wirtschaftliche Stärke und Dynamik der Sowjetunion. Aber wenigstens versuchten sie, die sowjetische militärische Stärke zu erhalten angesichts der Offensive des zweiten Kalten Krieges, die Carter einleitete und Reagan weitertrieb.

Aber Jelzin ruft auch zu starken Kürzungen der sowjetischen Militärausgaben auf. Und dies noch über die einseitigen Kürzungen hinaus, die Gorbatschow schon vorgenommen hat! Hier ist Jelzin einer Meinung mit den äußersten rechten prowestlichen Elementen innerhalb (und außerhalb) des Gorbatschow-Lagers. Viele Verfechter von Perestroika verurteilen das gegenwärtige Niveau der sowjetischen Militärausgaben nicht nur als ökonomische Verschwendung, sondern auch als provokativ gegenüber den westlichen Imperialisten. Der alte, behäbige Leonid Breschnjew wird jetzt von der Gorbatschowschen Presse als irgendein ultralinker Abenteurer dargestellt, der törichterweise solche friedliebenden Typen wie Jimmy Carter und Ronald Reagan provozierte, weil er ihnen die sowjetische Militärmacht unter die Nase rieb. So kombinierte Jelzins Kampagne populistische Demagogie mit gefährlichen pazifistischen Illusionen in den gutmütigen Charakter des westlichen Imperialismus.

Jelzin zeigt immer offener, worauf er hinauswill. Jetzt hat sich im Obersten Sowjet eine Ultra-Perestroika-Gruppe gebildet, die „überregionale Abgeordneten-Gruppe“, geführt von Jelzin und dem proimperialistischen „Dissidenten“ Andrej Sacharow. Obwohl die Gruppe in den offiziellen sowjetischen Medien als „linksradikal“ gilt, weist ihre Politik eher auf die westliche Sozialdemokratie hin. Der Historiker Juri Afanassjew, einer ihrer Sprecher, hielt eine Pressekonferenz, um den Sozialismus „von Jesus Christus über Lenins Todeskampf bis hin zu einer modernen sozialistischen Demokratie“ neu zu überdenken (*Frankfurter Rundschau*, 31. Juli 1989). Während der Bergarbeiterstreiks erschien Jelzin im sowjetischen Fernsehen und appellierte an die Bergarbeiter, wieder arbeiten zu gehen. Als Moskauer Parteichef hielt Jelzin 1987 Diskussionstreffen mit den bedrohlichen russischen Nationalisten von Pamjat ab und erhöhte dadurch die Glaubwürdigkeit dieser gefährlichen faschistischen Meute. Die sowjetischen Arbeiter seien vor Jelzin und seiner gefährlichen Demagogie gewarnt!

*Auszüge aus Workers Vanguard
Nr. 475, 14. April 1989
und Nr. 483, 4. August 1989*

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 40

Kundgebungen ab. Daraufhin rief das Streikkomitee zu einem regionalen Generalstreik auf und gab einen offenen Brief an die sowjetische Regierung heraus, in dem auch politische Forderungen erhoben wurden. Dazu gehörten die Abschaffung besonderer Privilegien für die Bürokratie und eine neue Sowjetverfassung, die bis zum 7. November 1990, dem Jahrestag der bolschewistischen Revolution, entworfen, öffentlich diskutiert und angenommen werden sollte.

Die imperialistische Presse sähe gern in jedem Ausdruck von Unzufriedenheit der Arbeiterklasse den Keim einer neuen Solidarność, der vom CIA bezahlten „Gewerkschaft“ in Polen unter der Führung von klerikalen Reaktionären. Aber die sowjetischen Arbeiter haben eine unvergängliche Identifizierung mit ihrer Revolution. Laut *Spiegel* (17. Juli) wurde der Streik in Meschdureschensk von einem Mitglied der Kommunistischen Partei, Werkmeister Kokorin, ausgerufen und vom Parteisekretär der Zeche, Becker, unterstützt. Der *Spiegel* bemerkte: „Keine antisowjetischen Losungen wurden laut“. Und als ein Sprecher der prowestlichen Demokratischen Union bei einer Versammlung der Bergarbeiter auf dem Hauptplatz von Kemerowo zu reden versuchte, wurde er ausgebuht. (Führer dieses antikommunistischen Vereins haben Geld erhalten von einem berüchtigten

CIA-Kanal, National Endowment for Democracy – Nationale Stiftung für Demokratie.)

Anfangs berichtete die sowjetische Presse ungewöhnlich positiv über den Bergarbeiterstreik und behandelte ihn wie eine Warnung an widerspenstige Bürokraten. Als die Bewegung weiterging und sich ausweitete, änderten sich die Töne aus Moskau. Kohleminister Schtschadow warnte eine Massenversammlung in Nowokusnezsk am Samstag, daß Magnitka, der riesige Stahlkomplex von Magnitogorsk, aus Mangel an Kohle „am Rande eines Produktionsstillstands“ stehe. Und am Montag flog ein Politbüromitglied zum sibirischen Kohlegürtel, mit einem von Präsident Gorbatschow und Ministerpräsident Ryschkow unterzeichneten Appell. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet forderte Ryschkow die Bergarbeiter auf, ihren Ausstand zu beenden, lehnte es aber ab, gegen den Streik Gewalt anzuwenden.

Frühere Streiks sind örtlich begrenzt gewesen und haben sich hauptsächlich gegen Lohnsenkungen, eine Folge von Perestroika, gerichtet. Doch die offenen politischen Forderungen der Bergarbeiterstreiks deuten auf einen beginnenden Kampf der Arbeiterklasse hin, die politische Macht zurückzufordern, die ihr die stalinistische Bürokratie vor Jahrzehnten geraubt hatte. Bisher jedoch ist die Hauptforderung gewesen: „Unabhängigkeit“ von der aufgedunsenen Moskauer Bürokratie der Kohleindustrie. Die Über-einkunft, die in den Verhandlungen von Meschdureschensk erzielt wurde, berechtigt jede Zeche, ab 1. August als eine unabhängige Staatsfirma ihre eigenen finanziellen Angelegenheiten zu regeln.

Im Rahmen von Gorbatschows markt-orientierten Reformen wollen die Kusbass-Bergleute das Ihre bekommen. Doch dies wird nur den gesündesten und rentabelsten Betrieben zugute kommen und schmerzliche Ungleichheiten hervorrufen – auch Arbeitslosigkeit –, selbst unter den Kusbass-Bergleuten. Dringend notwendig im Interesse der gesamten sowjetischen Arbeiterklasse ist zentrale Planung auf der Grundlage von Sowjetdemokratie.

Arbeiter gegen Perestroika

Als letztes Jahr Gorbatschows Glasnost überall in der Sowjetunion Protesten Tür und Tor öffnete und gleichzeitig Perestroika den Lebensstandard der Arbeiter bedrohte, schrieben wir: „Doch bei all dieser Gärung hat die entscheidende gesellschaftliche Kraft in der Sowjetunion – die Arbeiterklasse – sich noch nicht in den politischen Kampf eingeschaltet“ („Perils of Perestroika“ – Gefahren von Perestroika, *Workers Vanguard* Nr. 458, 29. Juli 1988). Vor kurzem hat selbst Gorbatschows Team von Ökonomen eine soziale Explosion vorausgesagt, da ihre arbeiterfeindlichen, marktfreundlichen Reformen Versorgungsempässe, Arbeitshetze, Lohnkürzungen, Preissteigerungen und Entlassungen hervorrufen. Der populistische Demagoge Boris Jelzin sagte, die Wirtschaftslage könne „eine revolutionäre Situation“ hervorbringen.

Jetzt hört man die Stimme der sowjetischen Arbeiter. Die sowjetische Presse würde die Kusbass-Streiks gern als Unterstützung für Perestroika präsentieren. Aber da die Versorgungslage immer schlechter wird, manipuliert von Spekulanten und Profitjägern – den verhaßten NEP-Leuten von heute –, bekommen die sowjetischen Arbeiter das schlechte Ende ab, und sie wissen es. Wie das Hauptdokument der Achten Nationalen Konferenz der Spartacist League/U.S. feststellte:

„Gorbatschows Perestroika wendet sich nicht nur gegen die unmittelbaren materiellen Interessen der meisten Arbeiter, sondern beleidigt auch ihr tiefgehendes Reservoir an Kollektivgefühl. Gleichzeitig erlaubt der Aufruf des Regimes zu Glasnost einen bestimmten Grad an organisiertem Dissens gegen die offizielle Politik... Die gegenwärtige Situation in der Sowjetunion ist wahrscheinlich für die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung günstiger als zu irgendeiner Zeit seit den zwanziger Jahren.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 13, Herbst 1987)

Seit Stalin und Konsorten 1923/24 der Arbeiterklasse die politische Macht entrissen, hat die Bürokratie so getan, als spräche sie im Namen des Proletariats, auf dessen Rücken und auf dessen Staat



Basil Blackwell Inc.

Jenisseisk, Sibirien, 1928: Linksoptionelle demonstrieren am Jahrestag der Oktoberrevolution unter der Losung: „Richtet das Feuer gegen die Rechte. Gegen Kulak, Nepmann und Bürokraten – Nicht in Worten, sondern in Taten“

**Kehrt zurück zum Weg
Lenins und Trotzki!
Leo Trotzki im Exil
1931 in Prinkipo,
Türkei. Der Militant
war die Wochen-
zeitung der
amerikanischen
trotzkistischen
Communist League
of America.
Bis zu seinem Tod
1940 kämpfte Trotzki
für den revolutionären
Internationalismus
der Oktoberrevolution**



Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis

sich ihre parasitäre Mißwirtschaft stützt. Inzwischen haben stalinistische Regime jede unabhängige Bewegung der Arbeiter erbarmungslos zerschlagen, wie den Ungarischen Aufstand von 1956 oder den Streik der sowjetischen Arbeiter in der Industriemetropole Nowotscherkassk im Donezk-Becken 1962. Vor knapp einem Monat berichtete *Komsomolskaja Prawda* schließlich, nach 27 Jahren, über den Protest von Arbeitern einer Lokomotivenfabrik und von Frauen der Textilfabriken gegen die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die Chruschtschow angeordnet hatte, sowie über die blutige Unterdrückung, bei der Truppen auf eine Menge von Tausenden Menschen, die rote Fahnen schwenkten, schossen.

Vom Donbass bis zum Kusbass haben sowjetische Bergarbeiter die Führung übernommen. Dieses Mal behandelten die stalinistischen Reformer die sibirischen Proteste vorsichtig. Bereits im letzten Herbst, als Gorbatschow nach Krasnojarsk reiste, wurde er auf der Straße von Hausfrauen beschimpft, die sich über die schlechte Versorgungslage beklagten. Im März setzten Kumpel in Workuta, Stätte des ehemaligen Lagers für Zwangsarbeiter, Forderungen nach einer großen Lohnerhöhung durch. Jetzt werden die Bergarbeiter von der gesamten Presse gelobt. Sogar *Sowjetskaja Rossija*, die als das Sprachrohr für stalinistische Bürokraten der alten Schule fungiert hat, bemerkte, daß sich die meisten Leute in verantwortlichen Stellen den Streikkomitees angeschlossen hatten: „Dies schließt viele Kommunisten, Gewerkschaftsvertreter und Parteisekretäre mit ein.“ Die Bergarbeiter haben eine Öffnung gesehen und genutzt. Streikkomiteemitglied Juri I. Schicharew sagte verschmitzt: „Gorbatschow selbst hat uns aufgefordert, von unten anzufangen, wenn man es oben

nicht tun will.“

Gorbatschow gelingt es vielleicht, die Kusbass-Streiks zu schlichten. Doch sie sind ein Vorbote kommender Ereignisse. Auf der Straße patrouillierende Arbeitermilizen, Streikkomitees und Massenversammlungen von Streikenden – dies weist hin auf die Bildung von Sowjets, den Arbeiterräten, die unter bolschewistischer Führung in der Oktoberrevolution die Macht eroberten. Nach der Übereinkunft in Meschduretschensk wurde das Streikkomitee zu einem „Arbeitskomitee“, das ihre Durchführung überwacht. Wirkliche Sowjets – nicht das Pseudoparlament, das kürzlich in Moskau zusammentrat – werden das Mittel dazu sein, die revolutionäre Arbeiterdemokratie wiederherzustellen, die unter Lenin und Trotzki herrschte. Unter dem Eindruck der beginnenden chinesischen politischen Revolution und ihrer blutigen Niederschlagung, was in der ganzen Welt Reaktionen auslöste, ist es umso dringlicher, daß dem nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land“, das allen Flügeln der stalinistischen Bürokratien gemeinsam ist, die leninistische Perspektive der sozialistischen Weltrevolution entgegengestellt wird.

Ohne den Kampf der Arbeiterklasse reißen nationale Konflikte das Gesellschaftsgebäude der Sowjetunion auseinander. Am 13. Juli lieferten sich Tausende eine offene Schlacht um die Land- und Wasserrechte an der Grenze zwischen Kirgisien und Tadschikistan im sowjetischen Zentralasien. (Dies war nicht weit entfernt von dem Fergana-Tal in Usbekistan, wo aufgrund der ethnischen Verfolgung im letzten Monat 100 Menschen umgebracht und 40 000 turksprachige Meschketen evakuiert wurden.) Zwei Tage später brachen in der Schwarzmeerstadt Suchumi Kämpfe zwischen Geor-

giern und Abchasen aus, es gab 14 Tote. Die Imperialisten haben immer davon geträumt, die UdSSR in einer Orgie von nationalem Haß auseinanderbrechen zu lassen. Aber die sowjetischen Arbeiter, für die der 7. November ein Symbol revolutionärer Inspiration bleibt, können diesen Nationalismus im Namen des Internationalismus überwinden. Wie wir vor kurzem schrieben:

„Aber der Widerstand der Arbeiterklasse gegen Perestroika ist bis jetzt passiv, unorganisiert und ohne politischen Ausdruck geblieben. Deshalb wird die politische Szene dominiert von Gorbatschowschen Reformern, prowestlichen Liberalen, Nationalisten aller Schattierungen, Pamjat-Faschisten und populistischen Demagogen wie Jelzin. Eine wirklich bolschewistische Partei muß in der Sowjetunion von neuem aufgebaut werden, um nicht nur die stalinistischen Verräter an der Revolution zu bekämpfen, sondern *alle* Formen von Nationalismus und Chauvinismus, liberalen und pazifistischen Illusionen und offenen kapitalistischen Restaurationsbestrebungen. Eine solche Partei würde mit Trotzki Worten auf ihrem Banner fordern, „die Bürokratie zu stürzen und die Sowjetdemokratie zu regenerieren, auf einer wesentlich höheren wirtschaftlichen und kulturellen Basis als 1918.“ („Soviet Elections: A Vote for What?“ – Sowjetische Wahlen: Eine Stimme für was, *Workers Vanguard* Nr. 475, 14. April 1989)

Dies ist das Programm der proletarischen politischen Revolution, zurückzukehren zum Weg Lenins und Trotzki, die Errungenschaften des Oktober zu verteidigen und auszuweiten.

Übersetzt nach *Workers Vanguard*
Nr. 482, 21. Juli 1989

Für Planwirtschaft basierend auf Sowjetdemokratie!

Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft

18. JULI – In den letzten acht Tagen haben Massenstreiks, an denen sich etwa 110 000 Bergarbeiter beteiligten, das zweitgrößte Kohlerevier der Sowjetunion, das riesige Kusnezker Becken (Kusbass) im südwestlichen Sibirien, völlig lahmgelegt. Inzwischen haben sich die Streiks auf die Zechen im Herzen des größten Kohlereviers der UdSSR ausgeweitet, des Donezk-Beckens (Donbass) in der Ukraine. Schon jetzt ist es der größte Arbeitskampf seit den 20er Jahren. Nach Berichten sind mindestens ein halbes Dutzend von Groß- und Kleinstädten in der Hand von Streikkomitees.

Diese explosive Bewegung der sowjetischen Arbeiter hat den bürokratischen Apparat erschüttert, der verzweifelt (und bisher ohne Erfolg) versucht, die Lage zu beruhigen. Die Streiks im Kusbass, herausgefordert durch die Reformen der Perestrojka („Umgestaltung“) von Sowjetführer Michail Gorbatschow, erheben politische Forderungen gegen die Bürokratie. Und sie haben schnell Organisationsformen proletarischer Macht hervorgebracht, einschließlich Streikkomitees und Arbeitermilizen. Diese machtvolle Aktion der Arbeiterklasse hat die Labilität der privilegierten Bürokratie im sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat aufgedeckt und die Notwendigkeit einer proletarischen politischen Revolution.

Die Streiks begannen am Montag, den 10. Juli, in der Stadt Meschduretschensk, als 77 Bergarbeiter der Nachtschicht bei einer Zeche in den Sitzstreik traten. Bald war die ganze Stadt mit 107 000 Einwohnern in der Hand des Streikkomitees. *Le Monde* (14. Juli) berichtete: „Die Streikenden – 12 000 Bergarbeiter, darunter ‚Hunderte von Kommunisten‘ – haben den Rücktritt des Stadtrats verlangt und den weiteren Kontakt zum Ersten Sekretär der lokalen Parteiorganisation abgelehnt. Sie haben auch ‚Arbeitermilizen‘ gebildet, die neben der normalen Miliz (Polizei) die Ordnung aufrechterhalten. . . Die Presse schildert Versammlungen von Bergarbeitern in Arbeitskleidung, die Ausweitung der Bewegung auf andere Betriebe in der Stadt und den Fortschritt der Verhandlungen, die über Lautsprecher in allen Straßen übertragen werden.“



TASS über AFP

Streikführer Wladimir Butkewitsch spricht zu Massenversammlung von Bergleuten in Meschduretschensk

Innerhalb von Tagen weitete sich der Streik auf neun weitere Bergarbeiterstädte aus. Arbeiter aus wenigstens 17 Fabriken schlossen sich dem Streik in Solidarität an.

Die Streikenden stellten eine Liste von über 40 Forderungen auf, darunter Forderungen nach besserer Lebensmittelversorgung, nach Winterkleidung, nach mehr Mutterschaftsurlaub, nach Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung und nach besseren Wohnverhältnissen. *Le Monde* zufolge verlangten sie „die Öffnung der Betriebskantinen an Wochenenden, weil die Läden in der Stadt ‚leer‘ sind; Fleisch in den Mahlzeiten, die unter Tage ausgegeben werden; eine Steppjacke für den Winter und auch . . . 800 Gramm Seife und ein sauberes Handtuch im Monat.“ Diese Forderungen sind ohne Frage berechtigt, geradezu mitleiderregend, so daß sie überall Sympathie bei der arbeitenden Bevölkerung gewonnen haben, die denkt, daß die Bergarbeiter von Kusbass für sie alle sprechen.

Als der offizielle Gewerkschaftsrat den Druck von unten fühlte, gab er den Streiks seine Unterstützung. Der Minister für die Kohleindustrie, Schtschadow,

eilte aus Moskau hin, um zu verhandeln. Aber die Streikenden lehnten seine Vorschläge ab, erklärten: „uns reicht’s“, und brachen die Verhandlungen ab. Der Streik weitete sich auf die Nachbarstadt Osinniki aus, wo Bauarbeiter die Arbeit niederlegten und damit den Streik zu einem stadtweiten Generalstreik machten. Überall aus dem Kusbass-Revier, einem Gebiet von der Größe Belgiens, begannen massenhaft Delegationen einzutreffen.

Verzweifelt machte die Regierung am Donnerstag größere Zugeständnisse an die Bergarbeiter von Meschduretschensk, darunter Lohnerhöhungen und Schichtzulagen. Berichten zufolge im Gesamtwert von 80 Millionen Dollar. Sie erklärte sich auch bereit, Tausende von dringend benötigten Einwegspritzen an Krankenhäuser zu liefern. Dies war eine Forderung der Bevölkerung, nachdem es vor kurzem zum Aufbruch gekommen war über die Verbreitung von Aids durch verunreinigte Nadeln. Die Streikführer ordneten die Wiederaufnahme der Arbeit an, doch statt dessen hielten die Bergarbeiter am Freitagmorgen vor den Toren

Fortgesetzt auf Seite 38